Bundeswahlgesetz

BWahlG

Ausfertigungsdatum: 07.05.1956

Vollzitat:

"Bundeswahlgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Juli 1993 (BGBl. I S. 1288, 1594), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. Juli 2012 (BGBl. I S. 1501) geändert worden ist"

Stand: Neugefasst durch Bek. v. 23.7.1993 I 1288, 1594;
zuletzt geändert durch Art. 1 G v. 12.7.2012 I 1501

Fußnote

(+++ Textnachweis Geltung ab: 28.7.1979 +++)

Inhaltsübersicht

Erster Abschnitt

Wahlsystem (§§ 1 bis 7)

§ 1	Zusammensetzung des Deutschen Bundestages und Wahlrechtsgrundsätze
§ 2	Gliederung des Wahlgebietes
§ 3	Wahlkreiskommission und Wahlkreiseinteilung
§ 4	Stimmen
§ 5	Wahl in den Wahlkreisen
§ 6	Wahl nach Landeslisten
§ 7	(weggefallen)

Zweiter Abschnitt

Wahlorgane (§§ 8 bis 11)

§ 8	Gliederung der Wahlorgane
§ 9	Bildung der Wahlorgane
§ 10	Tätigkeit der Wahlausschüsse und Wahlvorstände
§ 11	Ehrenämter

Dritter Abschnitt

Wahlrecht und Wählbarkeit (§§ 12 bis 15)

§ 12	Wahlrecht
§ 13	Ausschluß vom Wahlrecht
§ 14	Ausübung des Wahlrechts
§ 15	Wählbarkeit

Vierter Abschnitt

Vorbereitung der Wahl (§§ 16 bis 30)

§ 16	Wahltag
§ 17	Wählerverzeichnis und Wahlschein
§ 18	Wahlvorschlagsrecht, Beteiligungsanzeige
§ 19	Einreichung der Wahlvorschläge
§ 20	Inhalt und Form der Kreiswahlvorschläge
§ 21	Aufstellung von Parteibewerbern
§ 22	Vertrauensperson
§ 23	Zurücknahme von Kreiswahlvorschlägen

§ 24 Änderung von Kreiswahlvorschlägen
§ 25 Beseitigung von Mängeln
§ 26 Zulassung der Kreiswahlvorschläge
§ 27 Landeslisten
§ 28 Zulassung der Landeslisten
§ 29 (weggefallen)
§ 30 Stimmzettel
Fünfter Abschnitt
Wahlhandlung (§§ 31 bis 36)
§ 31 Öffentlichkeit der Wahlhandlung
§ 32 Unzulässige Wahlpropaganda und Unterschriftensammlung, unzulässige Veröffentlichung von Wählerbefragungen
§ 33 Wahrung des Wahlgeheimnisses
§ 34 Stimmabgabe mit Stimmzetteln
§ 35 Stimmabgabe mit Wahlgeräten
§ 36 Briefwahl
Sechster Abschnitt
Feststellung des Wahlergebnisses (§§ 37 bis 42)
§ 37 Feststellung des Wahlergebnisses im Wahlbezirk
§ 38 Feststellung des Briefwahlergebnisses
§ 39 Ungültige Stimmen, Zurückweisung von Wahlbriefen, Auslegungsregeln
§ 40 Entscheidung des Wahlvorstandes
§ 41 Feststellung des Wahlergebnisses im Wahlkreis
§ 42 Feststellung des Ergebnisses der Landeslistenwahl
Siebenter Abschnitt
Besondere Vorschriften für Nachwahlen und Wiederholungswahlen (§§ 43 bis 44)
§ 43 Nachwahl
§ 44 Wiederholungswahl
Achter Abschnitt
Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag (§§ 45 bis 48)
§ 45 Erwerb der Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag
§ 46 Verlust der Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag
§ 47 Entscheidung über den Verlust der Mitgliedschaft
§ 48 Berufung von Listennachfolgern und Ersatzwahlen
Neunter Abschnitt
Schlußbestimmungen (§§ 49 bis 55)
§ 49 Anfechtung
§ 49a Ordnungswidrigkeiten
§ 49b Staatliche Mittel für andere Kreiswahlvorschläge
§ 50 Wahlkosten
§ 51 (weggefallen)
§ 52 Bundeswahlordnung
§ 53 (weggefallen)
§ 54 Fristen, Termine und Form
§ 55 (Inkrafttreten)

Erster Abschnitt
Wahlsystem

§ 1 Zusammensetzung des Deutschen Bundestages und Wahlrechtsgrundsätze

(1) Der Deutsche Bundestag besteht vorbehaltlich der sich aus diesem Gesetz ergebenden Abweichungen aus 598 Abgeordneten. Sie werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl von den wahlberechtigten Deutschen nach den Grundsätzen einer mit der Personenwahl verbundenen Verhältniswahl gewählt.

(2) Von den Abgeordneten werden 299 nach Kreiswahlvorschlägen in den Wahlkreisen und die übrigen nach Landeswahlvorschlägen (Landeslisten) gewählt.

§ 2 Gliederung des Wahlgebietes

(1) Wahlgebiet ist das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland.

(2) Die Einteilung des Wahlgebietes in Wahlkreise ergibt sich aus der Anlage zu diesem Gesetz.

(3) Jeder Wahlkreis wird für die Stimmabgabe in Wahlbezirke eingeteilt.

§ 3 Wahlkreiskommission und Wahlkreiseinteilung

(1) Bei der Wahlkreiseinteilung sind folgende Grundsätze zu beachten:

1. die Ländergrenzen sind einzuhalten.
2. Die Zahl der Wahlkreise in den einzelnen Ländern muß deren Bevölkerungsanteil soweit wie möglich entsprechen. Sie wird mit demselben Berechnungsverfahren ermittelt, das nach § 6 Abs. 2 Satz 2 bis 7 für die Verteilung der Sitze auf die Landeslisten angewandt wird.
3. Die Bevölkerungszahl eines Wahlkreises soll von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise nicht um mehr als 15 vom Hundert nach oben oder unten abweichen; beträgt die Abweichung mehr als 25 vom Hundert, ist eine Neuabgrenzung vorzunehmen.
4. Der Wahlkreis soll ein zusammenhängendes Gebiet bilden.
5. Die Grenzen der Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte sollen nach Möglichkeit eingehalten werden.

Bei Ermittlung der Bevölkerungszahlen bleiben Ausländer (§ 2 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes) unberücksichtigt.

(2) Der Bundespräsident ernennt eine ständige Wahlkreiskommission. Sie besteht aus dem Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, einem Richter des Bundesverwaltungsgerichts und fünf weiteren Mitgliedern.

(3) Die Wahlkreiskommission hat die Aufgabe, über Änderungen der Bevölkerungszahlen im Wahlgebiet zu berichten und darzulegen, ob und welche Änderungen der Wahlkreiseinteilung sie im Hinblick darauf für erforderlich hält. Sie kann in ihrem Bericht auch aus anderen Gründen Änderungsvorschläge machen. Bei ihren Vorschlägen zur Wahlkreiseinteilung hat sie die in Absatz 1 genannten Grundsätze zu beachten; ergeben sich nach der Berechnung in Absatz 1 Nr. 2 mehrere mögliche Wahlkreiszuteilungen, erarbeitet sie hierzu Vorschläge.

(4) Der Bericht der Wahlkreiskommission ist dem Bundesministerium des Innern innerhalb von fünfzehn Monaten nach Beginn der Wahlperiode des Deutschen Bundestages zu erstatten. Das Bundesministerium des Innern leitet ihn unverzüglich dem Deutschen Bundestag zu und veröffentlicht ihn im Bundesanzeiger. Auf Ersuchen des Bundesministeriums des Innern hat die Wahlkreiskommission einen ergänzenden Bericht zu erstatten; für diesen Fall gilt Satz 2 entsprechend.

(5) Werden Landesgrenzen nach den gesetzlichen Vorschriften über das Verfahren bei sonstigen Änderungen des Gebietsbestandes der Länder nach Artikel 29 Abs. 7 des Grundgesetzes geändert, so ändern sich entsprechend auch die Grenzen der betroffenen Wahlkreise. Werden im aufnehmenden Land zwei oder mehrere Wahlkreise berührt oder wird eine Exklave eines Landes gebildet, so bestimmt sich die Wahlkreiszugehörigkeit des neuen Landesteiles nach der Wahlkreiszugehörigkeit der Gemeinde, des Gemeindebezirks oder des gemeindefreien Gebietes, denen er zugeschlagen wird. Änderungen von Landesgrenzen, die nach Ablauf des 32. Monats nach Beginn der Wahlperiode vorgenommen werden, wirken sich auf die Wahlkreiseinteilung erst in der nächsten Wahlperiode aus.

§ 4 Stimmen

Jeder Wähler hat zwei Stimmen, eine Erststimme für die Wahl eines Wahlkreisabgeordneten, eine Zweitstimme für die Wahl einer Landesliste.

§ 5 Wahl in den Wahlkreisen

In jedem Wahlkreis wird ein Abgeordneter gewählt. Gewählt ist der Bewerber, der die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das vom Kreiswahlleiter zu ziehende Los.

§ 6 Wahl nach Landeslisten

(1) *Die von der Gesamtzahl der Sitze (§ 1 Absatz 1) auf jedes Land entfallende Zahl der Sitze wird nach der Zahl der Wähler in jedem Land mit demselben Berechnungsverfahren ermittelt, das nach Absatz 2 Satz 2 bis 7 für die Verteilung der Sitze auf die Landeslisten angewandt wird.* Von der Zahl der auf das Land entfallenden Abgeordneten wird die Zahl der erfolgreichen Wahlkreisbewerber abgezogen, die in Satz 4 genannt sind.
Für die Verteilung der nach Landeslisten zu besetzenden Sitze werden die für jede Landesliste abgegebenen Zweitstimmen zusammengezählt. Nicht berücksichtigt werden dabei die Zweitstimmen derjenigen Wähler, die ihre Erststimme für einen im Wahlkreis erfolgreichen Bewerber abgegeben haben, der gemäß § 20 Abs. 3 oder von einer Partei vorgeschlagen ist, die nach Absatz 6 bei der Sitzverteilung nicht berücksichtigt wird oder für die in dem betreffenden Land keine Landesliste zugelassen ist.

(2) Die nach Absatz 1 Satz 2 verbleibenden Sitze werden auf die Landeslisten auf der Grundlage der nach Absatz 1 Satz 3 und 4 zu berücksichtigenden Zweitstimmen wie folgt verteilt. Jede Landesliste erhält so viele Sitze, wie sich nach Teilung der Summe ihrer erhaltenen Zweitstimmen durch einen Zuteilungsdivisor ergeben. Zahlenbruchteile unter 0,5 werden auf die darunter liegende ganze Zahl abgerundet, solche über 0,5 werden auf die darüber liegende ganze Zahl aufgerundet. Zahlenbruchteile, die gleich 0,5 sind, werden so aufgerundet oder abgerundet, dass die Gesamtzahl der zu vergebenden Sitze eingehalten wird; ergeben sich dabei mehrere mögliche Sitzzuteilungen, so entscheidet das vom Bundeswahlleiter zu ziehende Los. Der Zuteilungsdivisor ist so zu bestimmen, dass insgesamt so viele Sitze auf die Landeslisten entfallen, wie Sitze zu vergeben sind. Dazu wird zunächst die Gesamtzahl der Zweitstimmen aller zu berücksichtigenden Landeslisten durch die Gesamtzahl der nach Absatz 1 Satz 2 verbleibenden Sitze geteilt. Entfallen danach mehr Sitze auf die Landeslisten als Sitze zu vergeben sind, ist der Zuteilungsdivisor so heraufzusetzen, dass sich bei der Berechnung die zu vergebende Sitzzahl ergibt; entfallen zu wenig Sitze auf die Landeslisten, ist der Zuteilungsdivisor entsprechend herunterzusetzen.

(2a) Den Landeslisten einer Partei werden in der Reihenfolge der höchsten Reststimmenzahlen so viele weitere Sitze zugeteilt, wie nach Absatz 2 Satz 3 und 4 zweiter Halbsatz ganze Zahlen anfallen, wenn die Summe der positiven Abweichungen der auf die Landeslisten entfallenen Zweitstimmen von den im jeweiligen Land für die errungenen Sitze erforderlichen Zweitstimmen (Reststimmenzahl) durch die im Wahlgebiet für einen der zu vergebenden Sitze erforderliche Zweitstimmenzahl geteilt wird. Dabei werden Landeslisten, bei denen die Zahl der in den Wahlkreisen errungenen Sitze die Zahl der nach den Absätzen 2 und 3 zu verteilenden Sitze übersteigt, in der Reihenfolge der höchsten Zahlen und bis zu der Gesamtzahl der ihnen nach Absatz 5 verbleibenden Sitze vorrangig berücksichtigt. Die Gesamtzahl der Sitze (§ 1 Absatz 1) erhöht sich um die Unterschiedszahl.

(3) Erhält bei der Verteilung der Sitze nach den Absätzen 2 und 2a eine Partei, auf deren Landeslisten im Wahlgebiet mehr als die Hälfte der Gesamtzahl der Zweitstimmen aller zu berücksichtigenden Landeslisten entfallen ist, nicht mehr als die Hälfte der zu vergebenden Sitze, werden den Landeslisten dieser Partei in der Reihenfolge der höchsten Reststimmenzahlen weitere Sitze zugeteilt, bis auf die Landeslisten dieser Partei ein Sitz mehr als die Hälfte der im Wahlgebiet zu vergebenden Sitze entfällt. In einem solchen Falle erhöht sich die Gesamtzahl der Sitze (§ 1 Absatz 1) um die Unterschiedszahl.

(4) Von der für jede Landesliste so ermittelten Abgeordnetenzahl wird die Zahl der von der Partei in den Wahlkreisen des Landes errungenen Sitze abgerechnet. Die restlichen Sitze werden aus der Landesliste in der dort festgelegten Reihenfolge besetzt. Bewerber, die in einem Wahlkreis gewählt sind, bleiben auf der Landesliste unberücksichtigt. Entfallen auf eine Landesliste mehr Sitze als Bewerber benannt sind, so bleiben diese Sitze unbesetzt.

(5) In den Wahlkreisen errungene Sitze verbleiben einer Partei auch dann, wenn sie die nach den Absätzen 2 bis 3 ermittelte Zahl übersteigen. In einem solchen Falle erhöht sich die Gesamtzahl der Sitze (§ 1 Abs. 1) um die Unterschiedszahl; eine erneute Berechnung nach den Absätzen 2 bis 3 findet nicht statt.

(6) Bei Verteilung der Sitze auf die Landeslisten werden nur Parteien berücksichtigt, die mindestens 5 vom Hundert der im Wahlgebiet abgegebenen gültigen Zweitstimmen erhalten oder in mindestens drei Wahlkreisen einen Sitz errungen haben. Satz 1 findet auf die von Parteien nationaler Minderheiten eingereichten Listen keine Anwendung.

Fußnote

§ 6 Abs. 1 Satz 1 Kursivdruck: Eingef. durch Art. 1 Nr. 1 Buchst. a DBuchst. aa G v. 25.11.2011 I 2313 mWv 3.12.2011, in dieser Fassung mit Art. 21 Abs. 1 u. Art. 38 Abs. 1 Satz 1 GG unvereinbar und nichtig gem. BVerfGE v. 25.7.2012 I 1769 - 2 BvF 3/11, 2 BvR 2670/11, 2 BvE 9/11 -
§ 6 Abs. 2a Kursivdruck: Eingef. durch Art. 1 Nr. 1 Buchst. c G v. 25.11.2011 I 2313 mWv 3.12.2011, in dieser Fassung mit Art. 21 Abs. 1 u. Art. 38 Abs. 1 Satz 1 GG unvereinbar und nichtig gem. BVerfGE v. 25.7.2012 I 1769 - 2 BvF 3/11, 2 BvR 2670/11, 2 BvE 9/11 -
§ 6 Abs. 5 idF d. G v. 25.11.2011 I 2313: Nach Maßgabe der Gründe mit Art. 21 Abs. 1 u. Art. 38 Abs. 1 Satz 1 GG unvereinbar gem. BVerfGE v. 25.7.2012 I 1769 - 2 BvF 3/11, 2 BvR 2670/11, 2 BvE 9/11 -
§ 6 Abs. 5 Satz 2 idF d. Bek v. 23.7.1993 I 1288, 1594: Mit GG (100-1) vereinbar gem. BVerfGEv. 10.4.1997 I 1340 - 2 BvF 1/95 -

§ 7 (weggefallen)

Zweiter Abschnitt
Wahlorgane

§ 8 Gliederung der Wahlorgane

(1) Wahlorgane sind
der Bundeswahlleiter und der Bundeswahlausschuß für das Wahlgebiet,
ein Landeswahlleiter und ein Landeswahlausschuß für jedes Land,
ein Kreiswahlleiter und ein Kreiswahlausschuß für jeden Wahlkreis,
ein Wahlvorsteher und ein Wahlvorstand für jeden Wahlbezirk und
mindestens ein Wahlvorsteher und ein Wahlvorstand für jeden Wahlkreis zur Feststellung des Briefwahlergebnisses.
Wieviel Briefwahlvorstände zu bilden sind, um das Ergebnis der Briefwahl noch am Wahltage feststellen zu können, bestimmt der Kreiswahlleiter.

(2) Für mehrere benachbarte Wahlkreise kann ein gemeinsamer Kreiswahlleiter bestellt und ein gemeinsamer Kreiswahlausschuß gebildet werden; die Anordnung trifft der Landeswahlleiter.

(3) Zur Feststellung des Briefwahlergebnisses können Wahlvorsteher und Wahlvorstände statt für jeden Wahlkreis für einzelne oder mehrere Gemeinden oder für einzelne Kreise innerhalb des Wahlkreises eingesetzt werden; die Anordnung trifft die Landesregierung oder die von ihr bestimmte Stelle.

§ 9 Bildung der Wahlorgane

(1) Der Bundeswahlleiter und sein Stellvertreter werden vom Bundesministerium des Innern, die Landeswahlleiter, Kreiswahlleiter und Wahlvorsteher sowie ihre Stellvertreter von der Landesregierung oder der von ihr bestimmten Stelle ernannt.

(2) Der Bundeswahlausschuß besteht aus dem Bundeswahlleiter als Vorsitzendem sowie acht von ihm berufenen Wahlberechtigten als Beisitzern und zwei Richtern des Bundesverwaltungsgerichts. Die übrigen Wahlausschüsse bestehen aus dem Wahlleiter als Vorsitzendem und sechs von ihm berufenen Wahlberechtigten als Beisitzern; in die Landeswahlausschüsse sind zudem zwei Richter des Oberverwaltungsgerichts des Landes zu berufen. Die Wahlvorstände bestehen aus dem Wahlvorsteher als Vorsitzendem, seinem Stellvertreter und weiteren drei bis sieben vom Wahlvorsteher berufenen Wahlberechtigten als Beisitzern; die Landesregierung oder die von ihr bestimmte Stelle kann anordnen, daß die Beisitzer des Wahlvorstandes von der Gemeindebehörde und die Beisitzer des Wahlvorstandes zur Feststellung des Briefwahlergebnisses vom Kreiswahlleiter, im Falle einer Anordnung nach § 8 Abs. 3 von der Gemeindebehörde oder von der Kreisverwaltungsbehörde allein oder im Einvernehmen mit dem Wahlvorsteher berufen werden. Bei Berufung der Beisitzer sind die in dem jeweiligen Bezirk vertretenen Parteien nach Möglichkeit zu berücksichtigen.

(3) Niemand darf in mehr als einem Wahlorgan Mitglied sein. Wahlbewerber, Vertrauenspersonen für Wahlvorschläge und stellvertretende Vertrauenspersonen dürfen nicht zu Mitgliedern eines Wahlorgans bestellt werden.

(4) Die Gemeindebehörden sind befugt, personenbezogene Daten von Wahlberechtigten zum Zweck ihrer Berufung zu Mitgliedern von Wahlvorständen zu erheben und zu verarbeiten. Zu diesem Zweck dürfen

personenbezogene Daten von Wahlberechtigten, die zur Tätigkeit in Wahlvorständen geeignet sind, auch für künftige Wahlen verarbeitet werden, sofern der Betroffene der Verarbeitung nicht widersprochen hat. Der Betroffene ist über das Widerspruchsrecht zu unterrichten. Im Einzelnen dürfen folgende Daten erhoben und verarbeitet werden: Name, Vorname, Geburtsdatum, Anschrift, Telefonnummern, Zahl der Berufungen zu einem Mitglied der Wahlvorstände und die dabei ausgeübte Funktion.

(5) Auf Ersuchen der Gemeindebehörden sind zur Sicherstellung der Wahldurchführung die Behörden des Bundes, der bundesunmittelbaren Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, der Länder, der Gemeinden, der Gemeindeverbände sowie der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts verpflichtet, aus dem Kreis ihrer Bediensteten unter Angabe von Name, Vorname, Geburtsdatum und Anschrift zum Zweck der Berufung als Mitglieder der Wahlvorstände Personen zu benennen, die im Gebiet der ersuchenden Gemeinde wohnen. Die ersuchte Stelle hat den Betroffenen über die übermittelten Daten und den Empfänger zu benachrichtigen.

§ 10 Tätigkeit der Wahlausschüsse und Wahlvorstände

(1) Die Wahlausschüsse und Wahlvorstände verhandeln, beraten und entscheiden in öffentlicher Sitzung. Soweit nicht in diesem Gesetz etwas anderes bestimmt ist, entscheidet bei den Abstimmungen Stimmenmehrheit; bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

(2) Die Mitglieder der Wahlorgane, ihre Stellvertreter und die Schriftführer sind zur unparteiischen Wahrnehmung ihres Amtes und zur Verschwiegenheit über die ihnen bei ihrer amtlichen Tätigkeit bekanntgewordenen Angelegenheiten verpflichtet.

§ 11 Ehrenämter

(1) Die Beisitzer der Wahlausschüsse und die Mitglieder der Wahlvorstände üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus. Zur Übernahme dieses Ehrenamtes ist jeder Wahlberechtigte verpflichtet. Das Ehrenamt darf nur aus wichtigen Gründen abgelehnt werden.

(2) (weggefallen)

(3) (weggefallen)

Dritter Abschnitt
Wahlrecht und Wählbarkeit

§ 12 Wahlrecht

(1) Wahlberechtigt sind alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes, die am Wahltage

1. das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben,
2. seit mindestens drei Monaten in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung innehaben oder sich sonst gewöhnlich aufhalten,
3. nicht nach § 13 vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

(2) *Wahlberechtigt sind bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen auch diejenigen Deutschen im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes, die am Wahltag außerhalb der Bundesrepublik Deutschland leben, sofern sie nach dem 23. Mai 1949 und vor ihrem Fortzug mindestens drei Monate ununterbrochen in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung innegehabt oder sich sonst gewöhnlich aufgehalten haben.* Als Wohnung oder gewöhnlicher Aufenthalt im Sinne von Satz 1 gilt auch eine frühere Wohnung oder ein früherer Aufenthalt in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet. Bei Rückkehr eines nach Satz 1 Wahlberechtigten in die Bundesrepublik Deutschland gilt die Dreimonatsfrist des Absatzes 1 Nr. 2 nicht.

(3) Wohnung im Sinne des Gesetzes ist jeder umschlossene Raum, der zum Wohnen oder Schlafen benutzt wird. Wohnwagen und Wohnschiffe sind jedoch nur dann als Wohnungen anzusehen, wenn sie nicht oder nur gelegentlich fortbewegt werden.

(4) Sofern sie in der Bundesrepublik Deutschland keine Wohnung innehaben oder innegehabt haben, gilt als Wohnung im Sinne des Absatzes 1 Nr. 2 oder des Absatzes 2 Satz 1

1. für Seeleute sowie für die Angehörigen ihres Hausstandes das von ihnen bezogene Schiff, wenn dieses nach dem Flaggenrechtsgesetz in der jeweils geltenden Fassung die Bundesflagge zu führen berechtigt ist,
2. für Binnenschiffer sowie für die Angehörigen ihres Hausstandes das von ihnen bezogene Schiff, wenn dieses in einem Schiffsregister in der Bundesrepublik Deutschland eingetragen ist,
3. für im Vollzug gerichtlich angeordneter Freiheitsentziehung befindliche Personen sowie für andere Untergebrachte die Anstalt oder die entsprechende Einrichtung.

(5) Bei der Berechnung der Dreimonatsfrist nach Absatz 1 Nr. 2 und Absatz 2 Satz 1 ist der Tag der Wohnungs- oder Aufenthaltsnahme in die Frist einzubeziehen.

Fußnote

§ 12 Abs. 2 Satz 1 idF d. G v. 17.3.2008 I 394 Kursivdruck: Mit Art. 38 Abs. 1 Satz 1 GG unvereinbar und nichtig gem. BVerfGE v. 4.7.2012 I 1769 - 2 BvC 1/11, 2 BvC 2/11 -

§ 13 Ausschluß vom Wahlrecht

Ausgeschlossen vom Wahlrecht ist,

1. wer infolge Richterspruchs das Wahlrecht nicht besitzt,
2. derjenige, für den zur Besorgung aller seiner Angelegenheiten ein Betreuer nicht nur durch einstweilige Anordnung bestellt ist; dies gilt auch, wenn der Aufgabenkreis des Betreuers die in § 1896 Abs. 4 und § 1905 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichneten Angelegenheiten nicht erfaßt,
3. wer sich auf Grund einer Anordnung nach § 63 in Verbindung mit § 20 des Strafgesetzbuches in einem psychiatrischen Krankenhaus befindet.

4. (weggefallen)

§ 14 Ausübung des Wahlrechts

(1) Wählen kann nur, wer in ein Wählerverzeichnis eingetragen ist oder einen Wahlschein hat.

(2) Wer im Wählerverzeichnis eingetragen ist, kann nur in dem Wahlbezirk wählen, in dessen Wählerverzeichnis er geführt wird.

(3) Wer einen Wahlschein hat, kann an der Wahl des Wahlkreises, in dem der Wahlschein ausgestellt ist,

a) durch Stimmabgabe in einem beliebigen Wahlbezirk dieses Wahlkreises oder

b) durch Briefwahl

teilnehmen.

(4) Jeder Wahlberechtigte kann sein Wahlrecht nur einmal und nur persönlich ausüben.

§ 15 Wählbarkeit

(1) Wählbar ist, wer am Wahltage

1. Deutscher im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes ist und
2. das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat.

(2) Nicht wählbar ist,

1. wer nach § 13 vom Wahlrecht ausgeschlossen ist oder
2. wer infolge Richterspruchs die Wählbarkeit oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzt.
3. (weggefallen)

Vierter Abschnitt
Vorbereitung der Wahl

§ 16 Wahltag

Der Bundespräsident bestimmt den Tag der Hauptwahl (Wahltag). Wahltag muß ein Sonntag oder gesetzlicher Feiertag sein.

§ 17 Wählerverzeichnis und Wahlschein

(1) Die Gemeindebehörden führen für jeden Wahlbezirk ein Verzeichnis der Wahlberechtigten. Jeder Wahlberechtigte hat das Recht, an den Werktagen vom 20. bis zum 16. Tag vor der Wahl während der allgemeinen Öffnungszeiten die Richtigkeit oder Vollständigkeit der zu seiner Person im Wählerverzeichnis eingetragenen Daten zu überprüfen. Zur Überprüfung der Richtigkeit oder Vollständigkeit der Daten von anderen im Wählerverzeichnis eingetragenen Personen haben Wahlberechtigte während des in Satz 2 genannten Zeitraumes nur dann ein Recht auf Einsicht in das Wählerverzeichnis, wenn sie Tatsachen glaubhaft machen, aus denen sich eine Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit des Wählerverzeichnisses ergeben kann. Das Recht zur Überprüfung gemäß Satz 3 besteht nicht hinsichtlich der Daten von Wahlberechtigten, für die im Melderegister ein Sperrvermerk gemäß den § 21 Abs. 5 des Melderechtsrahmengesetzes entsprechenden Vorschriften der Landesmeldegesetze eingetragen ist.

(2) Ein Wahlberechtigter, der im Wählerverzeichnis eingetragen ist, oder der aus einem von ihm nicht zu vertretenden Grund in das Wählerverzeichnis nicht aufgenommen worden ist, erhält auf Antrag einen Wahlschein.

§ 18 Wahlvorschlagsrecht, Beteiligungsanzeige

(1) Wahlvorschläge können von Parteien und nach Maßgabe des § 20 von Wahlberechtigten eingereicht werden.

(2) Parteien, die im Deutschen Bundestag oder einem Landtag seit deren letzter Wahl nicht auf Grund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten waren, können als solche einen Wahlvorschlag nur einreichen, wenn sie spätestens am siebenundneunzigsten Tage vor der Wahl bis 18 Uhr dem Bundeswahlleiter ihre Beteiligung an der Wahl schriftlich angezeigt haben und der Bundeswahlausschuß ihre Parteieigenschaft festgestellt hat. In der Anzeige ist anzugeben, unter welchem Namen sich die Partei an der Wahl beteiligen will. Die Anzeige muß von mindestens drei Mitgliedern des Bundesvorstandes, darunter dem Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter, persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein. Hat eine Partei keinen Bundesvorstand, so tritt der Vorstand der jeweils obersten Parteiorganisation an die Stelle des Bundesvorstandes. Die schriftliche Satzung und das schriftliche Programm der Partei sowie ein Nachweis über die satzungsgemäße Bestellung des Vorstandes sind der Anzeige beizufügen. Der Anzeige sollen Nachweise über die Parteieigenschaft nach § 2 Absatz 1 Satz 1 des Parteiengesetzes beigefügt werden.

(3) Der Bundeswahlleiter hat die Anzeige nach Absatz 2 unverzüglich nach Eingang zu prüfen. Stellt er Mängel fest, so benachrichtigt er sofort den Vorstand und fordert ihn auf, behebbare Mängel zu beseitigen. Nach Ablauf der Anzeigefrist können nur noch Mängel an sich gültiger Anzeigen behoben werden. Eine gültige Anzeige liegt nicht vor, wenn

1. die Form oder Frist des Absatzes 2 nicht gewahrt ist,
2. die Parteibezeichnung fehlt,
3. die nach Absatz 2 erforderlichen gültigen Unterschriften und die der Anzeige beizufügenden Anlagen fehlen, es sei denn, diese Anlagen können infolge von Umständen, die die Partei nicht zu vertreten hat, nicht rechtzeitig vorgelegt werden,
4. die Vorstandsmitglieder mangelhaft bezeichnet sind, so daß ihre Person nicht feststeht.

Nach der Entscheidung über die Feststellung der Parteieigenschaft ist jede Mängelbeseitigung ausgeschlossen. Gegen Verfügungen des Bundeswahlleiters im Mängelbeseitigungsverfahren kann der Vorstand den Bundeswahlausschuß anrufen.

(4) Der Bundeswahlausschuß stellt spätestens am neunundsiebzigsten Tage vor der Wahl für alle Wahlorgane verbindlich fest,

1. welche Parteien im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl auf Grund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten waren,

2. welche Vereinigungen, die nach Absatz 2 ihre Beteiligung angezeigt haben, für die Wahl als Parteien anzuerkennen sind; für die Ablehnung der Anerkennung als Partei für die Wahl ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich.

Die Feststellung ist vom Bundeswahlleiter in der Sitzung des Bundeswahlausschusses bekannt zu geben. Sie ist öffentlich bekannt zu machen.

(4a) Gegen eine Feststellung nach Absatz 4, die sie an der Einreichung von Wahlvorschlägen hindert, kann eine Partei oder Vereinigung binnen vier Tagen nach Bekanntgabe Beschwerde zum Bundesverfassungsgericht erheben. In diesem Fall ist die Partei oder Vereinigung von den Wahlorganen bis zu einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, längstens bis zum Ablauf des neunundfünfzigsten Tages vor der Wahl wie eine wahlvorschlagsberechtigte Partei zu behandeln.

(5) Eine Partei kann in jedem Wahlkreis nur einen Kreiswahlvorschlag und in jedem Land nur eine Landesliste einreichen.

§ 19 Einreichung der Wahlvorschläge

Kreiswahlvorschläge sind dem Kreiswahlleiter, Landeslisten dem Landeswahlleiter spätestens am neunundsechzigsten Tage vor der Wahl bis 18 Uhr schriftlich einzureichen.

§ 20 Inhalt und Form der Kreiswahlvorschläge

(1) Der Kreiswahlvorschlag darf nur den Namen eines Bewerbers enthalten. Jeder Bewerber kann nur in einem Wahlkreis und hier nur in einem Kreiswahlvorschlag benannt werden. Als Bewerber kann nur vorgeschlagen werden, wer seine Zustimmung dazu schriftlich erteilt hat; die Zustimmung ist unwiderruflich.

(2) Kreiswahlvorschläge von Parteien müssen von dem Vorstand des Landesverbandes oder, wenn Landesverbände nicht bestehen, von den Vorständen der nächstniedrigen Gebietsverbände, in deren Bereich der Wahlkreis liegt, persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein. Kreiswahlvorschläge der in § 18 Abs. 2 genannten Parteien müssen außerdem von mindestens 200 Wahlberechtigten des Wahlkreises persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein; die Wahlberechtigung muß im Zeitpunkt der Unterzeichnung gegeben sein und ist bei Einreichung des Kreiswahlvorschlages nachzuweisen. Das Erfordernis von 200 Unterschriften gilt nicht für Kreiswahlvorschläge von Parteien nationaler Minderheiten.

(3) Andere Kreiswahlvorschläge müssen von mindestens 200 Wahlberechtigten des Wahlkreises persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein. Absatz 2 Satz 2 zweiter Halbsatz gilt entsprechend.

(4) Kreiswahlvorschläge von Parteien müssen den Namen der einreichenden Partei und, sofern sie eine Kurzbezeichnung verwendet, auch diese, andere Kreiswahlvorschläge ein Kennwort enthalten.

§ 21 Aufstellung von Parteibewerbern

(1) Als Bewerber einer Partei kann in einem Kreiswahlvorschlag nur benannt werden, wer nicht Mitglied einer anderen Partei ist und in einer Mitgliederversammlung zur Wahl eines Wahlkreisbewerbers oder in einer besonderen oder allgemeinen Vertreterversammlung hierzu gewählt worden ist. Mitgliederversammlung zur Wahl eines Wahlkreisbewerbers ist eine Versammlung der im Zeitpunkt ihres Zusammentritts im Wahlkreis zum Deutschen Bundestag wahlberechtigten Mitglieder der Partei. Besondere Vertreterversammlung ist eine Versammlung der von einer derartigen Mitgliederversammlung aus ihrer Mitte gewählten Vertreter. Allgemeine Vertreterversammlung ist eine nach der Satzung der Partei (§ 6 des Parteiengesetzes) allgemein für bevorstehende Wahlen von einer derartigen Mitgliederversammlung aus ihrer Mitte bestellte Versammlung.

(2) In Kreisen und kreisfreien Städten, die mehrere Wahlkreise umfassen, können die Bewerber für diejenigen Wahlkreise, deren Gebiet die Grenze des Kreises oder der kreisfreien Stadt nicht durchschneidet, in einer gemeinsamen Mitglieder- oder Vertreterversammlung gewählt werden.

(3) Die Bewerber und die Vertreter für die Vertreterversammlungen werden in geheimer Abstimmung gewählt. Jeder stimmberechtigte Teilnehmer der Versammlung ist hierbei vorschlagsberechtigt. Den Bewerbern ist Gelegenheit zu geben, sich und ihr Programm der Versammlung in angemessener Zeit vorzustellen. Die Wahlen dürfen frühestens 32 Monate, für die Vertreterversammlungen frühestens 29 Monate nach Beginn der Wahlperiode des Deutschen Bundestages stattfinden; dies gilt nicht, wenn die Wahlperiode vorzeitig endet.

(4) Der Vorstand des Landesverbandes oder, wenn Landesverbände nicht bestehen, die Vorstände der nächstniedrigen Gebietsverbände, in deren Bereich der Wahlkreis liegt, oder eine andere in der Parteisatzung

hierfür vorgesehene Stelle können gegen den Beschluß einer Mitglieder- oder Vertreterversammlung Einspruch erheben. Auf einen solchen Einspruch ist die Abstimmung zu wiederholen. Ihr Ergebnis ist endgültig.

(5) Das Nähere über die Wahl der Vertreter für die Vertreterversammlung, über die Einberufung und Beschlußfähigkeit der Mitglieder- oder Vertreterversammlung sowie über das Verfahren für die Wahl des Bewerbers regeln die Parteien durch ihre Satzungen.

(6) Eine Ausfertigung der Niederschrift über die Wahl des Bewerbers mit Angaben über Ort und Zeit der Versammlung, Form der Einladung, Zahl der erschienenen Mitglieder und Ergebnis der Abstimmung ist mit dem Kreiswahlvorschlag einzureichen. Hierbei haben der Leiter der Versammlung und zwei von dieser bestimmte Teilnehmer gegenüber dem Kreiswahlleiter an Eides Statt zu versichern, dass die Anforderungen gemäß Absatz 3 Satz 1 bis 3 beachtet worden sind. Der Kreiswahlleiter ist zur Abnahme einer solchen Versicherung an Eides Statt zuständig; er gilt als Behörde im Sinne des § 156 des Strafgesetzbuches.

§ 22 Vertrauensperson

(1) In jedem Kreiswahlvorschlag sollen eine Vertrauensperson und eine stellvertretende Vertrauensperson bezeichnet werden. Fehlt diese Bezeichnung, so gilt die Person, die als erste unterzeichnet hat, als Vertrauensperson, und diejenige, die als zweite unterzeichnet hat, als stellvertretende Vertrauensperson.

(2) Soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist, sind nur die Vertrauensperson und die stellvertretende Vertrauensperson, jede für sich, berechtigt, verbindliche Erklärungen zum Kreiswahlvorschlag abzugeben und entgegenzunehmen.

(3) Die Vertrauensperson und die stellvertretende Vertrauensperson können durch schriftliche Erklärung der Mehrheit der Unterzeichner des Kreiswahlvorschlages an den Kreiswahlleiter abberufen und durch andere ersetzt werden.

§ 23 Zurücknahme von Kreiswahlvorschlägen

Ein Kreiswahlvorschlag kann durch gemeinsame schriftliche Erklärung der Vertrauensperson und der stellvertretenden Vertrauensperson zurückgenommen werden, solange nicht über seine Zulassung entschieden ist. Ein von mindestens 200 Wahlberechtigten unterzeichneter Kreiswahlvorschlag kann auch von der Mehrheit der Unterzeichner durch eine von ihnen persönlich und handschriftlich vollzogene Erklärung zurückgenommen werden.

§ 24 Änderung von Kreiswahlvorschlägen

Ein Kreiswahlvorschlag kann nach Ablauf der Einreichungsfrist nur durch gemeinsame schriftliche Erklärung der Vertrauensperson und der stellvertretenden Vertrauensperson und nur dann geändert werden, wenn der Bewerber stirbt oder die Wählbarkeit verliert. Das Verfahren nach § 21 braucht nicht eingehalten zu werden, der Unterschriften nach § 20 Abs. 2 und 3 bedarf es nicht. Nach der Entscheidung über die Zulassung eines Kreiswahlvorschlages (§ 26 Abs. 1 Satz 1) ist jede Änderung ausgeschlossen.

§ 25 Beseitigung von Mängeln

(1) Der Kreiswahlleiter hat die Kreiswahlvorschläge unverzüglich nach Eingang zu prüfen. Stellt er bei einem Kreiswahlvorschlag Mängel fest, so benachrichtigt er sofort die Vertrauensperson und fordert sie auf, behebbare Mängel rechtzeitig zu beseitigen.

(2) Nach Ablauf der Einreichungsfrist können nur noch Mängel an sich gültiger Wahlvorschläge behoben werden. Ein gültiger Wahlvorschlag liegt nicht vor, wenn

1. die Form oder Frist des § 19 nicht gewahrt ist,
2. die nach § 20 Abs. 2 Sätze 1 und 2 sowie Absatz 3 erforderlichen gültigen Unterschriften mit dem Nachweis der Wahlberechtigung der Unterzeichner fehlen, es sei denn, der Nachweis kann infolge von Umständen, die der Wahlvorschlagsberechtigte nicht zu vertreten hat, nicht rechtzeitig erbracht werden,
3. bei einem Parteiwahlvorschlag die Parteibezeichnung fehlt, die nach § 18 Abs. 2 erforderliche Feststellung der Parteieigenschaft abgelehnt ist oder die Nachweise des § 21 nicht erbracht sind,
4. der Bewerber mangelhaft bezeichnet ist, so daß seine Person nicht feststeht, oder
5. die Zustimmungserklärung des Bewerbers fehlt.

(3) Nach der Entscheidung über die Zulassung eines Kreiswahlvorschlages (§ 26 Abs. 1 Satz 1) ist jede Mängelbeseitigung ausgeschlossen.

(4) Gegen Verfügungen des Kreiswahlleiters im Mängelbeseitigungsverfahren kann die Vertrauensperson den Kreiswahlausschuß anrufen.

§ 26 Zulassung der Kreiswahlvorschläge

(1) Der Kreiswahlausschuß entscheidet am achtundfünfzigsten Tage vor der Wahl über die Zulassung der Kreiswahlvorschläge. Er hat Kreiswahlvorschläge zurückzuweisen, wenn sie

1. verspätet eingereicht sind oder
2. den Anforderungen nicht entsprechen, die durch dieses Gesetz und die Bundeswahlordnung aufgestellt sind, es sei denn, daß in diesen Vorschriften etwas anderes bestimmt ist.

Die Entscheidung ist in der Sitzung des Kreiswahlausschusses bekanntzugeben.

(2) Weist der Kreiswahlausschuß einen Kreiswahlvorschlag zurück, so kann binnen drei Tagen nach Bekanntgabe der Entscheidung Beschwerde an den Landeswahlausschuß eingelegt werden. Beschwerdeberechtigt sind die Vertrauensperson des Kreiswahlvorschlages, der Bundeswahlleiter und der Kreiswahlleiter. Der Bundeswahlleiter und der Kreiswahlleiter können auch gegen eine Entscheidung, durch die ein Kreiswahlvorschlag zugelassen wird, Beschwerde erheben. In der Beschwerdeverhandlung sind die erschienenen Beteiligten zu hören. Die Entscheidung über die Beschwerde muß spätestens am zweiundfünfzigsten Tage vor der Wahl getroffen werden.

(3) Der Kreiswahlleiter macht die zugelassenen Kreiswahlvorschläge spätestens am achtundvierzigsten Tage vor der Wahl öffentlich bekannt.

§ 27 Landeslisten

(1) Landeslisten können nur von Parteien eingereicht werden. Sie müssen von dem Vorstand des Landesverbandes oder, wenn Landesverbände nicht bestehen, von den Vorständen der nächstniedrigen Gebietsverbände, die im Bereich des Landes liegen, bei den in § 18 Abs. 2 genannten Parteien außerdem von 1 vom Tausend der Wahlberechtigten des Landes bei der letzten Bundestagswahl, jedoch höchstens 2.000 Wahlberechtigten, persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein. Die Wahlberechtigung der Unterzeichner eines Wahlvorschlages einer der in § 18 Abs. 2 genannten Parteien muß im Zeitpunkt der Unterzeichnung gegeben sein und ist bei Einreichung der Landesliste nachzuweisen. Das Erfordernis zusätzlicher Unterschriften gilt nicht für Landeslisten von Parteien nationaler Minderheiten.

(2) Landeslisten müssen den Namen der einreichenden Partei und, sofern sie eine Kurzbezeichnung verwendet, auch diese enthalten.

(3) Die Namen der Bewerber müssen in erkennbarer Reihenfolge aufgeführt sein.

(4) Ein Bewerber kann nur in einem Land und hier nur in einer Landesliste vorgeschlagen werden. In einer Landesliste kann nur benannt werden, wer seine Zustimmung dazu schriftlich erklärt hat; die Zustimmung ist unwiderruflich.

(5) § 21 Abs. 1, 3, 5 und 6 sowie die §§ 22 bis 25 gelten entsprechend mit der Maßgabe, daß die Versicherung an Eides Statt nach § 21 Abs. 6 Satz 2 sich auch darauf zu erstrecken hat, daß die Festlegung der Reihenfolge der Bewerber in der Landesliste in geheimer Abstimmung erfolgt ist.

§ 28 Zulassung der Landeslisten

(1) Der Landeswahlausschuß entscheidet am achtundfünfzigsten Tage vor der Wahl über die Zulassung der Landeslisten. Er hat Landeslisten zurückzuweisen, wenn sie

1. verspätet eingereicht sind oder
2. den Anforderungen nicht entsprechen, die durch dieses Gesetz und die Bundeswahlordnung aufgestellt sind, es sei denn, daß in diesen Vorschriften etwas anderes bestimmt ist.

Sind die Anforderungen nur hinsichtlich einzelner Bewerber nicht erfüllt, so werden ihre Namen aus der Landesliste gestrichen. Die Entscheidung ist in der Sitzung des Landeswahlausschusses bekanntzugeben.

(2) Weist der Landeswahlausschuß eine Landesliste ganz oder teilweise zurück, so kann binnen drei Tagen nach Bekanntgabe der Entscheidung Beschwerde an den Bundeswahlausschuß eingelegt werden. Beschwerdeberechtigt sind die Vertrauensperson der Landesliste und der Landeswahlleiter. Der Landeswahlleiter kann auch gegen eine Entscheidung, durch die eine Landesliste zugelassen wird, Beschwerde erheben. In der Beschwerdeverhandlung sind die erschienenen Beteiligten zu hören. Die Entscheidung über die Beschwerde muß spätestens am zweiundfünfzigsten Tage vor der Wahl getroffen werden.

(3) Der Landeswahlleiter macht die zugelassenen Landeslisten spätestens am achtundvierzigsten Tage vor der Wahl öffentlich bekannt.

§ 29 (weggefallen)

§ 30 Stimmzettel

(1) Die Stimmzettel und die zugehörigen Umschläge für die Briefwahl (§ 36 Abs. 1) werden amtlich hergestellt.

(2) Der Stimmzettel enthält

1. für die Wahl in den Wahlkreisen die Namen der Bewerber der zugelassenen Kreiswahlvorschläge, bei Kreiswahlvorschlägen von Parteien außerdem die Namen der Parteien und, sofern sie eine Kurzbezeichnung verwenden, auch diese, bei anderen Kreiswahlvorschlägen außerdem das Kennwort,
2. für die Wahl nach Landeslisten die Namen der Parteien und, sofern sie eine Kurzbezeichnung verwenden, auch diese, sowie die Namen der ersten fünf Bewerber der zugelassenen Landeslisten.

(3) Die Reihenfolge der Landeslisten von Parteien richtet sich nach der Zahl der Zweitstimmen, die sie bei der letzten Bundestagswahl im Land erreicht haben. Die übrigen Landeslisten schließen sich in alphabetischer Reihenfolge der Namen der Parteien an. Die Reihenfolge der Kreiswahlvorschläge richtet sich nach der Reihenfolge der entsprechenden Landeslisten. Sonstige Kreiswahlvorschläge schließen sich in alphabetischer Reihenfolge der Namen der Parteien oder der Kennwörter an.

Fünfter Abschnitt
Wahlhandlung

§ 31 Öffentlichkeit der Wahlhandlung

Die Wahlhandlung ist öffentlich. Der Wahlvorstand kann Personen, die die Ordnung und Ruhe stören, aus dem Wahlraum verweisen.

§ 32 Unzulässige Wahlpropaganda und Unterschriftensammlung, unzulässige Veröffentlichung von Wählerbefragungen

(1) Während der Wahlzeit sind in und an dem Gebäude, in dem sich der Wahlraum befindet, sowie unmittelbar vor dem Zugang zu dem Gebäude jede Beeinflussung der Wähler durch Wort, Ton, Schrift oder Bild sowie jede Unterschriftensammlung verboten.

(2) Die Veröffentlichung von Ergebnissen von Wählerbefragungen nach der Stimmabgabe über den Inhalt der Wahlentscheidung ist vor Ablauf der Wahlzeit unzulässig.

§ 33 Wahrung des Wahlgeheimnisses

(1) Es sind Vorkehrungen dafür zu treffen, daß der Wähler den Stimmzettel unbeobachtet kennzeichnen und falten kann. Für die Aufnahme der Stimmzettel sind Wahlurnen zu verwenden, die die Wahrung des Wahlgeheimnisses sicherstellen.

(2) Ein Wähler, der des Lesens unkundig ist oder der wegen einer körperlichen Beeinträchtigung gehindert ist, den Stimmzettel zu kennzeichnen, zu falten oder selbst in die Wahlurne zu werfen, kann sich der Hilfe einer anderen Person bedienen.

§ 34 Stimmabgabe mit Stimmzetteln

(1) Gewählt wird mit amtlichen Stimmzetteln.

(2) Der Wähler gibt

1. seine Erststimme in der Weise ab, daß er durch ein auf den Stimmzettel gesetztes Kreuz oder auf andere Weise eindeutig kenntlich macht, welchem Bewerber sie gelten soll,
2. seine Zweitstimme in der Weise ab, daß er durch ein auf den Stimmzettel gesetztes Kreuz oder auf andere Weise eindeutig kenntlich macht, welcher Landesliste sie gelten soll.

Der Wähler faltet daraufhin den Stimmzettel in der Weise, dass seine Stimmabgabe nicht erkennbar ist, und wirft ihn in die Wahlurne.

§ 35 Stimmabgabe mit Wahlgeräten

(1) Zur Erleichterung der Abgabe und Zählung der Stimmen können anstelle von Stimmzetteln und Wahlurnen Wahlgeräte benutzt werden.

(2) Wahlgeräte im Sinne von Absatz 1 müssen die Geheimhaltung der Stimmabgabe gewährleisten. Ihre Bauart muß für die Verwendung bei Wahlen zum Deutschen Bundestag amtlich für einzelne Wahlen oder allgemein zugelassen sein. Über die Zulassung entscheidet das Bundesministerium des Innern auf Antrag des Herstellers des Wahlgerätes. Die Verwendung eines amtlich zugelassenen Wahlgerätes bedarf der Genehmigung durch das Bundesministerium des Innern. Die Genehmigung kann für einzelne Wahlen oder allgemein ausgesprochen werden.

(3) Das Bundesministerium des Innern wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, nähere Bestimmungen zu erlassen über

1. die Voraussetzungen für die amtliche Zulassung der Bauart von Wahlgeräten sowie für die Rücknahme und den Widerruf der Zulassung,
2. das Verfahren für die amtliche Zulassung der Bauart,
3. das Verfahren für die Prüfung eines Wahlgerätes auf die der amtlich zugelassenen Bauart entsprechende Ausführung,
4. die öffentliche Erprobung eines Wahlgerätes vor seiner Verwendung,
5. das Verfahren für die amtliche Genehmigung der Verwendung sowie für die Rücknahme und den Widerruf der Genehmigung,
6. die durch die Verwendung von Wahlgeräten bedingten Besonderheiten im Zusammenhang mit der Wahl.

Die Rechtsverordnung ergeht in den Fällen der Nummern 1 und 3 im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie.

(4) Für die Betätigung eines Wahlgerätes gilt § 33 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 entsprechend.

§ 36 Briefwahl

(1) Bei der Briefwahl hat der Wähler dem Kreiswahlleiter des Wahlkreises, in dem der Wahlschein ausgestellt worden ist, im verschlossenen Wahlbriefumschlag

a) seinen Wahlschein,

b) in einem besonderen verschlossenen Stimmzettelumschlag seinen Stimmzettel

so rechtzeitig zu übersenden, daß der Wahlbrief spätestens am Wahltage bis 18 Uhr eingeht. § 33 Abs. 2 gilt entsprechend.

(2) Auf dem Wahlschein hat der Wähler oder die Hilfsperson gegenüber dem Kreiswahlleiter an Eides Statt zu versichern, daß der Stimmzettel persönlich oder gemäß dem erklärten Willen des Wählers gekennzeichnet worden ist. Der Kreiswahlleiter ist zur Abnahme einer solchen Versicherung an Eides Statt zuständig; er gilt als Behörde im Sinne des § 156 des Strafgesetzbuches.

(3) Im Falle einer Anordnung der Landesregierung oder der von ihr bestimmten Stelle nach § 8 Abs. 3 tritt an die Stelle des Kreiswahlleiters in Absatz 1 Satz 1 und in Absatz 2 die Gemeindebehörde, die den Wahlschein ausgestellt hat, oder die Verwaltungsbehörde des Kreises, in dem diese Gemeinde liegt.

(4) Wahlbriefe können von den Absendern bei einem vor der Wahl amtlich bekannt gemachten Postunternehmen als Briefsendungen ohne besondere Versendungsform unentgeltlich eingeliefert werden, wenn sie sich in amtlichen Wahlbriefumschlägen befinden. Bei Inanspruchnahme einer besonderen Versendungsform hat der

Absender den das jeweils für die Briefbeförderung gültige Leistungsentgelt übersteigenden Betrag zu tragen. Der Bund trägt die Kosten für die unentgeltliche Wahlbriefbeförderung.

Sechster Abschnitt
Feststellung des Wahlergebnisses

§ 37 Feststellung des Wahlergebnisses im Wahlbezirk

Nach Beendigung der Wahlhandlung stellt der Wahlvorstand fest, wieviel Stimmen im Wahlbezirk auf die einzelnen Kreiswahlvorschläge und Landeslisten abgegeben worden sind.

§ 38 Feststellung des Briefwahlergebnisses

Der für die Briefwahl eingesetzte Wahlvorstand stellt fest, wieviel durch Briefwahl abgegebene Stimmen auf die einzelnen Kreiswahlvorschläge und Landeslisten entfallen.

§ 39 Ungültige Stimmen, Zurückweisung von Wahlbriefen, Auslegungsregeln

(1) Ungültig sind Stimmen, wenn der Stimmzettel

1. nicht amtlich hergestellt ist,
2. keine Kennzeichnung enthält,
3. für einen anderen Wahlkreis gültig ist,
4. den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen läßt,
5. einen Zusatz oder Vorbehalt enthält.

In den Fällen der Nummern 1 und 2 sind beide Stimmen ungültig; im Fall der Nummer 3 ist nur die Erststimme ungültig, wenn der Stimmzettel für einen anderen Wahlkreis in demselben Land gültig ist. Bei der Briefwahl sind außerdem beide Stimmen ungültig, wenn der Stimmzettel nicht in einem amtlichen Stimmzettelumschlag oder in einem Stimmzettelumschlag abgegeben worden ist, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abweicht oder einen deutlich fühlbaren Gegenstand enthält, jedoch eine Zurückweisung gemäß Absatz 4 Nr. 7 oder 8 nicht erfolgt ist. Enthält der Stimmzettel nur eine Stimmabgabe, so ist die nicht abgegebene Stimme ungültig.

(2) Mehrere in einem Stimmzettelumschlag enthaltene Stimmzettel gelten als ein Stimmzettel, wenn sie gleich lauten oder nur einer von ihnen gekennzeichnet ist; sonst zählen sie als ein Stimmzettel mit zwei ungültigen Stimmen.

(3) Ist der Stimmzettelumschlag leer abgegeben worden, so gelten beide Stimmen als ungültig.

(4) Bei der Briefwahl sind Wahlbriefe zurückzuweisen, wenn

1. der Wahlbrief nicht rechtzeitig eingegangen ist,
2. dem Wahlbriefumschlag kein oder kein gültiger Wahlschein beiliegt,
3. dem Wahlbriefumschlag kein Stimmzettelumschlag beigefügt ist,
4. weder der Wahlbriefumschlag noch der Stimmzettelumschlag verschlossen ist,
5. der Wahlbriefumschlag mehrere Stimmzettelumschläge, aber nicht eine gleiche Anzahl gültiger und mit der vorgeschriebenen Versicherung an Eides Statt versehener Wahlscheine enthält,
6. der Wähler oder die Hilfsperson die vorgeschriebene Versicherung an Eides Statt zur Briefwahl auf dem Wahlschein nicht unterschrieben hat,
7. kein amtlicher Stimmzettelumschlag benutzt worden ist,
8. ein Stimmzettelumschlag benutzt worden ist, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abweicht oder einen deutlich fühlbaren Gegenstand enthält.

Die Einsender zurückgewiesener Wahlbriefe werden nicht als Wähler gezählt; ihre Stimmen gelten als nicht abgegeben.

(5) Die Stimmen eines Wählers, der an der Briefwahl teilgenommen hat, werden nicht dadurch ungültig, daß er vor dem oder am Wahltage stirbt oder sein Wahlrecht nach § 13 verliert.

§ 40 Entscheidung des Wahlvorstandes

Der Wahlvorstand entscheidet über die Gültigkeit der abgegebenen Stimmen und über alle bei der Wahlhandlung und bei der Ermittlung des Wahlergebnisses sich ergebenden Anstände. Der Kreiswahlausschuß hat das Recht der Nachprüfung.

§ 41 Feststellung des Wahlergebnisses im Wahlkreis

Der Kreiswahlausschuß stellt fest, wieviel Stimmen im Wahlkreis für die einzelnen Kreiswahlvorschläge und Landeslisten abgegeben worden sind und welcher Bewerber als Wahlkreisabgeordneter gewählt ist. Der Kreiswahlleiter benachrichtigt den gewählten Bewerber und weist ihn darauf hin, dass er nach der abschließenden Feststellung des Ergebnisses für das Wahlgebiet durch den Bundeswahlausschuss (§ 42 Abs. 2 Satz 1) die Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag mit Eröffnung der ersten Sitzung nach der Wahl erlangt und eine Ablehnung des Erwerbs der Mitgliedschaft gegenüber dem Landeswahlleiter erfolgen muss.

§ 42 Feststellung des Ergebnisses der Landeslistenwahl

(1) Der Landeswahlausschuß stellt fest, wieviel Stimmen im Land für die einzelnen Landeslisten abgegeben worden sind.

(2) Der Bundeswahlausschuß stellt fest, wieviel Sitze auf die einzelnen Landeslisten entfallen und welche Bewerber gewählt sind. Der Landeswahlleiter benachrichtigt die gewählten Bewerber und weist sie darauf hin, dass sie nach der abschließenden Feststellung des Ergebnisses für das Wahlgebiet durch den Bundeswahlausschuss die Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag mit Eröffnung der ersten Sitzung nach der Wahl erlangen und eine Ablehnung des Erwerbs der Mitgliedschaft gegenüber dem Landeswahlleiter erfolgen muss.

(3) (weggefallen)

Siebenter Abschnitt
Besondere Vorschriften für Nachwahlen und Wiederholungswahlen

§ 43 Nachwahl

(1) Eine Nachwahl findet statt,

1. wenn in einem Wahlkreis oder in einem Wahlbezirk die Wahl nicht durchgeführt worden ist,
2. wenn ein Wahlkreisbewerber nach der Zulassung des Kreiswahlvorschlages, aber noch vor der Wahl stirbt.

(2) Die Nachwahl soll im Fall des Absatzes 1 Nr. 1 spätestens drei Wochen nach dem Tag der Hauptwahl stattfinden. Im Fall des Absatzes 1 Nr. 2 kann sie am Tag der Hauptwahl stattfinden; sie soll spätestens sechs Wochen nach dem Tag der Hauptwahl stattfinden. Den Tag der Nachwahl bestimmt der Landeswahlleiter.

(3) Die Nachwahl findet nach denselben Vorschriften und auf denselben Grundlagen wie die Hauptwahl statt.

(4) Im Fall einer Nachwahl ist das vorläufige Ergebnis der Hauptwahl unmittelbar im Anschluss an die Wahlhandlung der Hauptwahl auf der Grundlage der erfolgten Stimmabgaben zu ermitteln, festzustellen und bekannt zu geben.

§ 44 Wiederholungswahl

(1) Wird im Wahlprüfungsverfahren eine Wahl ganz oder teilweise für ungültig erklärt, so ist sie nach Maßgabe der Entscheidung zu wiederholen.

(2) Die Wiederholungswahl findet nach denselben Vorschriften, denselben Wahlvorschlägen und, wenn seit der Hauptwahl noch nicht sechs Monate verflossen sind, auf Grund derselben Wählerverzeichnisse wie die Hauptwahl statt, soweit nicht die Entscheidung im Wahlprüfungsverfahren hinsichtlich der Wahlvorschläge und Wählerverzeichnisse Abweichungen vorschreibt.

(3) Die Wiederholungswahl muß spätestens sechzig Tage nach Rechtskraft der Entscheidung stattfinden, durch die die Wahl für ungültig erklärt worden ist. Ist die Wahl nur teilweise für ungültig erklärt worden, so unterbleibt

die Wiederholungswahl, wenn feststeht, daß innerhalb von sechs Monaten ein neuer Deutscher Bundestag gewählt wird. Den Tag der Wiederholungswahl bestimmt der Landeswahlleiter, im Falle einer Wiederholungswahl für das ganze Wahlgebiet der Bundespräsident.

(4) Auf Grund der Wiederholungswahl wird das Wahlergebnis nach den Vorschriften des Sechsten Abschnittes neu festgestellt. Die nach § 41 Satz 2 und § 42 Abs. 2 Satz 2 zuständigen Wahlleiter benachrichtigen die gewählten Bewerber und fordern sie auf, binnen einer Woche schriftlich zu erklären, ob sie die Wahl annehmen.

Achter Abschnitt
Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag

§ 45 Erwerb der Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag

(1) Ein gewählter Bewerber erwirbt die Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag nach der abschließenden Feststellung des Ergebnisses für das Wahlgebiet durch den Bundeswahlausschuss (§ 42 Abs. 2 Satz 1) mit der Eröffnung der ersten Sitzung des Deutschen Bundestages nach der Wahl. Eine Ablehnung des Erwerbs der Mitgliedschaft muss vor der ersten Sitzung gegenüber dem Landeswahlleiter schriftlich erklärt werden. Eine Erklärung unter Vorbehalt gilt als Ablehnung. Die Erklärung kann nicht widerrufen werden.

(2) Bei einer Ersatzwahl (§ 48 Abs. 2) gilt Absatz 1 entsprechend mit der Maßgabe, dass ein gewählter Bewerber die Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag nach der Feststellung des endgültigen Wahlergebnisses für die Ersatzwahl erwirbt.

(3) Bei einer Listennachfolge (§ 48 Abs. 1) oder einer Wiederholungswahl (§ 44) wird die Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag mit dem frist- und formgerechten Eingang der auf die Benachrichtigung erfolgenden Annahmeerklärung beim zuständigen Wahlleiter, jedoch nicht vor Ausscheiden des ursprünglich gewählten Abgeordneten erworben. Liegt bei Ablehnung des Erwerbs der Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag durch einen gewählten Bewerber die Annahmeerklärung des Listennachfolgers bereits vor der ersten Sitzung des Deutschen Bundestages nach der Wahl vor, erwirbt der Listennachfolger das Mandat mit der Eröffnung dieser Sitzung. Gibt der Listennachfolger oder durch Wiederholungswahl gewählte Bewerber bis zum Ablauf der Frist keine oder keine formgerechte Erklärung ab, so gilt die Nachfolge oder Wahl zu diesem Zeitpunkt als angenommen. Absatz 1 Satz 3 und 4 gilt entsprechend.

§ 46 Verlust der Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag

(1) Ein Abgeordneter verliert die Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag bei

1. Ungültigkeit des Erwerbs der Mitgliedschaft,
2. Neufeststellung des Wahlergebnisses,
3. Wegfall einer Voraussetzung seiner jederzeitigen Wählbarkeit,
4. Verzicht,
5. Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Partei oder der Teilorganisation einer Partei, der er angehört, durch das Bundesverfassungsgericht nach Artikel 21 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes.

Verlustgründe nach anderen gesetzlichen Vorschriften bleiben unberührt.

(2) Bei Ungültigkeit seiner Wahl im Wahlkreis bleibt der Abgeordnete Mitglied des Bundestages, wenn er zugleich auf einer Landesliste gewählt war, aber nach § 6 Abs. 4 Satz 3 unberücksichtigt geblieben ist.

(3) Der Verzicht ist nur wirksam, wenn er zur Niederschrift des Präsidenten des Deutschen Bundestages, eines deutschen Notars, der seinen Sitz im Geltungsbereich dieses Gesetzes hat, oder eines zur Vornahme von Beurkundungen ermächtigten Bediensteten einer deutschen Auslandsvertretung erklärt wird. Die notarielle oder bei einer Auslandsvertretung abgegebene Verzichtserklärung hat der Abgeordnete dem Bundestagspräsidenten zu übermitteln. Der Verzicht kann nicht widerrufen werden.

(4) Wird eine Partei oder die Teilorganisation einer Partei durch das Bundesverfassungsgericht nach Artikel 21 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes für verfassungswidrig erklärt, verlieren die Abgeordneten ihre Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag und die Listennachfolger ihre Anwartschaft, sofern sie dieser Partei oder Teilorganisation in der Zeit zwischen der Antragstellung (§ 43 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht) und der Verkündung der Entscheidung (§ 46 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht) angehört haben. Soweit Abgeordnete, die nach Satz 1 ihre Mitgliedschaft verloren haben, in Wahlkreisen gewählt waren, wird die

Wahl eines Wahlkreisabgeordneten in diesen Wahlkreisen bei entsprechender Anwendung des § 44 Abs. 2 bis 4 wiederholt; hierbei dürfen die Abgeordneten, die nach Satz 1 ihre Mitgliedschaft verloren haben, nicht als Bewerber auftreten. Soweit Abgeordnete, die nach Satz 1 ihre Mitgliedschaft verloren haben, nach einer Landesliste der für verfassungswidrig erklärten Partei oder Teilorganisation der Partei gewählt waren, bleiben die Sitze unbesetzt. Im übrigen gilt § 48 Abs. 1.

§ 47 Entscheidung über den Verlust der Mitgliedschaft

(1) Über den Verlust der Mitgliedschaft nach § 46 Abs. 1 wird entschieden

1. im Falle der Nummer 1 im Wahlprüfungsverfahren,
2. im Falle der Nummern 2 und 5 durch Beschluß des Ältestenrates des Deutschen Bundestages,
3. im Falle der Nummer 3, wenn der Verlust der Wählbarkeit durch rechtskräftigen Richterspruch eingetreten ist, durch Beschluß des Ältestenrates des Deutschen Bundestages, im übrigen im Wahlprüfungsverfahren,
4. im Falle der Nummer 4 durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages in der Form der Erteilung einer Bestätigung der Verzichtserklärung.

(2) Wird über den Verlust der Mitgliedschaft im Wahlprüfungsverfahren entschieden, so scheidet der Abgeordnete mit der Rechtskraft der Entscheidung aus dem Deutschen Bundestag aus.

(3) Entscheidet der Ältestenrat oder der Präsident des Deutschen Bundestages über den Verlust der Mitgliedschaft, so scheidet der Abgeordnete mit der Entscheidung aus dem Deutschen Bundestag aus. Die Entscheidung ist unverzüglich von Amts wegen zu treffen. Innerhalb von zwei Wochen nach Zustellung der Entscheidung kann der Betroffene die Entscheidung des Deutschen Bundestages über den Verlust der Mitgliedschaft im Wahlprüfungsverfahren beantragen. Die Zustellung erfolgt nach den Vorschriften des Verwaltungszustellungsgesetzes.

§ 48 Berufung von Listennachfolgern und Ersatzwahlen

(1) Wenn ein gewählter Bewerber stirbt oder dem Landeswahlleiter schriftlich die Ablehnung des Erwerbs der Mitgliedschaft erklärt oder wenn ein Abgeordneter stirbt oder sonst nachträglich aus dem Deutschen Bundestag ausscheidet, so wird der Sitz aus der Landesliste derjenigen Partei besetzt, für die der gewählte Bewerber oder ausgeschiedene Abgeordnete bei der Wahl aufgetreten ist. Dies gilt nicht, solange die Partei in dem betreffenden Land Mandate gemäß § 6 Abs. 5 Satz 1 innehat. Bei der Nachfolge bleiben diejenigen Listenbewerber unberücksichtigt, die seit dem Zeitpunkt der Aufstellung der Landesliste aus dieser Partei ausgeschieden oder Mitglied einer anderen Partei geworden sind. Unberücksichtigt bleiben ebenso Listenbewerber, die als gewählte Bewerber im Wahlkreis ihren Mitgliedschaftserwerb abgelehnt oder als Abgeordnete auf ihre Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag verzichtet haben. Ist die Liste erschöpft, so bleibt der Sitz unbesetzt. Die Feststellung, wer als Listennachfolger eintritt, trifft der Landeswahlleiter. Er benachrichtigt den Listennachfolger und fordert ihn auf, binnen einer Woche schriftlich zu erklären, ob er die Nachfolge annimmt.

(2) Ist der Ausgeschiedene als Wahlkreisabgeordneter einer Wählergruppe oder einer Partei gewählt, für die im Land keine Landesliste zugelassen worden war, so findet Ersatzwahl im Wahlkreis statt. Die Ersatzwahl muß spätestens sechzig Tage nach dem Zeitpunkt des Ausscheidens stattfinden. Sie unterbleibt, wenn feststeht, daß innerhalb von sechs Monaten ein neuer Deutscher Bundestag gewählt wird. Die Ersatzwahl wird nach den allgemeinen Vorschriften durchgeführt. Den Wahltag bestimmt der Landeswahlleiter. § 41 gilt entsprechend.

Neunter Abschnitt
Schlußbestimmungen

§ 49 Anfechtung

Entscheidungen und Maßnahmen, die sich unmittelbar auf das Wahlverfahren beziehen, können nur mit den in diesem Gesetz und in der Bundeswahlordnung vorgesehenen Rechtsbehelfen sowie im Wahlprüfungsverfahren angefochten werden.

§ 49a Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer

1. entgegen § 11 ohne wichtigen Grund ein Ehrenamt ablehnt oder sich ohne genügende Entschuldigung den Pflichten eines solchen entzieht oder
2. entgegen § 32 Abs. 2 Ergebnisse von Wählerbefragungen nach der Stimmabgabe über den Inhalt der Wahlentscheidung vor Ablauf der Wahlzeit veröffentlicht.

(2) Die Ordnungswidrigkeit nach Absatz 1 Nr. 1 kann mit einer Geldbuße bis zu fünfhundert Euro, die Ordnungswidrigkeit nach Absatz 1 Nr. 2 mit einer Geldbuße bis zu fünfzigtausend Euro geahndet werden.

(3) Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist

1. bei Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 1 Nr. 1
   a) der Kreiswahlleiter, wenn ein Wahlberechtigter das Amt eines Wahlvorstehers, stellvertretenden Wahlvorstehers oder eines Beisitzers im Wahlvorstand oder im Kreiswahlausschuß,
   b) der Landeswahlleiter, wenn ein Wahlberechtigter das Amt eines Beisitzers im Landeswahlausschuß,
   c) der Bundeswahlleiter, wenn ein Wahlberechtigter das Amt eines Beisitzers im Bundeswahlausschuß

   unberechtigt ablehnt oder sich ohne genügende Entschuldigung den Pflichten eines solchen Amtes entzieht,
2. bei Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 1 Nr. 2 der Bundeswahlleiter.

§ 49b Staatliche Mittel für andere Kreiswahlvorschläge

(1) Bewerber eines nach Maßgabe der §§ 18 und 20 von Wahlberechtigten eingereichten Wahlvorschlages, die mindestens 10 vom Hundert der in einem Wahlkreis abgegebenen gültigen Erststimmen erreicht haben, erhalten je gültige Stimme 2,80 Euro. Die Mittel sind im Bundeshaushaltsplan auszubringen.

(2) Die Festsetzung und die Auszahlung der staatliche Mittel sind von dem Bewerber innerhalb von zwei Monaten nach dem Zusammentritt des Deutschen Bundestages beim Präsidenten des Deutschen Bundestages schriftlich zu beantragen; danach eingehende Anträge bleiben unberücksichtigt. Der Betrag wird von dem Präsidenten des Deutschen Bundestages festgesetzt und ausgezahlt.

(3) Die Vorschriften des Parteiengesetzes über die absolute und relative Obergrenze finden keine Anwendung.

§ 50 Wahlkosten

(1) Der Bund erstattet den Ländern zugleich für ihre Gemeinden (Gemeindeverbände) die durch die Wahl veranlassten notwendigen Ausgaben.

(2) Die Kosten für die Versendung der Wahlbenachrichtigungen und der Briefwahlunterlagen sowie die Erfrischungsgelder für die Mitglieder der Wahlvorstände werden den Ländern im Wege der Einzelabrechnung ersetzt. Bei zeitgleicher Durchführung von Landtags- oder Kommunalwahlen sowie von Abstimmungen mit Wahlen zum Deutschen Bundestag werden diese Kosten dem jeweiligen Land anteilig ersetzt.

(3) Die übrigen Kosten werden durch einen festen Betrag je Wahlberechtigten erstattet. Er beträgt für Gemeinden bis zu 100.000 Wahlberechtigten 0,45 Euro und für Gemeinden mit mehr als 100.000 Wahlberechtigten 0,70 Euro. Notwendige Anpassungen des festen Betrages nach Satz 2 an die Preisentwicklung werden frühestens für eine Wahl nach dem 1. Januar 2005 vom Bundesministerium des Innern durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates festgesetzt.

(4) Der Bund erstattet den Blindenvereinen, die ihre Bereitschaft zur Herstellung von Stimmzettelschablonen erklärt haben, die durch die Herstellung und die Verteilung der Stimmzettelschablonen veranlassten notwendigen Ausgaben.

Fußnote

(+++ Hinweis: § 50 Abs. 3 Satz 2: Gem. V v. 29.9.2009 I 3220 wird mWv 1.1.2009 der feste Betrag für Gemeinden bis zu 100 000 Wahlberechtigten auf 0,48 Euro und für Gemeinden mit mehr als 100 000 Wahlberechtigten auf 0,74 Euro festgesetzt +++)

§ 51

(weggefallen)

§ 52 Bundeswahlordnung

(1) Das Bundesministerium des Innern erläßt die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderliche Bundeswahlordnung. Es trifft darin insbesondere Rechtsvorschriften über

1. die Bestellung der Wahlleiter und Wahlvorsteher, die Bildung der Wahlausschüsse und Wahlvorstände sowie über die Tätigkeit, Beschlußfähigkeit und das Verfahren der Wahlorgane,
2. die Berufung in ein Wahlehrenamt, über den Ersatz von Auslagen für Inhaber von Wahlehrenämtern und über das Bußgeldverfahren,
3. die Wahlzeit,
4. die Bildung der Wahlbezirke und ihre Bekanntmachung,
5. die einzelnen Voraussetzungen für die Aufnahme in die Wählerverzeichnisse, deren Führung, Berichtigung und Abschluss, über die Einsicht in die Wählerverzeichnisse, über den Einspruch und die Beschwerde gegen das Wählerverzeichnis sowie über die Benachrichtigung der Wahlberechtigten,
6. die einzelnen Voraussetzungen für die Erteilung von Wahlscheinen, deren Ausstellung, über den Einspruch und die Beschwerde gegen die Ablehnung von Wahlscheinen,
7. den Nachweis der Wahlrechtsvoraussetzungen,
8. das Verfahren der Wahlorgane nach § 18 Absatz 2 bis 4a,
9. Einreichung, Inhalt und Form der Wahlvorschläge sowie der dazugehörigen Unterlagen, über ihre Prüfung, die Beseitigung von Mängeln, ihre Zulassung, die Beschwerde gegen Entscheidungen des Kreiswahlausschusses und des Landeswahlausschusses sowie die Bekanntgabe der Wahlvorschläge,
10. Form und Inhalt des Stimmzettels und über den Stimmzettelumschlag,
11. Bereitstellung, Einrichtung und Bekanntmachung der Wahlräume sowie über Wahlschutzvorrichtungen und Wahlzellen,
12. die Stimmabgabe, auch soweit besondere Verhältnisse besondere Regelungen erfordern,
13. die Briefwahl,
14. die Abgabe und Aufnahme von Versicherungen an Eides statt,
15. die Wahl in Kranken- und Pflegeanstalten, Klöstern, gesperrten Wohnstätten sowie sozialtherapeutischen und Justizvollzugsanstalten,
16. die Feststellung der Wahlergebnisse, ihre Weitermeldung und Bekanntgabe sowie die Benachrichtigung der Gewählten,
17. die Durchführung von Nachwahlen, Wiederholungswahlen und Ersatzwahlen sowie die Berufung von Listennachfolgern.

(2) Die Rechtsvorschriften bedürfen nicht der Zustimmung des Bundesrates.

(3) Das Bundesministerium des Innern wird ermächtigt, im Falle einer Auflösung des Deutschen Bundestages die in dem Bundeswahlgesetz und in der Bundeswahlordnung bestimmten Fristen und Termine durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates abzukürzen.

§ 53

(weggefallen)

§ 54 Fristen, Termine und Form

(1) Die in diesem Gesetz und in der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Bundeswahlordnung vorgesehenen Fristen und Termine verlängern oder ändern sich nicht dadurch, daß der letzte Tag der Frist oder ein Termin auf einen Sonnabend, einen Sonntag, einen gesetzlichen oder staatlich geschützten Feiertag fällt. Eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ist ausgeschlossen.

(2) Soweit in diesem Gesetz oder in der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Bundeswahlordnung nichts anderes bestimmt ist, müssen vorgeschriebene Erklärungen persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein und bei der zuständigen Stelle im Original vorliegen.

§ 55

(Inkrafttreten)

Anlage (zu § 2 Absatz 2)
Beschreibung der vorgeschlagenen Bundestagswahlkreise

(Fundstelle: BGBl. I 2012, 519 - 578)

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
	Schleswig-Holstein	
1	Flensburg – Schleswig	Kreisfreie Stadt Flensburg Kreis Schleswig-Flensburg
2	Nordfriesland – Dithmarschen Nord	Kreis Nordfriesland vom Kreis Dithmarschen amtsfreie Gemeinde Heide Amt Büsum-Wesselburen die Gemeinden Büsum, Büsumer Deichhausen, Friedrichsgabekoog, Hedwigenkoog, Hellschen-Heringsand-Unterschaar, Hillgroven, Norddeich, Oesterdeichstrich, Oesterwurth, Reinsbüttel, Schülp, Strübbel, Süderdeich, Warwerort, Wesselburen, Wesselburener Deichhausen, Wesselburenerkoog, Westerdeichstrich Kirchspielslandgemeinde Eider die Gemeinden Barkenholm, Bergewöhrden, Dellstedt, Delve, Dörpling, Fedderingen, Gaushorn, Glüsing, Groven, Hemme, Hennstedt, Hövede, Hollingstedt, Karolinenkoog, Kleve, Krempel, Lehe, Linden, Lunden, Norderheistedt, Pahlen, Rehm-Flehde-Bargen, Sankt Annen, Schalkholz, Schlichting, Süderdorf, Süderheistedt, Tellingstedt, Tielenhemme, Wallen, Welmbüttel, Westerborstel, Wiemerstedt, Wrohm Kirchspielslandgemeinde Heider Umland die Gemeinden Hemmingstedt, Lieth, Lohe-Rickelshof, Neuenkirchen, Norderwöhrden, Nordhastedt, Ostrohe, Stelle-Wittenwurth, Weddingstedt, Wesseln, Wöhrden (Übrige Gemeinden s. Wkr. 3)
3	Steinburg – Dithmarschen Süd	Kreis Steinburg vom Kreis Dithmarschen amtsfreie Gemeinde Brunsbüttel Amt Burg-St. Michaelisdonn die Gemeinden Averlak, Brickeln, Buchholz, Burg (Dithmarschen), Dingen, Eddelak, Eggstedt, Frestedt, Großenrade, Hochdonn, Kuden, Quickborn, Sankt Michaelisdonn, Süderhastedt Amt Marne-Nordsee die Gemeinden Diekhusen-Fahrstedt, Friedrichskoog, Helse, Kaiser-Wilhelm-Koog, Kronprinzenkoog, Marne, Marnerdeich, Neufeld, Neufelderkoog, Ramhusen, Schmedeswurth, Trennewurth, Volsemenhusen Amt Mitteldithmarschen die Gemeinden

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		Albersdorf, Arkebek, Bargenstedt, Barlt, Bunsoh, Busenwurth, Elpersbüttel, Epenwöhrden, Gudendorf, Immenstedt, Krumstedt, Meldorf, Nindorf, Nordermeldorf, Odderade, Offenbüttel, Osterrade, Sarzbüttel, Schafstedt, Schrum, Tensbüttel-Röst, Wennbüttel, Windbergen, Wolmersdorf
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 2)
		vom Kreis Segeberg
		amtsfreie Gemeinde Bad Bramstedt
		Amt Bad Bramstedt-Land
		die Gemeinden
		Armstedt, Bimöhlen, Borstel, Föhrden-Barl, Fuhlendorf, Großenaspe, Hagen, Hardebek, Hasenkrug, Heidmoor, Hitzhusen, Mönkloh, Weddelbrook, Wiemersdorf
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 6, 8)
4	Rendsburg-Eckernförde	Vom Kreis Rendsburg-Eckernförde
		amtsfreie Gemeinden
		Büdelsdorf, Eckernförde, Hohenwestedt, Rendsburg, Wasbek
		Amt Achterwehr
		die Gemeinden
		Achterwehr, Bredenbek, Felde, Krummwisch, Melsdorf, Ottendorf, Quarnbek, Westensee
		Amt Aukrug
		die Gemeinden
		Arpsdorf, Aukrug, Ehndorf, Padenstedt
		Amt Bordesholm
		die Gemeinden
		Bissee, Bordesholm, Brügge, Grevenkrug, Groß Buchwald, Hoffeld, Loop, Mühbrook, Negenharrie, Reesdorf, Schmalstede, Schönbek, Sören, Wattenbek
		Amt Dänischenhagen
		die Gemeinden
		Dänischenhagen, Noer, Schwedeneck, Strande
		Amt Dänischer Wohld
		die Gemeinden
		Felm, Gettorf, Lindau, Neudorf-Bornstein, Neuwittenbek, Osdorf, Schinkel, Tüttendorf
		Amt Eiderkanal
		die Gemeinden
		Bovenau, Haßmoor, Ostenfeld (Rendsburg), Osterrönfeld, Rade b. Rendsburg, Schacht-Audorf, Schülldorf
		Amt Flintbek
		die Gemeinden
		Böhnhusen, Flintbek, Schönhorst, Techelsdorf
		Amt Fockbek
		die Gemeinden
		Alt Duvenstedt, Fockbek, Nübbel, Rickert
		Amt Hanerau-Hademarschen
		die Gemeinden
		Beldorf, Bendorf, Bornholt, Gokels, Hanerau-Hademarschen, Lütjenwestedt, Oldenbüttel, Seefeld, Steenfeld, Tackesdorf, Thaden

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		Amt Hohenwestedt-Land
		die Gemeinden Beringstedt, Grauel, Heinkenborstel, Jahrsdorf, Meezen, Mörel, Nienborstel, Nindorf, Osterstedt, Rade b. Hohenwestedt, Remmels, Tappendorf, Todenbüttel, Wapelfeld
		Amt Hohner Harde
		die Gemeinden Bargstall, Breiholz, Christiansholm, Elsdorf-Westermühlen, Friedrichsgraben, Friedrichsholm, Hamdorf, Hohn, Königshügel, Lohe-Föhrden, Prinzenmoor, Sophienhamm
		Amt Hüttener Berge
		die Gemeinden Ahlefeld-Bistensee, Ascheffel, Borgstedt, Brekendorf, Bünsdorf, Damendorf, Groß Wittensee, Haby, Holtsee, Holzbunge, Hütten, Klein Wittensee, Neu Duvenstedt, Osterby, Owschlag, Sehestedt
		Amt Jevenstedt
		die Gemeinden Brinjahe, Embühren, Haale, Hamweddel, Hörsten, Jevenstedt, Luhnstedt, Schülp b. Rendsburg, Stafstedt, Westerrönfeld
		Amt Molfsee
		die Gemeinden Blumenthal, Mielkendorf, Molfsee, Rodenbek, Rumohr, Schierensee
		Amt Nortorfer Land
		die Gemeinden Bargstedt, Bokel, Borgdorf-Seedorf, Brammer, Dätgen, Eisendorf, Ellerdorf, Emkendorf, Gnutz, Groß Vollstedt, Krogaspe, Langwedel, Nortorf, Oldenhütten, Schülp b. Nortorf, Timmaspe, Warder
		Amt Schlei-Ostsee
		die Gemeinden Altenhof, Barkelsby, Brodersby, Damp, Dörphof, Fleckeby, Gammelby, Goosefeld, Güby, Holzdorf, Hummelfeld, Karby, Kosel, Loose, Rieseby, Thumby, Waabs, Windeby, Winnemark
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 5)
5	Kiel	Kreisfreie Stadt Kiel
		vom Kreis Rendsburg-Eckernförde
		amtsfreie Gemeinden Altenholz, Kronshagen
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 4)
6	Plön – Neumünster	Kreisfreie Stadt Neumünster
		Kreis Plön
		vom Kreis Segeberg
		Amt Boostedt-Rickling
		die Gemeinden Boostedt, Daldorf, Groß Kummerfeld, Heidmühlen, Latendorf, Rickling
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 3, 8)
7	Pinneberg	Kreis Pinneberg

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
8	Segeberg – Stormarn-Mitte	Vom Kreis Segeberg amtsfreie Gemeinden Bad Segeberg, Ellerau, Henstedt-Ulzburg, Kaltenkirchen, Norderstedt, Wahlstedt Amt Bornhöved die Gemeinden Bornhöved, Damsdorf, Gönnebek, Schmalensee, Stocksee, Tarbek, Tensfeld, Trappenkamp Amt Itzstedt die Gemeinden Itzstedt, Kayhude, Nahe, Oering, Seth, Sülfeld, (ohne Tangstedt, s. Kreis Stormarn) Amt Kaltenkirchen-Land die Gemeinden Alveslohe, Hartenholm, Hasenmoor, Lentföhrden, Nützen, Schmalfeld Amt Kisdorf die Gemeinden Hüttblek, Kattendorf, Kisdorf, Oersdorf, Sievershütten, Struvenhütten, Stuvenborn, Wakendorf II, Winsen Amt Leezen die Gemeinden Bark, Bebensee, Fredesdorf, Groß Niendorf, Högersdorf, Kükels, Leezen, Mözen, Neversdorf, Schwissel, Todesfelde, Wittenborn Amt Trave-Land die Gemeinden Bahrenhof, Blunk, Bühnsdorf, Dreggers, Fahrenkrug, Geschendorf, Glasau, Groß Rönnau, Klein Gladebrügge, Klein Rönnau, Krems II, Negernbötel, Nehms, Neuengörs, Pronstorf, Rohlstorf, Schackendorf, Schieren, Seedorf, Stipsdorf, Strukdorf, Travenhorst, Traventhal, Wakendorf I, Weede, Wensin, Westerrade (Übrige Gemeinden s. Wkr. 3, 6) vom Kreis Stormarn amtsfreie Gemeinden Ammersbek, Bad Oldesloe, Bargteheide Amt Bad Oldesloe-Land die Gemeinden Grabau, Lasbek, Meddewade, Neritz, Pölitz, Rethwisch, Rümpel, Steinburg, Travenbrück Amt Bargteheide-Land die Gemeinden Bargfeld-Stegen, Delingsdorf, Elmenhorst, Hammoor, Jersbek, Nienwohld, Todendorf, Tremsbüttel Gemeinde Tangstedt (Amt Itzstedt, Krs. Segeberg) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 9, 10)
9	Ostholstein – Stormarn-Nord	Kreis Ostholstein vom Kreis Stormarn amtsfreie Gemeinde Reinfeld (Holstein) Amt Nordstormarn die Gemeinden

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		Badendorf, Barnitz, Feldhorst, Hamberge, Heidekamp, Heilshoop, Klein Wesenberg, Mönkhagen, Rehhorst, Wesenberg, Westerau, Zarpen
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 8, 10)
10	Herzogtum Lauenburg – Stormarn-Süd	Vom Kreis Herzogtum Lauenburg
		amtsfreie Gemeinden Geesthacht, Lauenburg/Elbe, Mölln, Ratzeburg, Schwarzenbek, Wentorf bei Hamburg
		Amt Breitenfelde
		die Gemeinden Alt Mölln, Bälau, Borstorf, Breitenfelde, Grambek, Hornbek, Lehmrade, Niendorf/Stecknitz, Schretstaken, Talkau, Woltersdorf
		Amt Büchen
		die Gemeinden Besenthal, Bröthen, Büchen, Fitzen, Göttin, Gudow, Güster, Klein Pampau, Langenlehsten, Müssen, Roseburg, Schulendorf, Siebeneichen, Tramm, Witzeeze
		Amt Hohe Elbgeest
		die Gemeinden Aumühle, Börnsen, Dassendorf, Escheburg, Hamwarde, Hohenhorn, Kröppelshagen-Fahrendorf, Wiershop, Wohltorf, Worth
		Amt Lauenburgische Seen
		die Gemeinden Albsfelde, Bäk, Brunsmark, Buchholz, Einhaus, Fredeburg, Giesensdorf, Groß Disnack, Groß Grönau, Groß Sarau, Harmsdorf, Hollenbek, Horst, Kittlitz, Klein Zecher, Kulpin, Mechow, Mustin, Pogeez, Römnitz, Salem, Schmilau, Seedorf, Sterley, Ziethen
		Amt Lütau
		die Gemeinden Basedow, Buchhorst, Dalldorf, Juliusburg, Krüzen, Krukow, Lanze, Lütau, Schnakenbek, Wangelau
		Amt Schwarzenbek-Land
		die Gemeinden Basthorst, Brunstorf, Dahmker, Elmenhorst, Fuhlenhagen, Grabau, Groß Pampau, Grove, Gülzow, Hamfelde, Havekost, Kankelau, Kasseburg, Köthel, Kollow, Kuddewörde, Möhnsen, Mühlenrade, Sahms
		vom Amt Sandesneben-Nusse
		die Gemeinden Duvensee, Koberg, Kühsen, Lankau, Nusse, Panten, Poggensee, Ritzerau, Walksfelde
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 11)
		vom Kreis Stormarn
		amtsfreie Gemeinden Ahrensburg, Barsbüttel, Glinde, Großhansdorf, Oststeinbek, Reinbek
		Amt Siek
		die Gemeinden Braak, Brunsbek, Hoisdorf, Siek, Stapelfeld
		Amt Trittau
		die Gemeinden

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		Grande, Grönwohld, Großensee, Hamfelde, Hohenfelde, Köthel, Lütjensee, Rausdorf, Trittau, Witzhave
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 8, 9)
11	Lübeck	Kreisfreie Stadt Lübeck
		vom Kreis Herzogtum Lauenburg
		Amt Berkenthin
		die Gemeinden Behlendorf, Berkenthin, Bliestorf, Düchelsdorf, Göldenitz, Kastorf, Klempau, Krummesse, Niendorf bei Berkenthin, Rondeshagen, Sierksrade
		vom Amt Sandesneben-Nusse
		die Gemeinden Grinau, Groß Boden, Groß Schenkenberg, Klinkrade, Labenz, Linau, Lüchow, Sandesneben, Schiphorst, Schönberg, Schürensöhlen, Siebenbäumen, Sirksfelde, Steinhorst, Stubben, Wentorf (Amt Sandesneben)
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 10)
	Mecklenburg-Vorpommern	
12	Schwerin – Ludwigslust-Parchim I – Nordwestmecklenburg I	Kreisfreie Stadt Schwerin
		vom Landkreis Ludwigslust-Parchim
		amtsfreie Gemeinden Boizenburg/Elbe, Hagenow, Ludwigslust, Lübtheen
		Amt Boizenburg-Land
		die Gemeinden Bengerstorf, Besitz, Brahlstorf, Dersenow, Gresse, Greven, Neu Gülze, Nostorf, Schwanheide, Teldau, Tessin b. Boizenburg
		Amt Dömitz-Malliß
		die Gemeinden Dömitz, Grebs-Niendorf, Karenz, Malk Göhren, Malliß, Neu Kaliß, Vielank
		Amt Grabow
		die Gemeinden Balow, Brunow, Dambeck, Eldena, Gorlosen, Grabow, Karstädt, Kremmin, Milow, Möllenbeck, Muchow, Prislich, Steesow, Zierzow
		Amt Hagenow-Land
		die Gemeinden Alt Zachun, Bandenitz, Belsch, Bobzin, Bresegard bei Picher, Gammelin, Groß Krams, Hoort, Hülseburg, Kirch Jesar, Kuhstorf, Moraas, Pätow-Steegen, Picher, Pritzier, Redefin, Setzin, Strohkirchen, Toddin, Warlitz
		Amt Ludwigslust-Land
		die Gemeinden Alt Krenzlin, Bresegard bei Eldena, Göhlen, Groß Laasch, Leussow, Lübesse, Lüblow, Rastow, Sülstorf, Uelitz, Warlow, Wöbbelin
		Amt Neustadt-Glewe
		die Gemeinden Blievenstorf, Brenz, Neustadt-Glewe
		Amt Stralendorf
		die Gemeinden

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		Dümmer, Holthusen, Klein Rogahn, Pampow, Schossin, Stralendorf, Warsow, Wittenförden, Zülow
		Amt Wittenburg
		die Gemeinden Körchow, Lehsen, Wittenburg, Wittendörp
		Amt Zarrentin
		die Gemeinden Gallin, Kogel, Lüttow-Valluhn, Vellahn, Zarrentin am Schaalsee
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 13)
		vom Landkreis Nordwestmecklenburg
		Amt Gadebusch
		die Gemeinden Dragun, Gadebusch, Kneese, Krembz, Mühlen Eichsen, Rögnitz, Roggendorf, Veelböken
		Amt Lützow-Lübstorf
		die Gemeinden Alt Meteln, Brüsewitz, Cramonshagen, Dalberg-Wendelstorf, Gottesgabe, Grambow, Klein Trebbow, Lübstorf, Lützow, Perlin, Pingelshagen, Pokrent, Schildetal, Seehof, Zickhusen
		Amt Rehna
		die Gemeinden Carlow, Dechow, Groß Molzahn, Holdorf, Königsfeld, Nesow, Rehna, Rieps, Schlagsdorf, Thandorf, Utecht, Vitense, Wedendorfersee
		Amt Schönberger Land
		die Gemeinden Dassow, Grieben, Groß Siemz, Lockwisch, Lüdersdorf, Menzendorf, Niendorf, Papenhusen, Roduchelstorf, Schönberg, Selmsdorf
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 13)
13	Ludwigslust-Parchim II – Nordwestmecklenburg II – Landkreis Rostock I	Vom Landkreis Ludwigslust-Parchim
		amtsfreie Gemeinde Parchim
		Amt Banzkow
		die Gemeinden Banzkow, Plate, Sukow
		Amt Crivitz
		die Gemeinden Barnin, Bülow, Crivitz, Demen, Friedrichsruhe, Tramm, Zapel
		Amt Eldenburg Lübz
		die Gemeinden Gallin-Kuppentin, Gischow, Granzin, Herzberg, Karbow-Vietlübbe,Kreien, Kritzow, Lübz, Lutheran, Marnitz, Passow, Siggelkow, Suckow, Tessenow, Wahlstorf, Werder
		Amt Goldberg-Mildenitz
		die Gemeinden Diestelow, Dobbertin, Goldberg, Mestlin, Neu Poserin, Techentin, Wendisch Waren
		Amt Ostufer Schweriner See
		die Gemeinden

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		Cambs, Dobin am See, Gneven, Godern, Langen Brütz, Leezen, Pinnow, Raben Steinfeld
		Amt Parchimer Umland
		die Gemeinden
		Damm, Domsühl, Grebbin, Groß Godems, Groß Niendorf, Karrenzin, Lewitzrand, Rom, Severin, Spornitz, Stolpe, Ziegendorf, Zölkow
		Amt Plau am See
		die Gemeinden
		Barkhagen, Buchberg, Ganzlin, Plau am See, Wendisch Priborn
		Amt Sternberger Seenlandschaft
		die Gemeinden
		Blankenberg, Borkow, Brüel, Dabel, Hohen Pritz, Kobrow, Kuhlen-Wendorf, Langen Jarchow, Mustin, Sternberg, Weitendorf, Witzin, Zahrensdorf
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 12)
		vom Landkreis Nordwestmecklenburg
		amtsfreie Gemeinden
		Grevesmühlen, Insel Poel, Wismar
		Amt Dorf Mecklenburg-Bad Kleinen
		die Gemeinden
		Bad Kleinen, Barnekow, Bobitz, Dorf Mecklenburg, Groß Stieten, Hohen Viecheln, Lübow, Metelsdorf, Ventschow
		Amt Grevesmühlen-Land
		die Gemeinden
		Bernstorf, Börzow, Gägelow, Mallentin, Plüschow, Roggenstorf, Rüting, Testorf-Steinfort, Upahl, Warnow
		Amt Klützer Winkel
		die Gemeinden
		Boltenhagen, Damshagen, Hohenkirchen, Kalkhorst, Klütz, Zierow
		Amt Neuburg
		die Gemeinden
		Benz, Blowatz, Boiensdorf, Hornstorf, Krusenhagen, Neuburg
		Amt Neukloster-Warin
		die Gemeinden
		Bibow, Glasin, Jesendorf, Lübberstorf, Neukloster, Passee, Warin, Züsow, Zurow
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 12)
		vom Landkreis Rostock
		amtsfreie Gemeinden
		Bad Doberan, Kröpelin, Kühlungsborn, Neubukow, Satow
		Amt Bad Doberan-Land
		die Gemeinden
		Admannshagen-Bargeshagen, Bartenshagen-Parkentin, Börgerende-Rethwisch, Hohenfelde, Nienhagen, Reddelich, Retschow, Steffenshagen, Wittenbeck
		Amt Neubukow-Salzhaff
		die Gemeinden

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		Alt Bukow, Am Salzhaff, Bastorf, Biendorf, Carinerland, Kirch Mulsow, Rerik
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 14, 17)
14	Rostock – Landkreis Rostock II	Kreisfreie Stadt Rostock
		vom Landkreis Rostock
		amtsfreie Gemeinden Dummerstorf, Graal-Müritz, Sanitz
		Amt Carbäk
		die Gemeinden Broderstorf, Klein Kussewitz, Mandelshagen, Poppendorf, Roggentin, Steinfeld, Thulendorf
		Amt Rostocker Heide
		die Gemeinden Bentwisch, Blankenhagen, Gelbensande, Mönchhagen, Rövershagen
		Amt Schwaan
		die Gemeinden Benitz, Bröbberow, Kassow, Rukieten, Schwaan, Vorbeck, Wiendorf
		Amt Tessin
		die Gemeinden Cammin, Gnewitz, Grammow, Nustrow, Selpin, Stubbendorf, Tessin, Thelkow, Zarnewanz
		Amt Warnow-West
		die Gemeinden Elmenhorst/Lichtenhagen, Kritzmow, Lambrechtshagen, Papendorf, Pölchow, Stäbelow, Ziesendorf
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 13, 17)
15	Vorpommern-Rügen – Vorpommern-Greifswald I	Landkreis Vorpommern-Rügen
		vom Landkreis Vorpommern-Greifswald
		amtsfreie Gemeinde Greifswald
		Amt Landhagen
		die Gemeinden Behrenhoff, Dargelin, Dersekow, Diedrichshagen, Hinrichshagen, Levenhagen, Mesekenhagen, Neuenkirchen, Wackerow, Weitenhagen
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 16)
16	Mecklenburgische Seenplatte I – Vorpommern-Greifswald II	Vom Landkreis Mecklenburgische Seenplatte
		amtsfreie Gemeinden Feldberger Seenlandschaft, Neubrandenburg
		Amt Friedland
		die Gemeinden Datzetal, Eichhorst, Friedland, Galenbeck, Genzkow, Glienke
		Amt Neverin
		die Gemeinden Beseritz, Blankenhof, Brunn, Neddemin, Neuenkirchen, Neverin, Sponholz, Staven, Trollenhagen, Woggersin, Wulkenzin, Zirzow
		Amt Stargarder Land
		die Gemeinden Burg Stargard, Cammin, Cölpin, Groß Nemerow, Holldorf, Lindetal, Pragsdorf

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		Amt Woldegk die Gemeinden Groß Miltzow, Helpt, Kublank, Mildenitz, Neetzka, Petersdorf, Schönbeck, Schönhausen, Voigtsdorf, Woldegk (Übrige Gemeinden s. Wkr. 17) vom Landkreis Vorpommern-Greifswald amtsfreie Gemeinden Anklam, Heringsdorf, Pasewalk, Strasburg (Uckermark), Ueckermünde Amt Am Peenestrom die Gemeinden Buddenhagen, Buggenhagen, Hohendorf, Krummin, Lassan, Lütow, Sauzin, Wolgast, Zemitz Amt Am Stettiner Haff die Gemeinden Ahlbeck, Altwarp, Eggesin, Grambin, Hintersee, Leopoldshagen, Liepgarten, Luckow, Lübs, Meiersberg, Mönkebude, Torgelow-Holländerei, Vogelsang-Warsin Amt Anklam-Land die Gemeinden Bargischow, Blesewitz, Boldekow, Bugewitz, Butzow, Ducherow, Iven, Krien, Krusenfelde, Liepen, Medow, Neetzow, Neu Kosenow, Neuendorf A, Neuendorf B, Neuenkirchen, Postlow, Putzar, Rossin, Sarnow, Spantekow, Stolpe Amt Jarmen-Tutow die Gemeinden Alt Tellin, Bentzin, Daberkow, Jarmen, Kruckow, Tutow, Völschow Amt Lubmin die Gemeinden Brünzow, Hanshagen, Katzow, Kemnitz, Kröslin, Loissin, Lubmin, Neu Boltenhagen, Rubenow, Wusterhusen Amt Löcknitz-Penkun die Gemeinden Bergholz, Blankensee, Boock, Glasow, Grambow, Krackow, Löcknitz, Nadrensee, Penkun, Plöwen, Ramin, Rossow, Rothenklempenow Amt Peenetal/Loitz die Gemeinden Düvier, Görmin, Loitz, Sassen-Trantow Amt Torgelow-Ferdinandshof die Gemeinden Altwigshagen, Ferdinandshof, Hammer a. d. Uecker, Heinrichsruh, Heinrichswalde, Rothemühl, Torgelow, Wilhelmsburg Amt Uecker-Randow-Tal die Gemeinden Blumenhagen, Brietzig, Damerow, Fahrenwalde, Groß Luckow, Jatznick, Klein Luckow, Koblentz, Krugsdorf, Nieden, Papendorf, Polzow, Rollwitz, Schönwalde, Viereck, Zerrenthin, Züsedom Amt Usedom-Nord

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		die Gemeinden Karlshagen, Mölschow, Peenemünde, Trassenheide, Zinnowitz Amt Usedom-Süd die Gemeinden Benz, Dargen, Garz, Kamminke, Korswandt, Koserow, Loddin, Mellenthin, Pudagla, Rankwitz, Stolpe auf Usedom, Ückeritz, Usedom, Zempin, Zirchow Amt Züssow die Gemeinden Bandelin, Gribow, Groß Kiesow, Groß Polzin, Gützkow, Karlsburg, Klein Bünzow, Kölzin, Lühmannsdorf, Murchin, Rubkow, Schmatzin, Wrangelsburg, Ziethen, Züssow (Übrige Gemeinden s. Wkr. 15)
17	Mecklenburgische Seenplatte II – Landkreis Rostock III	Vom Landkreis Mecklenburgische Seenplatte amtsfreie Gemeinden Dargun, Demmin, Neustrelitz, Waren (Müritz) Amt Demmin-Land die Gemeinden Beggerow, Borrentin, Hohenbollentin, Hohenmocker, Kentzlin, Kletzin, Lindenberg, Meesiger, Nossendorf, Sarow, Schönfeld, Siedenbrünzow, Sommersdorf, Utzedel, Verchen, Warrenzin Amt Malchin am Kummerower See die Gemeinden Basedow, Duckow, Faulenrost, Gielow, Kummerow, Malchin, Neukalen Amt Malchow die Gemeinden Alt Schwerin, Fünfseen, Göhren-Lebbin, Malchow, Nossentiner Hütte, Penkow, Silz, Walow, Zislow Amt Mecklenburgische Kleinseenplatte die Gemeinden Mirow, Priepert, Roggentin, Wesenberg, Wustrow Amt Neustrelitz-Land die Gemeinden Blankensee, Blumenholz, Carpin, Godendorf, Grünow, Hohenzieritz, Klein Vielen, Kratzeburg, Möllenbeck, Userin, Wokuhl-Dabelow Amt Penzliner Land die Gemeinden Ankershagen, Krukow, Lapitz, Mallin, Möllenhagen, Penzlin, Puchow Amt Röbel-Müritz die Gemeinden Altenhof, Bollewick, Buchholz, Bütow, Fincken, Gotthun, Grabow-Below, Groß Kelle, Kieve, Lärz, Leizen, Ludorf, Massow, Melz, Priborn, Rechlin, Röbel/Müritz, Schwarz, Sietow, Stuer, Vipperow, Wredenhagen, Zepkow Amt Seenlandschaft Waren die Gemeinden Grabowhöfe, Groß Dratow, Groß Gievitz, Groß Plasten, Hinrichshagen, Hohen Wangelin, Jabel, Kargow, Klink,

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		Klocksin, Lansen-Schönau, Moltzow, Neu Gaarz, Schloen, Schwinkendorf, Torgelow am See, Varchentin, Vielist, Vollrathsruhe Amt Stavenhagen die Gemeinden Bredenfelde, Briggow, Grammentin, Gülzow, Ivenack, Jürgenstorf, Kittendorf, Knorrendorf, Mölln, Ritzerow, Rosenow, Stavenhagen, Zettemin Amt Treptower Tollensewinkel die Gemeinden Altenhagen, Altentreptow, Bartow, Breesen, Breest, Burow, Gnevkow, Golchen, Grapzow, Grischow, Groß Teetzleben, Gültz, Kriesow, Pripsleben, Röckwitz, Siedenbollentin, Tützpatz, Werder, Wildberg, Wolde (Übrige Gemeinden s. Wkr. 16) vom Landkreis Rostock amtsfreie Gemeinden Güstrow, Teterow Amt Bützow-Land die Gemeinden Baumgarten, Bernitt, Bützow, Dreetz, Jürgenshagen, Klein Belitz, Penzin, Rühn, Steinhagen, Tarnow, Warnow, Zepelin Amt Gnoien die Gemeinden Altkalen, Behren-Lübchin, Boddin, Finkenthal, Gnoien, Lühburg, Walkendorf Amt Güstrow-Land die Gemeinden Glasewitz, Groß Schwiesow, Gülzow-Prüzen, Gutow, Klein Upahl, Kuhs, Lohmen, Lüssow, Mistorf, Mühl Rosin, Plaaz, Reimershagen, Sarmstorf, Zehna Amt Krakow am See die Gemeinden Dobbin-Linstow, Hoppenrade, Krakow am See, Kuchelmiß, Lalendorf, Langhagen Amt Laage die Gemeinden Diekhof, Dolgen am See, Hohen Sprenz, Laage, Wardow Amt Mecklenburgische Schweiz die Gemeinden Alt Sührkow, Dahmen, Dalkendorf, Groß Roge, Groß Wokern, Groß Wüstenfelde, Hohen Demzin, Jördenstorf, Lelkendorf, Prebberede, Schorssow, Schwasdorf, Sukow-Levitzow, Thürkow, Warnkenhagen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 13, 14)
Hamburg		
18	Hamburg-Mitte	Vom Bezirk Hamburg-Mitte die Stadtteile *Billbrock,* Billstedt, Borgfelde, Finkenwerder, HafenCity, Hamburg-Altstadt, Hammerbrook, Hamm, Horn, Insel Neuwerk, Kleiner Grasbrook, Neustadt, Rothenburgsort, St. Georg, St. Pauli, Steinwerder, Veddel, Waltershof

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		(Übriger Bezirk s. Wkr. 23)
		vom Bezirk Hamburg-Nord
		die Stadtteile Barmbek-Nord, Barmbek-Süd, Dulsberg, Hohenfelde, Uhlenhorst
		(Übriger Bezirk s. Wkr. 21)
		vom Bezirk Wandsbek
		der Stadtteil Eilbek
		(Übriger Bezirk s. Wkr. 21, 22)
19	Hamburg-Altona	Bezirk Altona
20	Hamburg-Eimsbüttel	Bezirk Eimsbüttel
21	Hamburg-Nord	Vom Bezirk Hamburg-Nord
		die Stadtteile Alsterdorf, Eppendorf, Fuhlsbüttel, Groß Borstel, Hoheluft-Ost, Langenhorn, Ohlsdorf, Winterhude
		(Übriger Bezirk s. Wkr. 18)
		vom Bezirk Wandsbek
		die Stadtteile Bergstedt, Duvenstedt, Hummelsbüttel, Lemsahl-Mellingstedt, Poppenbüttel, Sasel, Wellingsbüttel, Wohldorf-Ohlstedt
		(Übriger Bezirk s. Wkr. 18, 22)
22	Hamburg-Wandsbek	Vom Bezirk Wandsbek
		die Stadtteile Bramfeld, Farmsen-Berne, Jenfeld, Marienthal, Rahlstedt, Steilshoop, Tonndorf, Volksdorf, Wandsbek
		(Übriger Bezirk s. Wkr. 18, 21)
23	Hamburg-Bergedorf – Harburg	Bezirk Bergedorf
		Bezirk Harburg
		vom Bezirk Hamburg-Mitte
		der Stadtteil Wilhelmsburg
		(Übriger Bezirk s. Wkr. 18)
	Niedersachsen	
24	Aurich – Emden	Kreisfreie Stadt Emden
		Landkreis Aurich
25	Unterems	Landkreis Leer
		vom Landkreis Emsland
		die Gemeinden Stadt Haren (Ems), Stadt Papenburg, Rhede (Ems), Twist
		Samtgemeinde Dörpen
		die Gemeinden Dersum, Dörpen, Heede, Kluse, Lehe, Neubörger, Neulehe, Walchum, Wippingen
		Samtgemeinde Lathen
		die Gemeinden Fresenburg, Lathen, Niederlangen, Oberlangen, Renkenberge, Sustrum
		Samtgemeinde Nordhümmling
		die Gemeinden Bockhorst, Breddenberg, Esterwegen, Hilkenbrook, Surwold
		Samtgemeinde Sögel

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		die Gemeinden Börger, Groß Berßen, Hüven, Klein Berßen, Sögel, Spahnharrenstätte, Stavern, Werpeloh
		Samtgemeinde Werlte
		die Gemeinden Lahn, Lorup, Rastdorf, Vrees, Werlte
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 31)
26	Friesland – Wilhelmshaven – Wittmund	Kreisfreie Stadt Wilhelmshaven
		Landkreis Friesland
		Landkreis Wittmund
27	Oldenburg – Ammerland	Kreisfreie Stadt Oldenburg (Oldenburg)
		Landkreis Ammerland
28	Delmenhorst – Wesermarsch – Oldenburg-Land	Kreisfreie Stadt Delmenhorst
		Landkreis Oldenburg
		Landkreis Wesermarsch
29	Cuxhaven – Stade II	Landkreis Cuxhaven
		vom Landkreis Stade
		die Gemeinde Drochtersen
		Samtgemeinde Himmelpforten
		die Gemeinden Düdenbüttel, Engelschoff, Großenwörden, Hammah, Himmelpforten
		Samtgemeinde Nordkehdingen
		die Gemeinden Balje, Flecken Freiburg (Elbe), Krummendeich, Oederquart, Wischhafen
		Samtgemeinde Oldendorf
		die Gemeinden Burweg, Estorf, Heinbockel, Kranenburg, Oldendorf
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 30)
30	Stade I – Rotenburg II	Vom Landkreis Rotenburg (Wümme)
		die Gemeinden Stadt Bremervörde, Gnarrenburg
		Samtgemeinde Geestequelle
		die Gemeinden Alfstedt, Basdahl, Ebersdorf, Hipstedt, Oerel
		Samtgemeinde Selsingen
		die Gemeinden Anderlingen, Deinstedt, Farven, Ostereistedt, Rhade, Sandbostel, Seedorf, Selsingen
		Samtgemeinde Sittensen
		die Gemeinden Groß Meckelsen, Hamersen, Kalbe, Klein Meckelsen, Lengenbostel, Sittensen, Tiste, Vierden, Wohnste
		Samtgemeinde Tarmstedt
		die Gemeinden Breddorf, Bülstedt, Hepstedt, Kirchtimke, Tarmstedt, Vorwerk, Westertimke, Wilstedt
		Samtgemeinde Zeven
		die Gemeinden Elsdorf, Gyhum, Heeslingen, Stadt Zeven
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 35)
		vom Landkreis Stade

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		die Gemeinden Stadt Buxtehude, Jork, Hansestadt Stade
		Samtgemeinde Apensen
		die Gemeinden Apensen, Beckdorf, Sauensiek
		Samtgemeinde Fredenbeck
		die Gemeinden Deinste, Fredenbeck, Kutenholz
		Samtgemeinde Harsefeld
		die Gemeinden Ahlerstedt, Bargstedt, Brest, Flecken Harsefeld
		Samtgemeinde Horneburg
		die Gemeinden Agathenburg, Bliedersdorf, Dollern, Flecken Horneburg, Nottensdorf
		Samtgemeinde Lühe
		die Gemeinden Grünendeich, Guderhandviertel, Hollern-Twielenfleth, Mittelnkirchen, Neuenkirchen, Steinkirchen
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 29)
31	Mittelems	Landkreis Grafschaft Bentheim
		vom Landkreis Emsland
		die Gemeinden Emsbüren, Geeste, Stadt Haselünne, Stadt Lingen (Ems), Stadt Meppen, Salzbergen
		Samtgemeinde Freren
		die Gemeinden Andervenne, Beesten, Stadt Freren, Messingen, Thuine
		Samtgemeinde Herzlake
		die Gemeinden Dohren, Herzlake, Lähden
		Samtgemeinde Lengerich
		die Gemeinden Bawinkel, Gersten, Handrup, Langen, Lengerich, Wettrup
		Samtgemeinde Spelle
		die Gemeinden Lünne, Schapen, Spelle
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 25)
32	Cloppenburg – Vechta	Landkreis Cloppenburg
		Landkreis Vechta
33	Diepholz – Nienburg I	Landkreis Diepholz
		vom Landkreis Nienburg (Weser)
		Samtgemeinde Grafschaft Hoya
		die Gemeinden Flecken Bücken, Eystrup, Gandesbergen, Hämelhausen, Hassel (Weser), Hilgermissen, Stadt Hoya, Hoyerhagen, Schweringen, Warpe
		Samtgemeinde Uchte
		die Gemeinden Flecken Diepenau, Raddestorf, Flecken Uchte, Warmsen
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 40)

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
34	Osterholz – Verden	Landkreis Osterholz
		Landkreis Verden
35	Rotenburg I – Heidekreis	Landkreis Heidekreis
		vom Landkreis Rotenburg (Wümme)
		die Gemeinden Stadt Rotenburg (Wümme), Scheeßel, Stadt Visselhövede
		Samtgemeinde Bothel
		die Gemeinden Bothel, Brockel, Hemsbünde, Hemslingen, Kirchwalsede, Westerwalsede
		Samtgemeinde Fintel
		die Gemeinden Fintel, Helvesiek, Lauenbrück, Stemmen, Vahlde
		Samtgemeinde Sottrum
		die Gemeinden Ahausen, Bötersen, Hassendorf, Hellwege, Horstedt, Reeßum, Sottrum
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 30)
36	Harburg	Landkreis Harburg
37	Lüchow-Dannenberg – Lüneburg	Landkreis Lüchow-Dannenberg
		Landkreis Lüneburg
38	Osnabrück-Land	Vom Landkreis Osnabrück
		die Gemeinden Bad Essen, Stadt Bad Iburg, Bad Laer, Bad Rothenfelde, Bissendorf, Bohmte, Stadt Bramsche, Stadt Dissen am Teutoburger Wald, Glandorf, Hilter am Teutoburger Wald, Stadt Melle, Ostercappeln
		Samtgemeinde Artland
		die Gemeinden Badbergen, Menslage, Nortrup, Stadt Quakenbrück
		Samtgemeinde Bersenbrück
		die Gemeinden Alfhausen, Ankum, Stadt Bersenbrück, Eggermühlen, Gehrde, Kettenkamp, Rieste
		Samtgemeinde Fürstenau
		die Gemeinden Berge, Bippen, Stadt Fürstenau
		Samtgemeinde Neuenkirchen
		die Gemeinden Merzen, Neuenkirchen, Voltlage
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 39)
39	Stadt Osnabrück	Kreisfreie Stadt Osnabrück
		vom Landkreis Osnabrück
		die Gemeinden Belm, Stadt Georgsmarienhütte, Hagen am Teutoburger Wald, Hasbergen, Wallenhorst
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 38)
40	Nienburg II – Schaumburg	Landkreis Schaumburg
		vom Landkreis Nienburg (Weser)
		die Gemeinden Stadt Nienburg (Weser), Stadt Rehburg-Loccum, Flecken Steyerberg, Stolzenau

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		Samtgemeinde Heemsen
		die Gemeinden Flecken Drakenburg, Haßbergen, Heemsen, Rohrsen
		Samtgemeinde Landesbergen
		die Gemeinden Estorf, Husum, Landesbergen, Leese
		Samtgemeinde Liebenau
		die Gemeinden Binnen, Flecken Liebenau, Pennigsehl
		Samtgemeinde Marklohe
		die Gemeinden Balge, Marklohe, Wietzen
		Samtgemeinde Steimbke
		die Gemeinden Linsburg, Rodewald, Steimbke, Stöckse
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 33)
41	Stadt Hannover I	„Hannover-Nord“, nördlicher Teil der Stadt Hannover, mit den Stadtteilen
		Anderten, Bothfeld, Brink-Hafen, Burg, Groß-Buchholz, Hainholz, Heideviertel, Isernhagen-Süd, Kleefeld, Lahe, Ledeburg, Leinhausen, List, Marienwerder, Misburg-Nord, Misburg-Süd, Nordhafen, Oststadt, Sahlkamp, Stöcken, Vahrenheide, Vahrenwald, Vinnhorst, Zoo
		(Übrige Stadtteile s. Wkr. 42)
42	Stadt Hannover II	„Hannover-Süd“, südlicher Teil der Stadt Hannover, mit den Stadtteilen
		Ahlem, Badenstedt, Bemerode, Bornum, Bult, Calenberger Neustadt, Davenstedt, Döhren, Herrenhausen, Kirchrode, Limmer, Linden-Mitte, Linden-Nord, Linden-Süd, Mitte, Mittelfeld, Mühlenberg, Nordstadt, Oberricklingen, Ricklingen, Seelhorst, Südstadt, Waldhausen, Waldheim, Wettbergen, Wülfel, Wülferode
		(Übrige Stadtteile s. Wkr. 41)
43	Hannover-Land I	Von der Region Hannover
		die Gemeinden Stadt Burgdorf, Stadt Burgwedel, Stadt Garbsen, Isernhagen, Stadt Langenhagen, Stadt Neustadt am Rübenberge, Wedemark, Stadt Wunstorf
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 41, 42, 47)
44	Celle – Uelzen	Landkreis Celle
		Landkreis Uelzen
45	Gifhorn – Peine	Landkreis Peine
		vom Landkreis Gifhorn
		die Gemeinden Stadt Gifhorn, Sassenburg, Stadt Wittingen
		Samtgemeinde Hankensbüttel
		die Gemeinden Dedelstorf, Hankensbüttel, Obernholz, Sprakensehl, Steinhorst
		Samtgemeinde Isenbüttel
		die Gemeinden Calberlah, Isenbüttel, Ribbesbüttel, Wasbüttel

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		Samtgemeinde Meinersen
		die Gemeinden Hillerse, Leiferde, Meinersen, Müden (Aller)
		Samtgemeinde Papenteich
		die Gemeinden Adenbüttel, Didderse, Meine, Rötgesbüttel, Schwülper, Vordorf
		Samtgemeinde Wesendorf
		die Gemeinden Groß Oesingen, Schönewörde, Ummern, Wagenhoff, Wahrenholz, Wesendorf
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 51)
46	Hameln-Pyrmont – Holzminden	Landkreis Hameln-Pyrmont
		Landkreis Holzminden
		vom Landkreis Northeim
		die Gemeinden Flecken Bodenfelde, Stadt Uslar
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 52)
47	Hannover-Land II	Von der Region Hannover
		die Gemeinden Stadt Barsinghausen, Stadt Gehrden, Stadt Hemmingen, Stadt Laatzen, Stadt Lehrte, Stadt Pattensen, Stadt Ronnenberg, Stadt Seelze, Stadt Sehnde, Stadt Springe, Uetze, Wennigsen (Deister)
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 41, 42, 43)
48	Hildesheim	Landkreis Hildesheim
49	Salzgitter – Wolfenbüttel	Kreisfreie Stadt Salzgitter
		Landkreis Wolfenbüttel
		vom Landkreis Goslar
		die Gemeinden Stadt Langelsheim, Liebenburg, Stadt Seesen
		Samtgemeinde Lutter am Barenberge
		die Gemeinden Hahausen, Flecken Lutter am Barenberge, Wallmoden
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 52)
50	Braunschweig	Kreisfreie Stadt Braunschweig
51	Helmstedt – Wolfsburg	Kreisfreie Stadt Wolfsburg
		Landkreis Helmstedt
		vom Landkreis Gifhorn
		Samtgemeinde Boldecker Land
		die Gemeinden Barwedel, Bokensdorf, Jembke, Osloß, Tappenbeck, Weyhausen
		Samtgemeinde Brome
		die Gemeinden Bergfeld, Flecken Brome, Ehra-Lessien, Parsau, Rühen, Tiddische, Tülau
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 45)
52	Goslar – Northeim – Osterode	Vom Landkreis Goslar
		die Gemeinden Stadt Bad Harzburg, Stadt Braunlage, Stadt Goslar, Bergstadt Sankt Andreasberg, Stadt Vienenburg
		Samtgemeinde Oberharz

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		die Gemeinden Bergstadt Altenau, Bergstadt Clausthal-Zellerfeld, Schulenberg im Oberharz, Bergstadt Wildemann (Übrige Gemeinden s. Wkr. 49) vom Landkreis Northeim die Gemeinden Stadt Bad Gandersheim, Stadt Dassel, Stadt Einbeck, Stadt Hardegsen, Kalefeld, Katlenburg-Lindau, Kreiensen, Stadt Moringen, Flecken Nörten-Hardenberg, Stadt Northeim (Übrige Gemeinden s. Wkr. 46) vom Landkreis Osterode am Harz die Gemeinde Stadt Osterode am Harz Samtgemeinde Bad Grund (Harz) die Gemeinden Bergstadt Bad Grund (Harz), Badenhausen, Eisdorf, Flecken Gittelde, Windhausen Samtgemeinde Hattorf am Harz die Gemeinden Elbingerode, Hattorf am Harz, Hörden am Harz, Wulften am Harz Samtgemeinde Walkenried die Gemeinden Walkenried, Wieda, Zorge (Übrige Gemeinden s. Wkr. 53)
53	Göttingen	Landkreis Göttingen vom Landkreis Osterode am Harz die Gemeinden Stadt Bad Lauterberg im Harz, Stadt Bad Sachsa, Stadt Herzberg am Harz (Übrige Gemeinden s. Wkr. 52)
	Bremen	
54	Bremen I	Von der kreisfreien Stadt Bremen der Stadtbezirk Ost (Ortsteile 311 bis 385) vom Stadtbezirk Mitte der Stadtteil Mitte (Ortsteile 111 bis 113) vom Stadtbezirk Süd die Stadtteile Neustadt, Obervieland, Huchting (Ortsteile 211 bis 244) (Übrige Stadt- und Ortsteile s. Wkr. 55)
55	Bremen II – Bremerhaven	Von der kreisfreien Stadt Bremen der Stadtbezirk West (Ortsteile 411 bis 445) der Stadtbezirk Nord (Ortsteile 511 bis 535) vom Stadtbezirk Mitte der Stadtteil Häfen (Ortsteile 122 bis 125) vom Stadtbezirk Süd der Stadtteil Woltmershausen (Ortsteile 251, 252) die Ortsteile Seehausen, Strom (Ortsteile 261, 271)

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		(Übrige Stadt- und Ortsteile s. Wkr. 54)
		kreisfreie Stadt Bremerhaven
	Brandenburg	
56	Prignitz – Ostprignitz-Ruppin – Havelland I	Landkreis Ostprignitz-Ruppin
		Landkreis Prignitz
		vom Landkreis Havelland
		Amt Friesack
		die Gemeinden Friesack, Mühlenberge, Paulinenaue, Pessin, Retzow, Wiesenaue
		Amt Rhinow
		die Gemeinden Gollenberg, Großderschau, Havelaue, Kleßen-Görne, Rhinow, Seeblick
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 58, 60)
57	Uckermark – Barnim I	Landkreis Uckermark
		vom Landkreis Barnim
		amtsfreie Gemeinden Eberswalde, Schorfheide
		Amt Britz-Chorin-Oderberg
		die Gemeinden Britz, Chorin, Hohenfinow, Liepe, Lunow-Stolzenhagen, Niederfinow, Oderberg, Parsteinsee
		Amt Joachimsthal (Schorfheide)
		die Gemeinden Althüttendorf, Friedrichswalde, Joachimsthal, Ziethen
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 59)
58	Oberhavel – Havelland II	Landkreis Oberhavel
		vom Landkreis Havelland
		amtsfreie Gemeinden Brieselang, Dallgow-Döberitz, Falkensee, Ketzin/Havel, Nauen, Schönwalde-Glien, Wustermark
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 56, 60)
59	Märkisch-Oderland – Barnim II	Landkreis Märkisch-Oderland
		vom Landkreis Barnim
		amtsfreie Gemeinden Ahrensfelde, Bernau bei Berlin, Panketal, Wandlitz, Werneuchen
		Amt Biesenthal-Barnim
		die Gemeinden Biesenthal, Breydin, Marienwerder, Melchow, Rüdnitz, Sydower Fließ
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 57)
60	Brandenburg an der Havel – Potsdam-Mittelmark I – Havelland III – Teltow-Fläming I	Kreisfreie Stadt Brandenburg an der Havel
		vom Landkreis Havelland
		amtsfreie Gemeinden Milower Land, Premnitz, Rathenow
		Amt Nennhausen
		die Gemeinden Kotzen, Märkisch Luch, Nennhausen, Stechow-Ferchesar
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 56, 58)
		vom Landkreis Potsdam-Mittelmark

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		amtsfreie Gemeinden Bad Belzig, Beelitz, Groß Kreutz (Havel), Kloster Lehnin, Seddiner See, Treuenbrietzen, Wiesenburg/Mark Amt Beetzsee die Gemeinden Beetzsee, Beetzseeheide, Havelsee, Päwesin, Roskow Amt Brück die Gemeinden Borkheide, Borkwalde, Brück, Golzow, Linthe, Planebruch Amt Niemegk die Gemeinden Mühlenfließ, Niemegk, Planetal, Rabenstein/Fläming Amt Wusterwitz die Gemeinden Bensdorf, Rosenau, Wusterwitz Amt Ziesar die Gemeinden Buckautal, Görzke, Gräben, Wenzlow, Wollin, Ziesar (Übrige Gemeinden s. Wkr. 61) vom Landkreis Teltow-Fläming amtsfreie Gemeinden Jüterbog, Niedergörsdorf (Übrige Gemeinden s. Wkr. 61, 62)
61	Potsdam – Potsdam-Mittelmark II – Teltow-Fläming II	Kreisfreie Stadt Potsdam vom Landkreis Potsdam-Mittelmark amtsfreie Gemeinden Kleinmachnow, Michendorf, Nuthetal, Schwielowsee, Stahnsdorf, Teltow, Werder (Havel) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 60) vom Landkreis Teltow-Fläming amtsfreie Gemeinden Großbeeren, Ludwigsfelde (Übrige Gemeinden s. Wkr. 60, 62)
62	Dahme-Spreewald – Teltow-Fläming III – Oberspreewald-Lausitz I	Landkreis Dahme-Spreewald vom Landkreis Oberspreewald-Lausitz amtsfreie Gemeinde Lübbenau/Spreewald (Übrige Gemeinden s. Wkr. 65) vom Landkreis Teltow-Fläming amtsfreie Gemeinden Am Mellensee, Baruth/Mark, Blankenfelde-Mahlow, Luckenwalde, Niederer Fläming, Nuthe-Urstromtal, Rangsdorf, Trebbin, Zossen Amt Dahme/Mark die Gemeinden Dahme/Mark, Dahmetal, Ihlow (Übrige Gemeinden s. Wkr. 60, 61)
63	Frankfurt (Oder) – Oder-Spree	Kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder) Landkreis Oder-Spree
64	Cottbus – Spree-Neiße	Kreisfreie Stadt Cottbus Landkreis Spree-Neiße
65	Elbe-Elster – Oberspreewald-Lausitz II	Landkreis Elbe-Elster

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		vom Landkreis Oberspreewald-Lausitz
		amtsfreie Gemeinden Calau, Großräschen, Lauchhammer, Schipkau, Schwarzheide, Senftenberg, Vetschau/Spreewald
		Amt Altdöbern
		die Gemeinden Altdöbern, Bronkow, Luckaitztal, Neu-Seeland, Neupetershain
		Amt Ortrand
		die Gemeinden Frauendorf, Großkmehlen, Kroppen, Lindenau, Ortrand, Tettau
		Amt Ruhland
		die Gemeinden Grünewald, Guteborn, Hermsdorf, Hohenbocka, Ruhland, Schwarzbach
		(Übrige Gemeinde s. Wkr. 62)
	Sachsen-Anhalt	
66	Altmark	Altmarkkreis Salzwedel
		Landkreis Stendal
67	Börde – Jerichower Land	Landkreis Börde
		Landkreis Jerichower Land
68	Harz	Landkreis Harz
		vom Salzlandkreis
		die Gemeinden Aschersleben, Seeland
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 69, 71)
69	Magdeburg	Kreisfreie Stadt Magdeburg
		vom Salzlandkreis
		die Gemeinden Barby, Bördeland, Calbe (Saale), Schönebeck (Elbe)
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 68, 71)
70	Dessau – Wittenberg	Kreisfreie Stadt Dessau-Roßlau
		Landkreis Wittenberg
71	Anhalt	Landkreis Anhalt-Bitterfeld
		vom Salzlandkreis
		die Gemeinden Bernburg (Saale), Hecklingen, Könnern, Nienburg (Saale), Staßfurt
		Verbandsgemeinde Egelner Mulde
		die Gemeinden Börde-Hakel, Bördeaue, Borne, Egeln, Wolmirsleben
		Verbandsgemeinde Saale-Wipper
		die Gemeinden Alsleben (Saale), Giersleben, Güsten, Ilberstedt, Plötzkau
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 68, 69)
72	Halle	Kreisfreie Stadt Halle (Saale)
		vom Saalekreis
		die Gemeinden Kabelsketal, Landsberg, Petersberg
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 73, 74)
73	Burgenland – Saalekreis	Burgenlandkreis

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		vom Saalekreis die Gemeinden Bad Dürrenberg, Braunsbedra, Leuna, Schkopau (Übrige Gemeinden s. Wkr. 72, 74)
74	Mansfeld	Landkreis Mansfeld-Südharz vom Saalekreis die Gemeinden Bad Lauchstädt, Merseburg, Mücheln (Geiseltal), Querfurt, Salzatal, Teutschenthal, Wettin-Löbejün Verbandsgemeinde Weida-Land die Gemeinden Barnstädt, Farnstädt, Nemsdorf-Göhrendorf, Obhausen, Schraplau, Steigra (Übrige Gemeinden s. Wkr. 72, 73)
	Berlin	
75	Berlin-Mitte	Bezirk Mitte
76	Berlin-Pankow	Bezirk Pankow ohne das Gebiet östlich der Straßenmitte Prenzlauer Allee und südlich der Straßenmitte Lehderstraße und Gürtelstraße sowie des Jüdischen Friedhofs (Übriger Bezirk s. Wkr. 83)
77	Berlin-Reinickendorf	Bezirk Reinickendorf
78	Berlin-Spandau – Charlottenburg Nord	Bezirk Spandau vom Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf das Gebiet nördlich der Spree (Übriger Bezirk s. Wkr. 80)
79	Berlin-Steglitz-Zehlendorf	Bezirk Steglitz-Zehlendorf
80	Berlin-Charlottenburg-Wilmersdorf	Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf ohne das Gebiet nördlich der Spree (Übriger Bezirk s. Wkr. 78)
81	Berlin-Tempelhof-Schöneberg	Bezirk Tempelhof-Schöneberg
82	Berlin-Neukölln	Bezirk Neukölln
83	Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg – Prenzlauer Berg Ost	Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg vom Bezirk Pankow das Gebiet östlich der Straßenmitte Prenzlauer Allee und südlich der Straßenmitte Lehderstraße und Gürtelstraße sowie des Jüdischen Friedhofs (Übriger Bezirk s. Wkr. 76)
84	Berlin-Treptow-Köpenick	Bezirk Treptow-Köpenick
85	Berlin-Marzahn-Hellersdorf	Bezirk Marzahn-Hellersdorf
86	Berlin-Lichtenberg	Bezirk Lichtenberg
	Nordrhein-Westfalen	
87	Aachen I	Von der Städteregion Aachen die Stadt Aachen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 88)
88	Aachen II	Von der Städteregion Aachen die Gemeinden Alsdorf, Baesweiler, Eschweiler, Herzogenrath, Monschau, Roetgen, Simmerath, Stollberg (Rhld.), Würselen (Übrige Gemeinde s. Wkr. 87)
89	Heinsberg	Kreis Heinsberg

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
90	Düren	Kreis Düren
91	Rhein-Erft-Kreis I	Vom Rhein-Erft-Kreis die Gemeinden Bedburg, Bergheim, Elsdorf, Frechen, Hürth, Kerpen, Pulheim (Übrige Gemeinden s. Wkr. 92)
92	Euskirchen – Rhein-Erft-Kreis II	Kreis Euskirchen vom Rhein-Erft-Kreis die Gemeinden Brühl, Erftstadt, Wesseling (Übrige Gemeinden s. Wkr. 91)
93	Köln I	Von der kreisfreien Stadt Köln vom Stadtbezirk 1 Innenstadt die Stadtteile Altstadt-Nord, Deutz, Neustadt-Nord (Übrige Stadtteile s. Wkr. 94) die Stadtbezirke 7 Porz, 8 Kalk (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 94, 95, 101)
94	Köln II	Von der kreisfreien Stadt Köln vom Stadtbezirk 1 Innenstadt die Stadtteile Altstadt-Süd, Neustadt-Süd (Übrige Stadtteile s. Wkr. 93) die Stadtbezirke 2 Rodenkirchen, 3 Lindenthal (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 93, 95, 101)
95	Köln III	Von der kreisfreien Stadt Köln die Stadtbezirke 4 Ehrenfeld, 5 Nippes, 6 Chorweiler (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 93, 94, 101)
96	Bonn	Kreisfreie Stadt Bonn
97	Rhein-Sieg-Kreis I	Vom Rhein-Sieg-Kreis die Gemeinden Eitorf, Hennef (Sieg), Lohmar, Much, Neunkirchen-Seelscheid, Niederkassel, Ruppichteroth, Siegburg, Troisdorf, Windeck (Übrige Gemeinden s. Wkr. 98)
98	Rhein-Sieg-Kreis II	Vom Rhein-Sieg-Kreis die Gemeinden Alfter, Bad Honnef, Bornheim, Königswinter, Meckenheim, Rheinbach, Sankt Augustin, Swisttal, Wachtberg (Übrige Gemeinden s. Wkr. 97)
99	Oberbergischer Kreis	Oberbergischer Kreis
100	Rheinisch-Bergischer Kreis	Rheinisch-Bergischer Kreis
101	Leverkusen – Köln IV	Kreisfreie Stadt Leverkusen von der kreisfreien Stadt Köln der Stadtbezirk 9 Mülheim (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 93, 94, 95)
102	Wuppertal I	Von der kreisfreien Stadt Wuppertal die Stadtbezirke

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		0 Elberfeld, 1 Elberfeld West, 2 Uellendahl-Katernberg, 3 Vohwinkel, 5 Barmen, 6 Oberbarmen, 7 Heckinghausen, 8 Langerfeld-Beyenburg
		(Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 103)
103	Solingen – Remscheid – Wuppertal II	Kreisfreie Stadt Remscheid
		Kreisfreie Stadt Solingen
		von der kreisfreien Stadt Wuppertal
		die Stadtbezirke 4 Cronenberg, 9 Ronsdorf
		(Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 102)
104	Mettmann I	Vom Kreis Mettmann
		die Gemeinden Erkrath, Haan, Hilden, Langenfeld (Rheinland), Mettmann, Monheim am Rhein
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 105)
105	Mettmann II	Vom Kreis Mettmann
		die Gemeinden Heiligenhaus, Ratingen, Velbert, Wülfrath
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 104)
106	Düsseldorf I	Von der kreisfreien Stadt Düsseldorf
		die Stadtbezirke 1, 2, 4, 5, 6, 7
		(Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 107)
107	Düsseldorf II	Von der kreisfreien Stadt Düsseldorf
		die Stadtbezirke 3, 8, 9, 10
		(Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 106)
108	Neuss I	Vom Rhein-Kreis Neuss
		die Gemeinden Dormagen, Grevenbroich, Neuss, Rommerskirchen
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 110)
109	Mönchengladbach	Kreisfreie Stadt Mönchengladbach
110	Krefeld I – Neuss II	Von der kreisfreien Stadt Krefeld
		die Stadtbezirke 1 West, 5 Süd, 6 Fischeln, 7 Oppum-Linn, 9 Uerdingen
		(Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 114)
		vom Rhein-Kreis Neuss
		die Gemeinden Jüchen, Kaarst, Korschenbroich, Meerbusch
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 108)
111	Viersen	Kreis Viersen
112	Kleve	Kreis Kleve
113	Wesel I	Vom Kreis Wesel
		die Gemeinden Alpen, Hamminkeln, Hünxe, Kamp-Lintfort, Rheinberg, Schermbeck, Sonsbeck, Voerde (Niederrhein), Wesel, Xanten
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 114, 117)
114	Krefeld II – Wesel II	Von der kreisfreien Stadt Krefeld
		die Stadtbezirke 2 Nord, 3 Hüls, 4 Mitte, 8 Ost
		(Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 110)
		vom Kreis Wesel
		die Gemeinden

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		Moers, Neukirchen-Vluyn
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 113, 117)
115	Duisburg I	Von der kreisfreien Stadt Duisburg
		die Stadtbezirke
		600 Rheinhausen, 700 Süd
		vom Stadtbezirk 500 Mitte
		die Stadtteile
		501 Altstadt, 502 Neuenkamp, 503 Kaßlerfeld, 505 Neudorf-Nord, 506 Neudorf-Süd, 507 Dellviertel, 508 Hochfeld, 509 Wanheimerort
		(Übrige Stadtbezirke und der Stadtteil 504 Duissern des Stadtbezirks Mitte s. Wkr. 116)
116	Duisburg II	Von der kreisfreien Stadt Duisburg
		die Stadtbezirke
		100 Walsum, 200 Hamborn, 300 Meiderich/Beeck, 400 Homberg/Ruhrort/Baerl
		vom Stadtbezirk 500 Mitte
		der Stadtteil 504 Duissern
		(Übrige Stadtbezirke und Stadtteile des Stadtbezirks Mitte s. Wkr. 115)
117	Oberhausen – Wesel III	Kreisfreie Stadt Oberhausen
		vom Kreis Wesel
		die Gemeinde Dinslaken
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 113, 114)
118	Mülheim – Essen I	Kreisfreie Stadt Mülheim an der Ruhr
		von der kreisfreien Stadt Essen
		der Stadtbezirk IV
		(Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 119, 120)
119	Essen II	Von der kreisfreien Stadt Essen
		die Stadtbezirke I, V, VI, VII
		(Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 118, 120)
120	Essen III	Von der kreisfreien Stadt Essen
		die Stadtbezirke II, III, VIII, IX
		(Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 118, 119)
121	Recklinghausen I	Vom Kreis Recklinghausen
		die Gemeinden
		Castrop-Rauxel, Recklinghausen, Waltrop
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 122, 125)
122	Recklinghausen II	Vom Kreis Recklinghausen
		die Gemeinden
		Datteln, Haltern am See, Herten, Marl, Oer-Erkenschwick
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 121, 125)
123	Gelsenkirchen	Kreisfreie Stadt Gelsenkirchen
124	Steinfurt I – Borken I	Vom Kreis Borken
		die Gemeinden
		Ahaus, Gronau (Westf.), Heek, Legden, Schöppingen
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 126)
		vom Kreis Steinfurt
		die Gemeinden
		Horstmar, Metelen, Neuenkirchen, Ochtrup, Rheine, Steinfurt, Wettringen

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 127, 128)
125	Bottrop – Recklinghausen III	Kreisfreie Stadt Bottrop
		vom Kreis Recklinghausen
		die Gemeinden Dorsten, Gladbeck
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 121, 122)
126	Borken II	Vom Kreis Borken
		die Gemeinden Bocholt, Borken, Gescher, Heiden, Isselburg, Raesfeld, Reken, Rhede, Stadtlohn, Südlohn, Velen, Vreden
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 124)
127	Coesfeld – Steinfurt II	Kreis Coesfeld
		vom Kreis Steinfurt
		die Gemeinden Altenberge, Laer, Nordwalde
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 124, 128)
128	Steinfurt III	Vom Kreis Steinfurt
		die Gemeinden Emsdetten, Greven, Hörstel, Hopsten, Ibbenbüren, Ladbergen, Lengerich, Lienen, Lotte, Mettingen, Recke, Saerbeck, Tecklenburg, Westerkappeln
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 124, 127)
129	Münster	Kreisfreie Stadt Münster
130	Warendorf	Kreis Warendorf
131	Gütersloh I	Vom Kreis Gütersloh
		die Gemeinden Borgholzhausen, Gütersloh, Halle (Westf.), Harsewinkel, Herzebrock-Clarholz, Langenberg, Rheda-Wiedenbrück, Rietberg, Steinhagen, Verl, Versmold
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 132, 137)
132	Bielefeld – Gütersloh II	Kreisfreie Stadt Bielefeld
		vom Kreis Gütersloh
		die Gemeinde Werther (Westf.)
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 131, 137)
133	Herford – Minden-Lübbecke II	Kreis Herford
		vom Kreis Minden-Lübbecke
		die Gemeinde Bad Oeynhausen
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 134)
134	Minden-Lübbecke I	Vom Kreis Minden-Lübbecke
		die Gemeinden Espelkamp, Hille, Hüllhorst, Lübbecke, Minden, Petershagen, Porta Westfalica, Preußisch Oldendorf, Rahden, Stemwede
		(Übrige Gemeinde s. Wkr. 133)
135	Lippe I	Vom Kreis Lippe
		die Gemeinden Bad Salzuflen, Barntrup, Blomberg, Dörentrup, Extertal, Kalletal, Lage, Lemgo, Leopoldshöhe, Oerlinghausen
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 136)
136	Höxter – Lippe II	Kreis Höxter
		vom Kreis Lippe

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		die Gemeinden Augustdorf, Detmold, Horn-Bad Meinberg, Lügde, Schieder-Schwalenberg, Schlangen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 135)
137	Paderborn – Gütersloh III	Kreis Paderborn vom Kreis Gütersloh die Gemeinde Schloß Holte-Stukenbrock (Übrige Gemeinden s. Wkr. 131, 132)
138	Hagen – Ennepe-Ruhr-Kreis I	Kreisfreie Stadt Hagen vom Ennepe-Ruhr-Kreis die Gemeinden Breckerfeld, Ennepetal, Gevelsberg, Schwelm (Übrige Gemeinden s. Wkr. 139)
139	Ennepe-Ruhr-Kreis II	Vom Ennepe-Ruhr-Kreis die Gemeinden Hattingen, Herdecke, Sprockhövel, Wetter (Ruhr), Witten (Übrige Gemeinden s. Wkr. 138)
140	Bochum I	Von der kreisfreien Stadt Bochum die Stadtbezirke 1 Bochum-Mitte, 2 Bochum-Wattenscheid, 5 Bochum-Süd, 6 Bochum-Südwest (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 141)
141	Herne – Bochum II	Kreisfreie Stadt Herne von der kreisfreien Stadt Bochum die Stadtbezirke 3 Bochum-Nord, 4 Bochum-Ost (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 140)
142	Dortmund I	Von der kreisfreien Stadt Dortmund vom Stadtbezirk 0 Innenstadt die Stadtteile Innenstadt-West, Innenstadt-Ost die Stadtbezirke 6 Hombruch, 8 Huckarde, 7 Lütgendortmund, 9 Mengede (Übrige Stadtbezirke und übriger Stadtteil s. Wkr. 143)
143	Dortmund II	Von der kreisfreien Stadt Dortmund vom Stadtbezirk 0 Innenstadt der Stadtteil Innenstadt-Nord die Stadtbezirke 4 Aplerbeck, 3 Brackel, 1 Eving, 5 Hörde, 2 Scharnhorst (Übrige Stadtbezirke und Stadtteile s. Wkr. 142)
144	Unna I	Vom Kreis Unna die Gemeinden Bergkamen, Bönen, Fröndenberg/Ruhr, Holzwickede, Kamen, Schwerte, Unna (Übrige Gemeinden s. Wkr. 145)
145	Hamm – Unna II	Kreisfreie Stadt Hamm vom Kreis Unna die Gemeinden Lünen, Selm, Werne (Übrige Gemeinden s. Wkr. 144)
146	Soest	Kreis Soest

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
147	Hochsauerlandkreis	Hochsauerlandkreis
148	Siegen-Wittgenstein	Kreis Siegen-Wittgenstein
149	Olpe – Märkischer Kreis I	Kreis Olpe vom Märkischen Kreis die Gemeinden Halver, Herscheid, Kierspe, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Schalksmühle (Übrige Gemeinden s. Wkr. 150)
150	Märkischer Kreis II	Vom Märkischen Kreis die Gemeinden Altena, Balve, Hemer, Iserlohn, Menden (Sauerland), Nachrodt-Wiblingwerde, Neuenrade, Plettenberg, Werdohl (Übrige Gemeinden s. Wkr. 149)
	Sachsen	
151	Nordsachsen	Landkreis Nordsachsen
152	Leipzig I	Von der kreisfreien Stadt Leipzig die Stadtbezirke Alt-West, Nord, Nordost, Nordwest, Ost (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 153)
153	Leipzig II	Von der kreisfreien Stadt Leipzig die Stadtbezirke Mitte, Süd, Südost, Südwest, West (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 152)
154	Leipzig-Land	Landkreis Leipzig
155	Meißen	Landkreis Meißen
156	Bautzen I	Vom Landkreis Bautzen die Gemeinden Bautzen, Burkau, Cunewalde, Demitz-Thumitz, Doberschau-Gaußig, Elsterheide, Elstra, Göda, Großdubrau, Haselbachtal, Hochkirch, Hoyerswerda, Königswartha, Kubschütz, Lauta, Lohsa, Neukirch/Lausitz, Oßling, Radibor, Schirgiswalde-Kirschau, Schmölln-Putzkau, Schwepnitz, Sohland a. d. Spree, Spreetal, Steinigtwolmsdorf, Weißenberg, Wilthen, Wittichenau Verwaltungsgemeinschaft Bernsdorf die Gemeinden Bernsdorf, Wiednitz Verwaltungsgemeinschaft Bischofswerda die Gemeinden Bischofswerda, Rammenau Verwaltungsgemeinschaft Großharthau die Gemeinden Frankenthal, Großharthau Verwaltungsgemeinschaft Großpostwitz/O.L. die Gemeinden Großpostwitz/O.L., Obergurig Verwaltungsgemeinschaft Kamenz-Schönteichen die Gemeinden Kamenz, Schönteichen Verwaltungsgemeinschaft Königsbrück die Gemeinden

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		Königsbrück, Laußnitz, Neukirch
		Verwaltungsgemeinschaft Malschwitz
		die Gemeinden Guttau, Malschwitz
		Verwaltungsgemeinschaft Neschwitz
		die Gemeinden Neschwitz, Puschwitz
		Verwaltungsgemeinschaft Pulsnitz
		die Gemeinden Großnaundorf, Lichtenberg, Ohorn, Pulsnitz, Steina
		Verwaltungsverband Am Klosterwasser
		die Gemeinden Crostwitz, Nebelschütz, Panschwitz-Kuckau, Räckelwitz, Ralbitz-Rosenthal
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 160)
157	Görlitz	Landkreis Görlitz
158	Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
159	Dresden I	Von der kreisfreien Stadt Dresden
		die Ortsamtsbereiche Altstadt, Blasewitz, Leuben, Plauen, Prohlis
		(Übrige Ortsamtsbereiche und Ortschaften s. Wkr. 160)
160	Dresden II – Bautzen II	Von der kreisfreien Stadt Dresden
		die Ortsamtsbereiche Cotta, Klotzsche, Loschwitz, Neustadt, Pieschen
		die Ortschaften Altfranken, Cossebaude, Gompitz, Langebrück, Mobschatz, Oberwartha, Schönborn, Schönfeld-Weißig, Weixdorf
		(Übrige Ortsamtsbereiche s. Wkr. 159)
		vom Landkreis Bautzen
		die Gemeinden Arnsdorf, Ottendorf-Okrilla, Radeberg, Wachau
		Verwaltungsgemeinschaft Großröhrsdorf
		die Gemeinden Bretnig-Hauswalde, Großröhrsdorf
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 156)
161	Mittelsachsen	Vom Landkreis Mittelsachsen
		die Gemeinden Augustusburg, Bobritzsch, Bockelwitz, Brand-Erbisdorf, Döbeln, Eppendorf, Frankenberg/Sa., Frauenstein, Großhartmannsdorf, Großschirma, Großweitzschen, Hainichen, Halsbrücke, Hartha, Kriebstein, Leisnig, Leubsdorf, Mochau, Mulda/Sa., Neuhausen/Erzgeb., Niederwiesa, Oberschöna, Rechenberg-Bienenmühle, Reinsberg, Rossau, Striegistal
		Verwaltungsgemeinschaft Flöha
		die Gemeinden Falkenau, Flöha
		Verwaltungsgemeinschaft Freiberg
		die Gemeinden Freiberg, Hilbersdorf
		Verwaltungsgemeinschaft Lichtenberg/Erzgeb.
		die Gemeinden

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		Lichtenberg/Erzgeb., Weißenborn/Erzgeb.
		Verwaltungsgemeinschaft Mittweida
		die Gemeinden Altmittweida, Mittweida
		Verwaltungsgemeinschaft Oederan
		die Gemeinden Frankenstein, Oederan
		Verwaltungsgemeinschaft Ostrau
		die Gemeinden Ostrau, Zschaitz-Ottewig
		Verwaltungsgemeinschaft Roßwein
		die Gemeinden Niederstriegis, Roßwein
		Verwaltungsgemeinschaft Sayda
		die Gemeinden Dorfchemnitz, Sayda
		Verwaltungsgemeinschaft Waldheim
		die Gemeinden Waldheim, Ziegra-Knobelsdorf
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 163)
162	Chemnitz	Kreisfreie Stadt Chemnitz
163	Chemnitzer Umland – Erzgebirgskreis II	Vom Erzgebirgskreis
		die Gemeinden Hohndorf, Jahnsdorf/Erzgeb., Neukirchen/Erzgeb., Oelsnitz/Erzgeb., Thalheim/Erzgeb.
		Verwaltungsgemeinschaft Burkhardtsdorf
		die Gemeinden Auerbach, Burkhardtsdorf, Gornsdorf
		Verwaltungsgemeinschaft Lugau
		die Gemeinden Erlbach-Kirchberg, Lugau/Erzgeb., Niederwürschnitz
		Verwaltungsgemeinschaft Stollberg/Erzgeb.
		die Gemeinden Niederdorf, Stollberg/Erzgeb.
		von der Verwaltungsgemeinschaft Zwönitz
		die Gemeinden Hormersdorf, Zwönitz
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 164)
		vom Landkreis Mittelsachsen
		die Gemeinden Claußnitz, Erlau, Geringswalde, Hartmannsdorf, Königshain-Wiederau, Lichtenau, Lunzenau, Penig, Wechselburg
		Verwaltungsgemeinschaft Burgstädt
		die Gemeinden Burgstädt, Mühlau, Taura
		Verwaltungsgemeinschaft Rochlitz
		die Gemeinden Königsfeld, Rochlitz, Seelitz, Zettlitz
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 161)
		vom Landkreis Zwickau
		die Gemeinden

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		Callenberg, Gersdorf, Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz Verwaltungsgemeinschaft Limbach-Oberfrohna die Gemeinden Limbach-Oberfrohna, Niederfrohna Verwaltungsgemeinschaft Rund um den Auersberg die Gemeinden Bernsdorf, Lichtenstein/Sa., St. Egidien (Übrige Gemeinden s. Wkr. 165)
164	Erzgebirgskreis I	Vom Erzgebirgskreis die Gemeinden Amtsberg, Annaberg-Buchholz, Aue, Bad Schlema, Bernsbach, Breitenbrunn/Erzgeb., Crottendorf, Drebach, Ehrenfriedersdorf, Eibenstock, Gelenau/Erzgeb., Großolbersdorf, Großrückerswalde, Grünhain-Beierfeld, Jöhstadt, Johanngeorgenstadt, Lauter/Sa., Lengefeld, Lößnitz, Mildenau, Kurort Oberwiesenthal, Olbernhau, Pfaffroda, Pockau, Raschau-Markersbach, Schneeberg, Schönheide, Schwarzenberg/Erzgeb., Sehmatal, Stützengrün, Thermalbad Wiesenbad, Thum, Wolkenstein, Zöblitz Verwaltungsgemeinschaft Bärenstein die Gemeinden Bärenstein, Königswalde Verwaltungsgemeinschaft Geyer die Gemeinden Geyer, Tannenberg Verwaltungsgemeinschaft Marienberg die Gemeinden Marienberg, Pobershau Verwaltungsgemeinschaft Scheibenberg-Schlettau die Gemeinden Scheibenberg, Schlettau Verwaltungsgemeinschaft Seiffen/Erzgeb. die Gemeinden Deutschneudorf, Heidersdorf, Kurort Seiffen/Erzgeb. Verwaltungsgemeinschaft Zschopau die Gemeinden Gornau/Erzgeb., Zschopau Verwaltungsgemeinschaft Zschorlau die Gemeinden Bockau, Zschorlau von der Verwaltungsgemeinschaft Zwönitz die Gemeinde Elterlein Verwaltungsverband Wildenstein die Gemeinden Börnichen/Erzgeb., Borstendorf, Grünhainichen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 163)
165	Zwickau	Vom Landkreis Zwickau die Gemeinden Fraureuth, Glauchau, Hartenstein, Langenbernsdorf, Langenweißbach, Lichtentanne, Mülsen, Neukirchen/Pleiße, Reinsdorf, Werdau, Wildenfels, Wilkau-Haßlau, Zwickau

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		Verwaltungsgemeinschaft Crimmitschau-Dennheritz die Gemeinden Crimmitschau, Dennheritz Verwaltungsgemeinschaft Kirchberg die Gemeinden Crinitzberg, Hartmannsdorf b. Kirchberg, Hirschfeld, Kirchberg Verwaltungsgemeinschaft Meerane die Gemeinden Meerane, Schönberg Verwaltungsgemeinschaft Waldenburg die Gemeinden Oberwiera, Remse, Waldenburg (Übrige Gemeinden s. Wkr. 163)
166	Vogtlandkreis	Vogtlandkreis
	Hessen	
167	Waldeck	Vom Landkreis Kassel die Gemeinden Bad Emstal, Bad Karlshafen, Baunatal, Breuna, Calden, Grebenstein, Habichtswald, Hofgeismar, Immenhausen, Liebenau, Naumburg, Oberweser, Reinhardshagen, Schauenburg, Trendelburg, Wahlsburg, Wolfhagen, Zierenberg und der Gutsbezirk Reinhardswald (Übrige Gemeinden s. Wkr. 168) vom Landkreis Waldeck-Frankenberg die Gemeinden Bad Arolsen, Bad Wildungen, Diemelsee, Diemelstadt, Edertal, Korbach, Lichtenfels, Twistetal, Volkmarsen, Waldeck, Willingen (Upland) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 170)
168	Kassel	Kreisfreie Stadt Kassel vom Landkreis Kassel die Gemeinden Ahnatal, Espenau, Fuldabrück, Fuldatal, Helsa, Kaufungen, Lohfelden, Nieste, Niestetal, Söhrewald, Vellmar (Übrige Gemeinden s. Wkr. 167)
169	Werra-Meißner – Hersfeld-Rotenburg	Landkreis Hersfeld-Rotenburg Werra-Meißner-Kreis
170	Schwalm-Eder	Schwalm-Eder-Kreis vom Landkreis Waldeck-Frankenberg die Gemeinden Allendorf (Eder), Battenberg (Eder), Bromskirchen, Burgwald, Frankenau, Frankenberg (Eder), Gemünden (Wohra), Haina (Kloster), Hatzfeld (Eder), Rosenthal, Vöhl (Übrige Gemeinden s. Wkr. 167)
171	Marburg	Landkreis Marburg-Biedenkopf
172	Lahn-Dill	Lahn-Dill-Kreis vom Landkreis Gießen die Gemeinden Biebertal, Wettenberg (Übrige Gemeinden s. Wkr. 173)

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
173	Gießen	Vom Landkreis Gießen
		die Gemeinden Allendorf (Lumda), Buseck, Fernwald, Gießen, Grünberg, Heuchelheim, Hungen, Langgöns, Laubach, Lich, Linden, Lollar, Pohlheim, Rabenau, Reiskirchen, Staufenberg
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 172)
		vom Vogelsbergkreis
		die Gemeinden Alsfeld, Antrifttal, Feldatal, Gemünden (Felda), Homberg (Ohm), Kirtorf, Mücke, Romrod
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 174, 175)
174	Fulda	Landkreis Fulda
		vom Vogelsbergkreis
		die Gemeinden Freiensteinau, Grebenau, Grebenhain, Herbstein, Lauterbach (Hessen), Lautertal (Vogelsberg), Schlitz, Schwalmtal, Ulrichstein, Wartenberg
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 173, 175)
175	Main-Kinzig – Wetterau II – Schotten	Vom Main-Kinzig-Kreis
		die Gemeinden Bad Orb, Bad Soden-Salmünster, Biebergemünd, Birstein, Brachttal, Flörsbachtal, Freigericht, Gelnhausen, Gründau, Jossgrund, Linsengericht, Schlüchtern, Sinntal, Steinau an der Straße, Wächtersbach und der Gutsbezirk Spessart
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 180)
		vom Vogelsbergkreis
		die Gemeinde Schotten
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 173, 174)
		vom Wetteraukreis
		die Gemeinden Altenstadt, Büdingen, Gedern, Glauburg, Hirzenhain, Kefenrod, Limeshain, Ortenberg
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 177)
176	Hochtaunus	Vom Hochtaunuskreis
		die Gemeinden Bad Homburg v. d. Höhe, Friedrichsdorf, Glashütten, Grävenwiesbach, Neu-Anspach, Oberursel (Taunus), Schmitten, Usingen, Wehrheim, Weilrod
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 181)
		vom Landkreis Limburg-Weilburg
		die Gemeinden Beselich, Löhnberg, Mengerskirchen, Merenberg, Runkel, Villmar, Weilburg, Weilmünster, Weinbach
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 178)
177	Wetterau I	Vom Wetteraukreis
		die Gemeinden Bad Nauheim, Bad Vilbel, Butzbach, Echzell, Florstadt, Friedberg (Hessen), Karben, Münzenberg, Nidda, Niddatal, Ober-Mörlen, Ranstadt, Reichelsheim (Wetterau), Rockenberg, Rosbach v. d. Höhe, Wölfersheim, Wöllstadt
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 175)

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
178	Rheingau-Taunus – Limburg	Rheingau-Taunus-Kreis vom Landkreis Limburg-Weilburg die Gemeinden Bad Camberg, Brechen, Dornburg, Elbtal, Elz, Hadamar, Hünfelden, Limburg a.d. Lahn, Selters (Taunus), Waldbrunn (Westerwald) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 176)
179	Wiesbaden	Kreisfreie Stadt Wiesbaden
180	Hanau	Vom Main-Kinzig-Kreis die Gemeinden Bruchköbel, Erlensee, Großkrotzenburg, Hammersbach, Hanau, Hasselroth, Langenselbold, Maintal, Neuberg, Nidderau, Niederdorfelden, Rodenbach, Ronneburg, Schöneck (Übrige Gemeinden s. Wkr. 175)
181	Main-Taunus	Main-Taunus-Kreis vom Hochtaunuskreis die Gemeinden Königstein im Taunus, Kronberg im Taunus, Steinbach (Taunus) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 176)
182	Frankfurt am Main I	Von der kreisfreien Stadt Frankfurt am Main die Ortsteile Altstadt, Bahnhofsviertel, Bockenheim, Dornbusch, Eschersheim, Gallusviertel, Ginnheim, Griesheim, Gutleutviertel, Hausen, Heddernheim, Höchst, Innenstadt, Nied, Niederursel, Praunheim, Rödelheim, Sindlingen, Sossenheim, Unterliederbach, Westend, Zeilsheim (Übrige Ortsteile s. Wkr. 183)
183	Frankfurt am Main II	Von der kreisfreien Stadt Frankfurt am Main die Ortsteile Bergen-Enkheim, Berkersheim, Bonames, Bornheim, Eckenheim, Fechenheim, Frankfurter Berg, Harheim, Kalbach, Nieder-Erlenbach, Nieder-Eschbach, Niederrad, Nordend, Oberrad, Ostend, Preungesheim, Riederwald, Sachsenhausen, Schwanheim, Seckbach (Übrige Ortsteile s. Wkr. 182)
184	Groß-Gerau	Landkreis Groß-Gerau
185	Offenbach	Kreisfreie Stadt Offenbach am Main vom Landkreis Offenbach die Gemeinden Dietzenbach, Dreieich, Egelsbach, Heusenstamm, Langen (Hessen), Mühlheim am Main, Neu-Isenburg, Obertshausen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 187)
186	Darmstadt	Kreisfreie Stadt Darmstadt vom Landkreis Darmstadt-Dieburg die Gemeinden Alsbach-Hähnlein, Bickenbach, Eppertshausen, Erzhausen, Griesheim, Messel, Modautal, Mühltal, Münster, Ober-Ramstadt, Pfungstadt, Roßdorf, Seeheim-Jugenheim, Weiterstadt (Übrige Gemeinden s. Wkr. 187)

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
187	Odenwald	Odenwaldkreis vom Landkreis Darmstadt-Dieburg die Gemeinden Babenhausen, Dieburg, Fischbachtal, Groß-Bieberau, Groß-Umstadt, Groß-Zimmern, Otzberg, Reinheim, Schaafheim (Übrige Gemeinden s. Wkr. 186) vom Landkreis Offenbach die Gemeinden Hainburg, Mainhausen, Rodgau, Rödermark, Seligenstadt (Übrige Gemeinden s. Wkr. 185)
188	Bergstraße	Landkreis Bergstraße
	Thüringen	
189	Eichsfeld – Nordhausen – Unstrut-Hainich-Kreis I	Landkreis Eichsfeld Landkreis Nordhausen vom Unstrut-Hainich-Kreis verwaltungsgemeinschaftsfreie Gemeinden Anrode, Dünwald, Mühlhausen/Thüringen, Unstruttal Verwaltungsgemeinschaft Hildebrandshausen/ Lengenfeld unterm Stein die Gemeinden Hildebrandshausen, Lengenfeld unterm Stein, Rodeberg (Übrige Gemeinden s. Wkr. 190)
190	Eisenach – Wartburgkreis – Unstrut-Hainich-Kreis II	Kreisfreie Stadt Eisenach Wartburgkreis vom Unstrut-Hainich-Kreis verwaltungsgemeinschaftsfreie Gemeinden Bad Langensalza, Heyerode, Katharinenberg, Menteroda, Weinbergen Erfüllende Gemeinde Herbsleben die Gemeinden Großvargula, Herbsleben Verwaltungsgemeinschaft Bad Tennstedt die Gemeinden Bad Tennstedt, Ballhausen, Blankenburg, Bruchstedt, Haussömmern, Hornsömmern, Kirchheilingen, Klettstedt, Kutzleben, Mittelsömmern, Sundhausen, Tottleben, Urleben Verwaltungsgemeinschaft Schlotheim die Gemeinden Bothenheilingen, Issersheilingen, Kleinwelsbach, Körner, Marolterode, Neunheilingen, Obermehler, Schlotheim Verwaltungsgemeinschaft Unstrut-Hainich die Gemeinden Altengottern, Flarchheim, Großengottern, Heroldishausen, Mülverstedt, Schönstedt, Weberstedt Verwaltungsgemeinschaft Vogtei die Gemeinden Kammerforst, Langula, Niederdorla, Oberdorla, Oppershausen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 189)

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
191	Kyffhäuserkreis – Sömmerda – Weimarer Land I	Kyffhäuserkreis
		Landkreis Sömmerda
		vom Landkreis Weimarer Land
		verwaltungsgemeinschaftsfreie Gemeinden Apolda, Bad Berka, Blankenhain, Saaleplatte
		Erfüllende Gemeinde Bad Sulza
		die Gemeinden Auerstedt, Bad Sulza, Eberstedt, Flurstedt, Gebstedt, Großheringen, Ködderitzsch, Niedertrebra, Obertrebra, Rannstedt, Reisdorf, Schmiedehausen, Wickerstedt
		Verwaltungsgemeinschaft Berlstedt
		die Gemeinden Ballstedt, Berlstedt, Ettersburg, Krautheim, Neumark, Ramsla, Schwerstedt, Vippachedelhausen
		Verwaltungsgemeinschaft Buttelstedt
		die Gemeinden Buttelstedt, Großobringen, Heichelheim, Kleinobringen, Leutenthal, Rohrbach, Sachsenhausen, Wohlsborn
		Verwaltungsgemeinschaft Ilmtal-Weinstraße
		die Gemeinden Kromsdorf, Liebstedt, Mattstedt, Niederreißen, Niederroßla, Nirmsdorf, Oberreißen, Oßmannstedt, Pfiffelbach, Willerstedt
		Verwaltungsgemeinschaft Kranichfeld
		die Gemeinden Hohenfelden, Klettbach, Kranichfeld, Nauendorf, Rittersdorf, Tonndorf
		Verwaltungsgemeinschaft Mellingen
		die Gemeinden Buchfart, Döbritschen, Frankendorf, Großschwabhausen, Hammerstedt, Hetschburg, Kapellendorf, Kiliansroda, Kleinschwabhausen, Lehnstedt, Magdala, Mechelroda, Mellingen, Oettern, Umpferstedt, Vollersroda, Wiegendorf
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 193)
192	Gotha – Ilm-Kreis	Ilm-Kreis
		Landkreis Gotha
193	Erfurt – Weimar – Weimarer Land II	Kreisfreie Stadt Erfurt
		Kreisfreie Stadt Weimar
		vom Landkreis Weimarer Land
		Verwaltungsgemeinschaft Grammetal
		die Gemeinden Bechstedtstraß, Daasdorf a. Berge, Hopfgarten, Isseroda, Mönchenholzhausen, Niederzimmern, Nohra, Ottstedt a. Berge, Troistedt
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 191)
194	Gera – Jena – Saale-Holzland-Kreis	Kreisfreie Stadt Gera
		Kreisfreie Stadt Jena
		Saale-Holzland-Kreis
195	Greiz – Altenburger Land	Landkreis Altenburger Land
		Landkreis Greiz
196	Sonneberg – Saalfeld-Rudolstadt – Saale-Orla-Kreis	Landkreis Saalfeld-Rudolstadt
		Landkreis Sonneberg

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		Saale-Orla-Kreis
197	Suhl – Schmalkalden-Meiningen – Hildburghausen	Kreisfreie Stadt Suhl
		Landkreis Hildburghausen
		Landkreis Schmalkalden-Meiningen
	Rheinland-Pfalz	
198	Neuwied	Landkreis Altenkirchen (Westerwald)
		Landkreis Neuwied
199	Ahrweiler	Landkreis Ahrweiler
		vom Landkreis Mayen-Koblenz
		verbandsfreie Gemeinden Andernach, Mayen
		Verbandsgemeinde Maifeld
		die Gemeinden Einig, Gappenach, Gering, Gierschnach, Kalt, Kerben, Kollig, Lonnig, Mertloch, Münstermaifeld, Naunheim, Ochtendung, Pillig, Polch, Rüber, Trimbs, Welling, Wierschem
		Verbandsgemeinde Mendig
		die Gemeinden Bell, Mendig, Rieden, Thür, Volkesfeld
		Verbandsgemeinde Pellenz
		die Gemeinden Kretz, Kruft, Nickenich, Plaidt, Saffig
		Verbandsgemeinde Vordereifel
		die Gemeinden Acht, Anschau, Arft, Baar, Bermel, Boos, Ditscheid, Ettringen, Hausten, Herresbach, Hirten, Kehrig, Kirchwald, Kottenheim, Langenfeld, Langscheid, Lind, Luxem, Monreal, Münk, Nachtsheim, Reudelsterz, Sankt Johann, Siebenbach, Virneburg, Weiler, Welschenbach
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 200)
200	Koblenz	Kreisfreie Stadt Koblenz
		vom Landkreis Mayen-Koblenz
		verbandsfreie Gemeinde Bendorf
		Verbandsgemeinde Rhens
		die Gemeinden Brey, Rhens, Spay, Waldesch
		Verbandsgemeinde Untermosel
		die Gemeinden Alken, Brodenbach, Burgen, Dieblich, Hatzenport, Kobern-Gondorf, Lehmen, Löf, Macken, Niederfell, Nörtershausen, Oberfell, Winningen, Wolken
		Verbandsgemeinde Vallendar
		die Gemeinden Niederwerth, Urbar, Vallendar, Weitersburg
		Verbandsgemeinde Weißenthurm
		die Gemeinden Bassenheim, Kaltenengers, Kettig, Mülheim-Kärlich, Sankt Sebastian, Urmitz, Weißenthurm
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 199)
		vom Rhein-Lahn-Kreis
		verbandsfreie Gemeinde Lahnstein

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		Verbandsgemeinde Bad Ems
		die Gemeinden Arzbach, Bad Ems, Becheln, Dausenau, Fachbach, Früchtt, Kemmenau, Miellen, Nievern
		Verbandsgemeinde Braubach
		die Gemeinden Braubach, Dachsenhausen, Filsen, Kamp-Bornhofen, Osterspai
		Verbandsgemeinde Loreley
		die Gemeinden Auel, Bornich, Dahlheim, Dörscheid, Kaub, Kestert, Lierschied, Lykershausen, Nochern, Patersberg, Prath, Reichenberg, Reitzenhain, Loreleystadt Sankt Goarshausen, Sauerthal, Weisel, Weyer
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 205)
201	Mosel/Rhein-Hunsrück	Landkreis Cochem-Zell
		Rhein-Hunsrück-Kreis
		vom Landkreis Bernkastel-Wittlich
		verbandsfreie Gemeinde Morbach
		Verbandsgemeinde Bernkastel-Kues
		die Gemeinden Bernkastel-Kues, Brauneberg, Burgen, Erden, Gornhausen, Graach an der Mosel, Hochscheid, Kesten, Kleinich, Kommen, Lieser, Lösnich, Longkamp, Maring-Noviand, Minheim, Monzelfeld, Mülheim (Mosel), Neumagen-Dhron, Piesport, Ürzig, Veldenz, Wintrich, Zeltingen-Rachtig
		Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf
		die Gemeinden Berglicht, Breit, Büdlich, Burtscheid, Deuselbach, Dhronecken, Etgert, Gielert, Gräfendhron, Heidenburg, Hilscheid, Horath, Immert, Lückenburg, Malborn, Merschbach, Neunkirchen, Rorodt, Schönberg, Talling, Thalfang
		Verbandsgemeinde Traben-Trarbach
		die Gemeinden Burg (Mosel), Enkirch, Irmenach, Lötzbeuren, Starkenburg, Traben-Trarbach
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 203)
202	Kreuznach	Landkreis Bad Kreuznach
		Landkreis Birkenfeld
203	Bitburg	Eifelkreis Bitburg-Prüm
		Landkreis Vulkaneifel
		vom Landkreis Bernkastel-Wittlich
		verbandsfreie Gemeinde Wittlich
		Verbandsgemeinde Kröv-Bausendorf
		die Gemeinden Bausendorf, Bengel, Diefenbach, Flußbach, Hontheim, Kinderbeuern, Kinheim, Kröv, Reil, Willwerscheid
		Verbandsgemeinde Manderscheid
		die Gemeinden Bettenfeld, Dierfeld, Eckfeld, Eisenschmitt, Gipperath, Greimerath, Großlittgen, Hasborn, Karl, Laufeld, Manderscheid, Meerfeld, Musweiler, Niederöfflingen,

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		Niederscheidweiler, Oberöfflingen, Oberscheidweiler, Pantenburg, Schladt, Schwarzenborn, Wallscheid
		Verbandsgemeinde Wittlich-Land
		die Gemeinden Altrich, Arenrath, Bergweiler, Binsfeld, Bruch, Dierscheid, Dodenburg, Dreis, Esch, Gladbach, Heckenmünster, Heidweiler, Hetzerath, Hupperath, Klausen, Landscheid, Minderlittgen, Niersbach, Osann-Monzel, Platten, Plein, Rivenich, Salmtal, Sehlem
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 201)
204	Trier	Kreisfreie Stadt Trier
		Landkreis Trier-Saarburg
205	Montabaur	Westerwaldkreis
		vom Rhein-Lahn-Kreis
		Verbandsgemeinde Diez
		die Gemeinden Altendiez, Aull, Balduinstein, Birlenbach, Charlottenberg, Cramberg, Diez, Dörnberg, Eppenrod, Geilnau, Gückingen, Hambach, Heistenbach, Hirschberg, Holzappel, Holzheim, Horhausen, Isselbach, Langenscheid, Laurenburg, Scheidt, Steinsberg, Wasenbach
		Verbandsgemeinde Hahnstätten
		die Gemeinden Burgschwalbach, Flacht, Hahnstätten, Kaltenholzhausen, Lohrheim, Mudershausen, Netzbach, Niederneisen, Oberneisen, Schiesheim
		Verbandsgemeinde Katzenelnbogen
		die Gemeinden Allendorf, Berghausen, Berndroth, Biebrich, Bremberg, Dörsdorf, Ebertshausen, Eisighofen, Ergeshausen, Gutenacker, Herold, Katzenelnbogen, Klingelbach, Kördorf, Mittelfischbach, Niedertiefenbach, Oberfischbach, Reckenroth, Rettert, Roth, Schönborn
		Verbandsgemeinde Nassau
		die Gemeinden Attenhausen, Dessighofen, Dienethal, Dornholzhausen, Geisig, Hömberg, Lollschied, Misselberg, Nassau, Obernhof, Oberwies, Pohl, Schweighausen, Seelbach, Singhofen, Sulzbach, Weinähr, Winden, Zimmerschied
		Verbandsgemeinde Nastätten
		die Gemeinden Berg, Bettendorf, Bogel, Buch, Diethardt, Ehr, Endlichhofen, Eschbach, Gemmerich, Hainau, Himmighofen, Holzhausen an der Haide, Hunzel, Kasdorf, Kehlbach, Lautert, Lipporn, Marienfels, Miehlen, Nastätten, Niederbachheim, Niederwallmenach, Oberbachheim, Obertiefenbach, Oberwallmenach, Oelsberg, Rettershain, Ruppertshofen, Strüth, Weidenbach, Welterod, Winterwerb
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 200)
206	Mainz	Kreisfreie Stadt Mainz
		vom Landkreis Mainz-Bingen

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		verbandsfreie Gemeinden Bingen am Rhein, Budenheim, Ingelheim am Rhein Verbandsgemeinde Gau-Algesheim die Gemeinden Appenheim, Bubenheim, Engelstadt, Gau-Algesheim, Nieder-Hilbersheim, Ober-Hilbersheim, Ockenheim, Schwabenheim an der Selz Verbandsgemeinde Heidesheim am Rhein die Gemeinden Heidesheim am Rhein, Wackernheim Verbandsgemeinde Nieder-Olm die Gemeinden Essenheim, Jugenheim in Rheinhessen, Klein-Winternheim, Nieder-Olm, Ober-Olm, Sörgenloch, Stadecken-Elsheim, Zornheim Verbandsgemeinde Rhein-Nahe die Gemeinden Bacharach, Breitscheid, Manubach, Münster-Sarmsheim, Niederheimbach, Oberdiebach, Oberheimbach, Trechtingshausen, Waldalgesheim, Weiler bei Bingen Verbandsgemeinde Sprendlingen-Gensingen die Gemeinden Aspisheim, Badenheim, Gensingen, Grolsheim, Horrweiler, Sankt Johann, Sprendlingen, Welgesheim, Wolfsheim, Zotzenheim (Übrige Gemeinden s. Wkr. 207)
207	Worms	Kreisfreie Stadt Worms Landkreis Alzey-Worms vom Landkreis Mainz-Bingen Verbandsgemeinde Bodenheim die Gemeinden Bodenheim, Gau-Bischofsheim, Harxheim, Lörzweiler, Nackenheim Verbandsgemeinde Guntersblum die Gemeinden Dolgesheim, Dorn-Dürkheim, Eimsheim, Guntersblum, Hillesheim, Ludwigshöhe, Uelversheim, Weinolsheim, Wintersheim Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim die Gemeinden Dalheim, Dexheim, Dienheim, Friesenheim, Hahnheim, Köngernheim, Mommenheim, Nierstein, Oppenheim, Selzen, Undenheim (Übrige Gemeinden s. Wkr. 206)
208	Ludwigshafen/Frankenthal	Kreisfreie Stadt Frankenthal (Pfalz) Kreisfreie Stadt Ludwigshafen am Rhein vom Rhein-Pfalz-Kreis verbandsfreie Gemeinden Altrip, Bobenheim-Roxheim, Böhl-Iggelheim, Lambsheim, Limburgerhof, Mutterstadt, Neuhofen Verbandsgemeinde Dannstadt-Schauernheim die Gemeinden

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		Dannstadt-Schauernheim, Hochdorf-Assenheim, Rödersheim-Gronau
		Verbandsgemeinde Heßheim
		die Gemeinden Beindersheim, Großniedesheim, Heßheim, Heuchelheim bei Frankenthal, Kleinniedesheim
		Verbandsgemeinde Maxdorf
		die Gemeinden Birkenheide, Fußgönheim, Maxdorf
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 209)
209	Neustadt – Speyer	Kreisfreie Stadt Neustadt an der Weinstraße
		Kreisfreie Stadt Speyer
		Landkreis Bad Dürkheim
		vom Rhein-Pfalz-Kreis
		verbandsfreie Gemeinden Römerberg, Schifferstadt
		Verbandsgemeinde Dudenhofen
		die Gemeinden Dudenhofen, Hanhofen, Harthausen
		Verbandsgemeinde Waldsee
		die Gemeinden Otterstadt, Waldsee
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 208)
210	Kaiserslautern	Kreisfreie Stadt Kaiserslautern
		Donnersbergkreis
		Landkreis Kusel
		vom Landkreis Kaiserslautern
		Verbandsgemeinde Enkenbach-Alsenborn
		die Gemeinden Enkenbach-Alsenborn, Mehlingen, Neuhemsbach, Sembach
		Verbandsgemeinde Hochspeyer
		die Gemeinden Fischbach, Frankenstein, Hochspeyer, Waldleiningen
		Verbandsgemeinde Otterbach
		die Gemeinden Frankelbach, Hirschhorn/Pfalz, Katzweiler, Mehlbach, Olsbrücken, Otterbach, Sulzbachtal
		Verbandsgemeinde Otterberg
		die Gemeinden Heiligenmoschel, Niederkirchen, Otterberg, Schallodenbach, Schneckenhausen
		Verbandsgemeinde Weilerbach
		die Gemeinden Erzenhausen, Eulenbis, Kollweiler, Mackenbach, Reichenbach-Steegen, Rodenbach, Schwedelbach, Weilerbach
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 211)
211	Pirmasens	Kreisfreie Stadt Pirmasens
		Kreisfreie Stadt Zweibrücken
		Landkreis Südwestpfalz
		vom Landkreis Kaiserslautern
		Verbandsgemeinde Bruchmühlbach-Miesau

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		die Gemeinden Bruchmühlbach-Miesau, Gerhardsbrunn, Lambsborn, Langwieden, Martinshöhe
		Verbandsgemeinde Kaiserslautern-Süd
		die Gemeinden Krickenbach, Linden, Queidersbach, Schopp, Stelzenberg, Trippstadt
		Verbandsgemeinde Landstuhl
		die Gemeinden Bann, Hauptstuhl, Kindsbach, Landstuhl, Mittelbrunn, Oberarnbach
		Verbandsgemeinde Ramstein-Miesenbach
		die Gemeinden Hütschenhausen, Kottweiler-Schwanden, Niedermohr, Ramstein-Miesenbach, Steinwenden
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 210)
212	Südpfalz	Kreisfreie Stadt Landau in der Pfalz
		Landkreis Germersheim
		Landkreis Südliche Weinstraße
	Bayern	
213	Altötting	Landkreis Altötting
		Landkreis Mühldorf a.Inn
214	Erding – Ebersberg	Landkreis Ebersberg
		Landkreis Erding
215	Freising	Landkreis Freising
		Landkreis Pfaffenhofen a.d.Ilm
		vom Landkreis Dachau
		die Gemeinde Petershausen
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 216)
		vom Landkreis Neuburg-Schrobenhausen
		die Gemeinde Aresing
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 217)
216	Fürstenfeldbruck	Landkreis Fürstenfeldbruck
		vom Landkreis Dachau
		die Gemeinden Altomünster, Bergkirchen, Dachau, Erdweg, Haimhausen, Hebertshausen, Hilgertshausen-Tandern, Karlsfeld, Markt Indersdorf, Röhrmoos, Schwabhausen, Vierkirchen, Weichs
		Verwaltungsgemeinschaft Odelzhausen
		die Gemeinden Odelzhausen, Pfaffenhofen a. d. Glonn, Sulzemoos
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 215)
217	Ingolstadt	Kreisfreie Stadt Ingolstadt
		Landkreis Eichstätt
		vom Landkreis Neuburg-Schrobenhausen
		die Gemeinden Burgheim, Ehekirchen, Karlshuld, Karlskron, Königsmoos, Neuburg a. d. Donau, Oberhausen, Rennertshofen, Schrobenhausen, Weichering
		Verwaltungsgemeinschaft Neuburg a. d. Donau
		die Gemeinden Bergheim, Rohrenfels

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		Verwaltungsgemeinschaft Schrobenhausen
		die Gemeinden Berg im Gau, Brunnen, Gachenbach, Langenmosen, Waidhofen
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 215)
218	München-Nord	Von der kreisfreien Stadt München
		die Stadtbezirke 3, 4, 10 bis 12, 24
		(Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 219, 220, 221)
219	München-Ost	Von der kreisfreien Stadt München
		die Stadtbezirke 1, 5, 13 bis 16
		(Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 218, 220, 221)
220	München-Süd	Von der kreisfreien Stadt München
		die Stadtbezirke 6, 7, 17 bis 20
		(Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 218, 219, 221)
221	München-West/Mitte	Von der kreisfreien Stadt München
		die Stadtbezirke 2, 8, 9, 21 bis 23, 25
		(Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 218, 219, 220)
222	München-Land	Landkreis München
		vom Landkreis Starnberg
		die Gemeinde Gauting
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 224)
223	Rosenheim	Kreisfreie Stadt Rosenheim
		Landkreis Rosenheim
224	Starnberg	Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen
		Landkreis Miesbach
		vom Landkreis Starnberg
		die Gemeinden Andechs, Berg, Feldafing, Gilching, Herrsching a.Ammersee, Inning a.Ammersee, Krailling, Pöcking, Seefeld, Starnberg, Tutzing, Weßling, Wörthsee
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 222)
225	Traunstein	Landkreis Berchtesgadener Land
		Landkreis Traunstein
226	Weilheim	Landkreis Garmisch-Partenkirchen
		Landkreis Landsberg am Lech
		Landkreis Weilheim-Schongau
227	Deggendorf	Landkreis Deggendorf
		Landkreis Freyung-Grafenau
228	Landshut	Kreisfreie Stadt Landshut
		Landkreis Kelheim
		Landkreis Landshut
229	Passau	Kreisfreie Stadt Passau
		Landkreis Passau
230	Rottal-Inn	Landkreis Dingolfing-Landau
		Landkreis Rottal-Inn
231	Straubing	Kreisfreie Stadt Straubing
		Landkreis Regen
		Landkreis Straubing-Bogen
232	Amberg	Kreisfreie Stadt Amberg
		Landkreis Amberg-Sulzbach
		Landkreis Neumarkt i. d. OPf.

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
233	Regensburg	Kreisfreie Stadt Regensburg
		Landkreis Regensburg
234	Schwandorf	Landkreis Cham
		Landkreis Schwandorf
235	Weiden	Kreisfreie Stadt Weiden i. d. OPf.
		Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab
		Landkreis Tirschenreuth
236	Bamberg	Kreisfreie Stadt Bamberg
		vom Landkreis Bamberg
		die Gemeinden Altendorf, Buttenheim, Frensdorf, Hallstadt, Hirschaid, Pettstadt, Pommersfelden, Schlüsselfeld, Strullendorf
		Verwaltungsgemeinschaft Burgebrach
		die Gemeinden Burgebrach, Schönbrunn i. Steigerwald
		Verwaltungsgemeinschaft Ebrach
		die Gemeinden Burgwindheim, Ebrach
		Verwaltungsgemeinschaft Lisberg
		die Gemeinden Lisberg, Priesendorf
		Verwaltungsgemeinschaft Stegaurach
		die Gemeinden Stegaurach, Walsdorf
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 240)
		vom Landkreis Forchheim
		die Gemeinden Eggolsheim, Forchheim, Hallerndorf, Hausen, Heroldsbach, Igensdorf, Langensendelbach, Neunkirchen a. Brand
		Verwaltungsgemeinschaft Dormitz
		die Gemeinden Dormitz, Hetzles, Kleinsendelbach
		Verwaltungsgemeinschaft Effeltrich
		die Gemeinden Effeltrich, Poxdorf
		Verwaltungsgemeinschaft Gosberg
		die Gemeinden Kunreuth, Pinzberg, Wiesenthau
		Verwaltungsgemeinschaft Kirchehrenbach
		die Gemeinden Kirchehrenbach, Leutenbach, Weilersbach
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 237)
237	Bayreuth	Kreisfreie Stadt Bayreuth
		Landkreis Bayreuth
		vom Landkreis Forchheim
		die Gemeinden Egloffstein, Gößweinstein, Obertrubach, Pretzfeld, Wiesenttal
		Verwaltungsgemeinschaft Ebermannstadt
		die Gemeinden Ebermannstadt, Unterleinleiter
		Verwaltungsgemeinschaft Gräfenberg

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		die Gemeinden Gräfenberg, Hiltpoltstein, Weißenohe
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 236)
238	Coburg	Kreisfreie Stadt Coburg
		Landkreis Coburg
		Landkreis Kronach
239	Hof	Kreisfreie Stadt Hof
		Landkreis Hof
		Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge
240	Kulmbach	Landkreis Kulmbach
		Landkreis Lichtenfels
		vom Landkreis Bamberg
		die Gemeinden Bischberg, Breitengüßbach, Gundelsheim, Heiligenstadt i. OFr., Kemmern, Litzendorf, Memmelsdorf, Oberhaid, Rattelsdorf, Scheßlitz, Viereth-Trunstadt, Zapfendorf
		Verwaltungsgemeinschaft Baunach
		die Gemeinden Baunach, Gerach, Lauter, Reckendorf
		Verwaltungsgemeinschaft Steinfeld
		die Gemeinden Königsfeld, Stadelhofen, Wattendorf
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 236)
241	Ansbach	Kreisfreie Stadt Ansbach
		Landkreis Ansbach
		Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen
242	Erlangen	Kreisfreie Stadt Erlangen
		Landkreis Erlangen-Höchstadt
243	Fürth	Kreisfreie Stadt Fürth
		Landkreis Fürth
		Landkreis Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim
244	Nürnberg-Nord	Von der kreisfreien Stadt Nürnberg
		die Bezirke 01 bis 13, 22 bis 30, 64, 65, 70 bis 87, 90 bis 95
		(Übrige Bezirke s. Wkr. 245)
245	Nürnberg-Süd	Kreisfreie Stadt Schwabach
		von der kreisfreien Stadt Nürnberg
		die Bezirke 14 bis 21, 31 bis 55, 60 bis 63, 96, 97
		(Übrige Bezirke s. Wkr. 244)
246	Roth	Landkreis Nürnberger Land
		Landkreis Roth
247	Aschaffenburg	Kreisfreie Stadt Aschaffenburg
		Landkreis Aschaffenburg
248	Bad Kissingen	Landkreis Bad Kissingen
		Landkreis Haßberge
		Landkreis Rhön-Grabfeld
249	Main-Spessart	Landkreis Main-Spessart
		Landkreis Miltenberg
250	Schweinfurt	Kreisfreie Stadt Schweinfurt
		Landkreis Kitzingen

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		Landkreis Schweinfurt
251	Würzburg	Kreisfreie Stadt Würzburg
		Landkreis Würzburg
252	Augsburg-Stadt	Kreisfreie Stadt Augsburg
		vom Landkreis Augsburg
		die Gemeinde Königsbrunn
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 253)
253	Augsburg-Land	Vom Landkreis Aichach-Friedberg
		die Gemeinden
		Affing, Aichach, Friedberg, Hollenbach, Kissing, Merching, Rehling, Ried
		Verwaltungsgemeinschaft Dasing
		die Gemeinden
		Adelzhausen, Dasing, Eurasburg, Obergriesbach, Sielenbach
		Verwaltungsgemeinschaft Mering
		die Gemeinden
		Mering, Schmiechen, Steindorf
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 254)
		vom Landkreis Augsburg
		die Gemeinden
		Adelsried, Altenmünster, Aystetten, Biberbach, Bobingen, Diedorf, Dinkelscherben, Fischach, Gablingen, Gersthofen, Graben, Horgau, Kutzenhausen, Langweid a.Lech, Meitingen, Neusäß, Schwabmünchen, Stadtbergen, Thierhaupten, Wehringen, Zusmarshausen
		Verwaltungsgemeinschaft Gessertshausen
		die Gemeinden
		Gessertshausen, Ustersbach
		Verwaltungsgemeinschaft Großaitingen
		die Gemeinden
		Großaitingen, Kleinaitingen, Oberottmarshausen
		Verwaltungsgemeinschaft Langerringen
		die Gemeinden
		Hiltenfingen, Langerringen
		Verwaltungsgemeinschaft Lechfeld
		die Gemeinden
		Klosterlechfeld, Untermeitingen
		Verwaltungsgemeinschaft Nordendorf
		die Gemeinden
		Allmannshofen, Ehingen, Ellgau, Kühlenthal, Nordendorf, Westendorf
		Verwaltungsgemeinschaft Stauden
		die Gemeinden
		Langenneufnach, Mickhausen, Mittelneufnach, Scherstetten, Walkertshofen
		Verwaltungsgemeinschaft Welden
		die Gemeinden
		Bonstetten, Emersacker, Heretsried, Welden
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 252)
254	Donau-Ries	Landkreis Dillingen a. d. Donau
		Landkreis Donau-Ries

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		vom Landkreis Aichach-Friedberg
		die Gemeinde Inchenhofen
		Verwaltungsgemeinschaft Aindling
		die Gemeinden Aindling, Petersdorf, Todtenweis
		Verwaltungsgemeinschaft Kühbach
		die Gemeinden Kühbach, Schiltberg
		Verwaltungsgemeinschaft Pöttmes
		die Gemeinden Baar (Schwaben), Pöttmes
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 253)
255	Neu-Ulm	Landkreis Günzburg
		Landkreis Neu-Ulm
		vom Landkreis Unterallgäu
		Verwaltungsgemeinschaft Babenhausen
		die Gemeinden Babenhausen, Egg a. d. Günz, Kettershausen, Kirchhaslach, Oberschönegg, Winterrieden
		Verwaltungsgemeinschaft Boos
		die Gemeinden Boos, Fellheim, Heimertingen, Niederrieden, Pleß
		Verwaltungsgemeinschaft Erkheim
		die Gemeinden Erkheim, Kammlach, Lauben, Westerheim
		Verwaltungsgemeinschaft Pfaffenhausen
		die Gemeinden Breitenbrunn, Oberrieden, Pfaffenhausen, Salgen
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 257)
256	Oberallgäu	Kreisfreie Stadt Kempten (Allgäu)
		Landkreis Lindau (Bodensee)
		Landkreis Oberallgäu
257	Ostallgäu	Kreisfreie Stadt Kaufbeuren
		Kreisfreie Stadt Memmingen
		Landkreis Ostallgäu
		vom Landkreis Unterallgäu
		die Gemeinden Bad Wörishofen, Buxheim, Ettringen, Markt Rettenbach, Markt Wald, Mindelheim, Sontheim, Tussenhausen und das gemeindefreie Gebiet Ungerhauser Wald
		Verwaltungsgemeinschaft Bad Grönenbach
		die Gemeinden Bad Grönenbach, Wolfertschwenden, Woringen
		Verwaltungsgemeinschaft Dirlewang
		die Gemeinden Apfeltrach, Dirlewang, Stetten, Unteregg
		Verwaltungsgemeinschaft Illerwinkel
		die Gemeinden Kronburg, Lautrach, Legau
		Verwaltungsgemeinschaft Kirchheim i. Schw.
		die Gemeinden Eppishausen, Kirchheim i. Schw.

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		Verwaltungsgemeinschaft Memmingerberg die Gemeinden Benningen, Holzgünz, Lachen, Memmingerberg, Trunkelsberg, Ungerhausen Verwaltungsgemeinschaft Ottobeuren die Gemeinden Böhen, Hawangen, Ottobeuren Verwaltungsgemeinschaft Türkheim die Gemeinden Amberg, Rammingen, Türkheim, Wiedergeltingen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 255)
	Baden-Württemberg	
258	Stuttgart I	Vom Stadtkreis Stuttgart die Stadtbezirke Birkach, Degerloch, Hedelfingen, Möhringen, Plieningen, Sillenbuch, Stuttgart-Mitte, Stuttgart-Nord, Stuttgart-Süd, Stuttgart-West, Vaihingen (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 259)
259	Stuttgart II	Vom Stadtkreis Stuttgart die Stadtbezirke Bad Cannstatt, Botnang, Feuerbach, Mühlhausen, Münster, Obertürkheim, Stammheim, Stuttgart-Ost, Untertürkheim, Wangen, Weilimdorf, Zuffenhausen (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 258)
260	Böblingen	Vom Landkreis Böblingen die Gemeinden Aidlingen, Altdorf, Böblingen, Bondorf, Deckenpfronn, Ehningen, Gärtringen, Gäufelden, Grafenau, Herrenberg, Hildrizhausen, Holzgerlingen, Jettingen, Leonberg, Magstadt, Mötzingen, Nufringen, Renningen, Rutesheim, Schönaich, Sindelfingen, Weil der Stadt, Weil im Schönbuch, Weissach (Übrige Gemeinden s. Wkr. 262)
261	Esslingen	Vom Landkreis Esslingen die Gemeinden Aichwald, Altbach, Baltmannsweiler, Deizisau, Denkendorf, Esslingen am Neckar, Hochdorf, Köngen, Lichtenwald, Neuhausen auf den Fildern, Ostfildern, Plochingen, Reichenbach an der Fils, Wendlingen am Neckar, Wernau (Neckar) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 262)
262	Nürtingen	Vom Landkreis Böblingen die Gemeinden Steinenbronn, Waldenbuch (Übrige Gemeinden s. Wkr. 260) vom Landkreis Esslingen die Gemeinden Aichtal, Altdorf, Altenriet, Bempflingen, Beuren, Bissingen an der Teck, Dettingen unter Teck, Erkenbrechtsweiler, Filderstadt, Frickenhausen, Großbettlingen, Holzmaden, Kirchheim unter Teck, Kohlberg, Leinfelden-Echterdingen, Lenningen, Neckartailfingen, Neckartenzlingen, Neidlingen, Neuffen, Notzingen, Nürtingen, Oberboihingen,

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		Ohmden, Owen, Schlaitdorf, Unterensingen, Weilheim an der Teck, Wolfschlugen
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 261)
263	Göppingen	Landkreis Göppingen
264	Waiblingen	Vom Rems-Murr-Kreis
		die Gemeinden Alfdorf, Berglen, Fellbach, Kaisersbach, Kernen im Remstal, Korb, Leutenbach, Plüderhausen, Remshalden, Rudersberg, Schorndorf, Schwaikheim, Urbach, Waiblingen, Weinstadt, Welzheim, Winnenden, Winterbach
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 269)
265	Ludwigsburg	Vom Landkreis Ludwigsburg
		die Gemeinden Asperg, Ditzingen, Eberdingen, Gerlingen, Hemmingen, Korntal-Münchingen, Kornwestheim, Ludwigsburg, Markgröningen, Möglingen, Oberriexingen, Remseck am Neckar, Schwieberdingen, Sersheim, Vaihingen an der Enz
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 266)
266	Neckar-Zaber	Vom Landkreis Heilbronn
		die Gemeinden Abstatt, Beilstein, Brackenheim, Cleebronn, Flein, Güglingen, Ilsfeld, Lauffen am Neckar, Leingarten, Neckarwestheim, Nordheim, Pfaffenhofen, Talheim, Untergruppenbach, Zaberfeld
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 267)
		vom Landkreis Ludwigsburg
		die Gemeinden Affalterbach, Benningen am Neckar, Besigheim, Bietigheim-Bissingen, Bönnigheim, Erdmannhausen, Erligheim, Freiberg am Neckar, Freudental, Gemmrigheim, Großbottwar, Hessigheim, Ingersheim, Kirchheim am Neckar, Löchgau, Marbach am Neckar, Mundelsheim, Murr, Oberstenfeld, Pleidelsheim, Sachsenheim, Steinheim an der Murr, Tamm, Walheim
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 265)
267	Heilbronn	Stadtkreis Heilbronn
		vom Landkreis Heilbronn
		die Gemeinden Bad Friedrichshall, Bad Rappenau, Bad Wimpfen, Eberstadt, Ellhofen, Eppingen, Erlenbach, Gemmingen, Gundelsheim, Hardthausen am Kocher, Ittlingen, Jagsthausen, Kirchardt, Langenbrettach, Lehrensteinsfeld, Löwenstein, Massenbachhausen, Möckmühl, Neckarsulm, Neudenau, Neuen-stadt am Kocher, Obersulm, Oedheim, Offenau, Roigheim, Schwaigern, Siegelsbach, Untereisesheim, Weinsberg, Widdern, Wüstenrot
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 266)
268	Schwäbisch Hall – Hohenlohe	Hohenlohekreis
		Landkreis Schwäbisch Hall
269	Backnang – Schwäbisch Gmünd	Vom Ostalbkreis
		die Gemeinden

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		Abtsgmünd, Bartholomä, Böbingen an der Rems, Durlangen, Eschach, Göggingen, Gschwend, Heubach, Heuchlingen, Iggingen, Leinzell, Lorch, Mögglingen, Mutlangen, Obergröningen, Ruppertshofen, Schechingen, Schwäbisch Gmünd, Spraitbach, Täferrot, Waldstetten
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 270)
		vom Rems-Murr-Kreis
		die Gemeinden Allmersbach im Tal, Althütte, Aspach, Auenwald, Backnang, Burgstetten, Großerlach, Kirchberg an der Murr, Murrhardt, Oppenweiler, Spiegelberg, Sulzbach an der Murr, Weissach im Tal
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 264)
270	Aalen – Heidenheim	Landkreis Heidenheim
		vom Ostalbkreis
		die Gemeinden Aalen, Adelmannsfelden, Bopfingen, Ellenberg, Ellwangen (Jagst), Essingen, Hüttlingen, Jagstzell, Kirchheim am Ries, Lauchheim, Neresheim, Neuler, Oberkochen, Rainau, Riesbürg, Rosenberg, Stödtlen, Tannhausen, Unterschneidheim, Westhausen, Wört
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 269)
271	Karlsruhe-Stadt	Stadtkreis Karlsruhe
272	Karlsruhe-Land	Vom Landkreis Karlsruhe
		die Gemeinden Bretten, Dettenheim, Eggenstein-Leopoldshafen, Ettlingen, Gondelsheim, Graben-Neudorf, Karlsbad, Kraichtal, Kürnbach, Linkenheim-Hochstetten, Malsch, Marxzell, Oberderdingen, Pfinztal, Rheinstetten, Stutensee, Sulzfeld, Waldbronn, Walzbachtal, Weingarten (Baden), Zaisenhausen
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 278)
273	Rastatt	Stadtkreis Baden-Baden
		Landkreis Rastatt
274	Heidelberg	Stadtkreis Heidelberg
		vom Rhein-Neckar-Kreis
		die Gemeinden Dossenheim, Edingen-Neckarhausen, Eppelheim, Heddesheim, Hemsbach, Hirschberg an der Bergstraße, Ilvesheim, Ladenburg, Laudenbach, Schriesheim, Weinheim
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 277, 278)
275	Mannheim	Stadtkreis Mannheim
276	Odenwald – Tauber	Main-Tauber-Kreis
		Neckar-Odenwald-Kreis
277	Rhein-Neckar	Vom Rhein-Neckar-Kreis
		die Gemeinden Angelbachtal, Bammental, Dielheim, Eberbach, Epfenbach, Eschelbronn, Gaiberg, Heddesbach, Heiligkreuzsteinach, Helmstadt-Bargen, Leimen, Lobbach, Malsch, Mauer, Meckesheim, Mühlhausen, Neckarbischofsheim, Neckargemünd, Neidenstein, Nußloch, Rauenberg, Reichartshausen, Sandhausen, St. Leon-Rot, Schönau, Schönbrunn, Sinsheim,

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		Spechbach, Waibstadt, Walldorf, Wiesenbach, Wiesloch, Wilhelmsfeld, Zuzenhausen
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 274, 278)
278	Bruchsal – Schwetzingen	Vom Landkreis Karlsruhe
		die Gemeinden Bad Schönborn, Bruchsal, Forst, Hambrücken, Karlsdorf-Neuthard, Kronau, Oberhausen-Rheinhausen, Östringen, Philippsburg, Ubstadt-Weiher, Waghäusel
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 272)
		vom Rhein-Neckar-Kreis
		die Gemeinden Altlußheim, Brühl, Hockenheim, Ketsch, Neulußheim, Oftersheim, Plankstadt, Reilingen, Schwetzingen
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 274, 277)
279	Pforzheim	Stadtkreis Pforzheim
		Enzkreis
280	Calw	Landkreis Calw
		Landkreis Freudenstadt
281	Freiburg	Stadtkreis Freiburg im Breisgau
		vom Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald
		die Gemeinden Au, Bötzingen, Bollschweil, Breisach am Rhein, Ebringen, Ehrenkirchen, Eichstetten am Kaiserstuhl, Gottenheim, Horben, Ihringen, March, Merdingen, Merzhausen, Pfaffenweiler, Schallstadt, Sölden, Umkirch, Vogtsburg im Kaiserstuhl, Wittnau
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 282, 288)
282	Lörrach – Müllheim	Landkreis Lörrach
		vom Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald
		die Gemeinden Auggen, Bad Krozingen, Badenweiler, Ballrechten-Dottingen, Buggingen, Eschbach, Hartheim, Heitersheim, Müllheim, Münstertal/Schwarzwald, Neuenburg am Rhein, Staufen im Breisgau, Sulzburg
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 281, 288)
283	Emmendingen – Lahr	Landkreis Emmendingen
		vom Ortenaukreis
		die Gemeinden Ettenheim, Fischerbach, Friesenheim, Haslach im Kinzigtal, Hofstetten, Kappel-Grafenhausen, Kippenheim, Lahr/Schwarzwald, Mahlberg, Meißenheim, Mühlenbach, Ringsheim, Rust, Schuttertal, Schwanau, Seelbach, Steinach
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 284, 286)
284	Offenburg	Vom Ortenaukreis
		die Gemeinden Achern, Appenweier, Bad Peterstal-Griesbach, Berghaupten, Biberach, Durbach, Gengenbach, Hohberg, Kappelrodeck, Kehl, Lauf, Lautenbach, Neuried, Nordrach, Oberharmersbach, Oberkirch, Offenburg, Ohlsbach, Oppenau, Ortenberg, Ottenhöfen im Schwarzwald, Renchen, Rheinau, Sasbach, Sasbachwalden, Schutterwald, Seebach, Willstätt, Zell am Harmersbach

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 283, 286)
285	Rottweil – Tuttlingen	Landkreis Rottweil
		Landkreis Tuttlingen
286	Schwarzwald-Baar	Schwarzwald-Baar-Kreis
		vom Ortenaukreis
		die Gemeinden Gutach (Schwarzwaldbahn), Hausach, Hornberg, Oberwolfach, Wolfach
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 283, 284)
287	Konstanz	Landkreis Konstanz
288	Waldshut	Landkreis Waldshut
		vom Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald
		die Gemeinden Breitnau, Buchenbach, Eisenbach (Hochschwarzwald), Feldberg (Schwarzwald), Friedenweiler, Glottertal, Gundelfingen, Heuweiler, Hinterzarten, Kirchzarten, Lenzkirch, Löffingen, Oberried, St. Märgen, St. Peter, Schluchsee, Stegen, Titisee-Neustadt
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 281, 282)
289	Reutlingen	Landkreis Reutlingen
290	Tübingen	Landkreis Tübingen
		vom Zollernalbkreis
		die Gemeinden Bisingen, Burladingen, Grosselfingen, Hechingen, Jungingen, Rangendingen
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 295)
291	Ulm	Stadtkreis Ulm
		Alb-Donau-Kreis
292	Biberach	Landkreis Biberach
		vom Landkreis Ravensburg
		die Gemeinden Aichstetten, Aitrach, Bad Wurzach, Kißlegg
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 294)
293	Bodensee	Bodenseekreis
		vom Landkreis Sigmaringen
		die Gemeinden Herdwangen-Schönach, Illmensee, Pfullendorf, Wald
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 295)
294	Ravensburg	Vom Landkreis Ravensburg
		die Gemeinden Achberg, Altshausen, Amtzell, Argenbühl, Aulendorf, Bad Waldsee, Baienfurt, Baindt, Berg, Bergatreute, Bodnegg, Boms, Ebenweiler, Ebersbach-Musbach, Eichstegen, Fleischwangen, Fronreute, Grünkraut, Guggenhausen, Horgenzell, Hoßkirch, Isny im Allgäu, Königseggwald, Leutkirch im Allgäu, Ravensburg, Riedhausen, Schlier, Unterwaldhausen, Vogt, Waldburg, Wangen im Allgäu, Weingarten, Wilhelmsdorf, Wolfegg, Wolpertswende
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 292)
295	Zollernalb – Sigmaringen	Vom Landkreis Sigmaringen
		die Gemeinden Bad Saulgau, Beuron, Bingen, Gammertingen, Herbertingen, Hettingen, Hohentengen, Inzigkofen,

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		Krauchenwies, Leibertingen, Mengen, Meßkirch, Neufra, Ostrach, Sauldorf, Scheer, Schwenningen, Sigmaringen, Sigmaringendorf, Stetten am kalten Markt, Veringenstadt
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 293)
		vom Zollernalbkreis
		die Gemeinden Albstadt, Balingen, Bitz, Dautmergen, Dormettingen, Dotternhausen, Geislingen, Haigerloch, Hausen am Tann, Meßstetten, Nusplingen, Obernheim, Ratshausen, Rosenfeld, Schömberg, Straßberg, Weilen unter den Rinnen, Winterlingen, Zimmern unter der Burg
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 290)
	Saarland	
296	Saarbrücken	Vom Regionalverband Saarbrücken
		die Gemeinden Großrosseln, Kleinblittersdorf, Püttlingen, Riegelsberg, Saarbrücken, Völklingen
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 298, 299)
297	Saarlouis	Landkreis Merzig-Wadern
		vom Landkreis Saarlouis
		die Gemeinden Bous, Dillingen/Saar, Ensdorf, Nalbach, Rehlingen-Siersburg, Saarlouis, Saarwellingen, Schwalbach, Überherrn, Wadgassen, Wallerfangen
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 298)
298	St. Wendel	Landkreis St. Wendel
		vom Landkreis Neunkirchen
		die Gemeinden Eppelborn, Illingen, Merchweiler, Ottweiler, Schiffweiler
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 299)
		vom Landkreis Saarlouis
		die Gemeinden Lebach, Schmelz
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 297)
		vom Regionalverband Saarbrücken
		die Gemeinde Heusweiler
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 296, 299)
299	Homburg	Saarpfalz-Kreis
		vom Landkreis Neunkirchen
		die Gemeinden Neunkirchen, Spiesen-Elversberg
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 298)
		vom Regionalverband Saarbrücken
		die Gemeinden Friedrichsthal, Quierschied, Sulzbach/Saar
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 296, 298)

Fußnote

Anlage Nr. 18 Kursivdruck: Die Schreibung des Stadtteils "Billbrock" lautet richtig "Billbrook"